Staatliche Hilfe für Bundeswehrgegner S. 5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 42 – 20. Oktober 2012

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

»Aussöhnung als Aufgabe«
Kongress der Unionsfraktion mit Vertriebenen über die Kriegsfolgen 2

Preußen / Berlin

Nichts dazugelernt
Trotz mieser Resultate hält Brandenburg an linkem Schul-Reformismus fest 3

Hintergrund

Nettozahler auf der Flucht
Immer mehr starke Regionen wollen nicht länger ihre Staaten finanzieren 4

Deutschland

NRW hilft Bundeswehrgegnern
Schulministerium reglementiert Auftritte von Jugendoffizieren 5

Ausland

Feindbild Unternehmer
Paris vertreibt seine raren Investoren 6

Kultur

Moll-Töne nach Jubel-Auftakt
Schriftsteller aus dem Nahen Osten berichten 9

Geschichte

Das »Als-ob-Auto«
Vor 55 Jahren begann Produktion des »Trabant« 10





Hegt keine grundsätzlichen Zweifel: Peter Altmaier will 40 Prozent erneuerbare Energien bis 2020 Bild: pa

Planwirtschaft pur

Ideologie und Lobbyismus treiben Preisspirale beim Strom an

Keine der Parteien will die Schuld an dem planwirtschaftlichen Monstrum haben, was sie im Grunde alle mit der Energiewende geschaffen haben. Der Bürger muss jetzt dafür zahlen.

Die Reaktion von Bundesumweltminister Peter Altmaier auf die Explosion der Strompreise macht das Versagen der Politik – unfreiwillig – erst richtig sichtbar: Er wolle sich für bezahlbaren Strom einsetzen, so der CDU-Politiker, doch: „Wir stehen erst am Anfang der Diskussion."

Am Anfang der Diskussion? Das „Erneuerbare-Energien-Gesetz" hat Rot-Grün vor gut zwölf Jahren beschlossen; seit sieben Jahren stellt die Union den Kanzler, ohne den Kurs zu korrigieren. In all der langen Zeit hat es an klugen Einwänden, Alternativ-Vorschlägen und begründeten Warnungen nicht gemangelt. Doch die Politik verweigerte sich schlicht der „Diskussion", stattdessen verschärfte Schwarz-Gelb den Kurs mit dem überstürzten Atomausstieg 2011 noch einmal drastisch.

Erst jetzt, da die Folgen auf die Bürger durchschlagen und an der Wahlurne zur Gefahr werden könnten, will man in Berlin plötzlich reden. Die bisherige Debatte ist jedoch kaum mehr als ein peinliches Schwarzer-Peter-Spiel – keiner will's gewesen sein.

> Stromzähler verrät, dass die Union ihren Kompass verloren hat

Die Hilflosigkeit ist groß, da sich die Politik selbst gefesselt hat mit Verträgen und milliardenschweren finanziellen Verpflichtungen an Ökostrom-Einspeiser und andere Profiteure. Die Parallele zur Euro-Krise springt ins Auge: Wie bei der Einheitswährung sind die Parteien gefangen in einer Dynamik, die sie selbst in Gang gesetzt haben, aus der sie sich aber kaum noch zu befreien wissen – es sei denn um den Preis des Eingeständnisses, dass die Kritiker von Anfang an Recht hatten. Wie beim Euro hat eine Mischung aus verblendeter Ideologie und kaltem Lobbyismus die Vernunft beiseite geschoben. Und wie bei der Währungsunion sind es die Bürger, die zahlen sollen.

Die „Energiewende" ist ein planwirtschaftliches Monstrum mit allen Beigaben, welche die DDR in den Ruin trieben: Statt dass sich die Produktion an der Nachfrage orientieren muss und sich die Preise am Markt bilden, setzen Staatsbedienstete die Produktionsziele und Preise fest, so beispielsweise mehr als 4000 Einzelpreise für verschiedene Ökostrom-Arten. Ab Januar schreibt der Staat den Betreibern von Gas- oder Kohlekraftwerken sogar vor, ihre Werke weiterbetreiben zu müssen, selbst wenn diese unwirtschaftlich sind. Das ist Planwirtschaft pur, und die Folgen sind entsprechend: Fehlproduktion, Unwirtschaftlichkeit und explodierende Kosten.

Dass Rot-Grün auf so etwas verfällt, mag nicht allzu sehr überraschen. Dass aber auch die „bürgerlichen", angeblich Freiheit und Marktwirtschaft verpflichteten Parteien hier mittaten, ist ein weiterer Beleg dafür, wie beliebig sie in ihren Überzeugungen geworden sind. Wer studieren will, wie gründlich gerade die Union ihren weltanschaulichen Kompass zerstört hat, der kann dies demnächst an seinem Stromzähler ablesen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Politisches Tun

Schummeleien bei der Doktorarbeit scheinen schon fast ein Massenphänomen unserer sogenannten politischen Elite zu sein. Es ist allerdings auffällig, dass es bislang nur Politiker von Union und FDP sind, denen die Doktorhüte vom Kopf geschlagen wurden. Das mag daran liegen, dass das Streben nach Hochschulabschlüssen bei Sozialdemokraten möglicherweise nicht so ausgeprägt ist. Viel wahrscheinlicher ist jedoch, dass die anonymen Plagiatsjäger mit ihrem Tun politische Ziele verfolgen. Anders ist es kaum zu erklären, dass auch im Fall der Bundesbildungsministerin Annette Schavan die Medien noch vor der Betroffenen und der Universität informiert wurden. Auch deutet alles darauf hin, dass das Gutachten über ihre Dissertation gezielt an die Öffentlichkeit lanciert wurde, noch bevor sie selbst davon Kenntnis hatte. Und dieses Papier hat es in sich, weist es doch eine „plagiierende Vorgehensweise" nach, die eine „leitende Täuschungsabsicht" zu erkennen gebe. Wenn Schavan dies nicht widerlegen kann, sind ihre Tage im Kabinett gezählt. Wer sich die Doktorwürde erschummelt, muss die Konsequenzen tragen. Das gilt auch und ganz besonders für eine Bundesbildungsministerin.

Welch ein Irrtum zu glauben, dass zu einem erfolgreichen Politiker unbedingt akademische Würden gehörten. Den Wählern ist eine gute Politik wichtiger als das Schwenken des Doktorhutes. Wer zu solider wissenschaftlicher Arbeit nicht willens oder fähig ist, sollte sich nicht aus Eitelkeit oder Karriereerwägungen an einer dann mangelhaften Dissertation versuchen. Dann muss er auch keine Angst haben, eines Tages ertappt zu werden und den Doktorhut oder gar das Amt zu verlieren.

Mörderheer im Wartestand

Globaler Terrorismus gefährdet die Existenz ganzer Staaten

Über 100 000 potenzielle Attentäter warten rund um den Globus auf ihre Stunde. Das ist das Ergebnis einer Studie des Instituts für Sicherheitspolitik der Universität Kiel. Demnach gab es 2011 weltweit 3408 überwiegend von salafistischen Dschihadisten ausgeführte Terroranschläge mit 7269 Todesopfern und 14 250 Verletzten. Etwa zwei Drittel der Opfer waren Zivilisten. Am schlimmsten traf es den Irak, wo bei 1672 Attentaten 2349 Menschen getötet wurden. In der Rangliste des Schreckens folgen Afghanistan mit 684 Anschlägen, Pakistan mit 299, das Urlaubsland Thailand mit 178, Kolumbien mit 108, Russland mit 82, die Philippinen mit 74, Indien mit 66, Nigeria mit 39 und der Jemen mit 23.

In Afghanistan hat die Taliban die Führung übernommen und den Einfluss von Al Kaida zurückgedrängt, ebenso im pakistanischen Grenzgebiet. Aus dieser Region sei also kaum mit spektakulären Aktionen zu rechnen, so die Kieler Wissenschaftler. Die Szene habe sich erfolgreich im Mittleren Osten, in Nordafrika sowie in Süd- und Südostasien etabliert und stelle nach wie vor ein großes Risikopotenzial für den Westen dar. Große Sorge müsse die Entwicklung in Syrien bereiten, da Al Kaida versuche, im Kampf gegen Assad an Boden zu gewinnen. Terroristen versuchten inzwischen, ganze Staaten zu „kidnappen", wie es in Nord-Mali, im Jemen oder in Somalia der Fall sei.

> Bedrohung auch für Deutschland

Für Deutschland bestehe vor allem Gefahr durch Kleingruppen oder Einzeltäter. Zum islamistisch geprägten Spektrum werden etwa 1000 militante Personen, oft deutscher Abstammung, gezählt. 250 von ihnen seien zur Ausbildung in Länder wie Pakistan und Afghanistan ausgereist, etwa die Hälfte inzwischen wieder zurückgekehrt – ein schwer kalkulierbares Risiko für die Sicherheitsorgane. *J.F.*

Kriegsspiele vor Japan

Im Inselstreit mit Tokio provoziert Peking mit Kriegsschiffen

Beim Streit zwischen China und Japan um fünf unbewohnte Inseln befürchtet Tokio, dass schweres Geschütz aufgefahren wird. So zeigte man sich besorgt über sieben chinesische Kriegsschiffe, die 49 Kilometer vor einer anderen japanischen Insel gesichtet wurden. Der Konvoi bestand aus einem Zerstörer, einem Raketenzerstörer, zwei Fregatten, zwei Hilfsschiffe für U-Boote sowie einem Versorgungsschiff.

Laut Angaben aus Peking sind die Schiffe Teil eines Flottenverbandes, der im Ostchinesischen Meer ein Manöver durchführt. Obwohl die Schiffe sich in internationalen Gewässern bewegen, reagiert Tokio nervös auf jede militärische Aktion Chinas. Denn der Konflikt um die Inselgruppe hat sich bereits zu einem Handelskrieg ausgeweitet, da viele Chinesen – von oben durch die Staatsführung gelenkt – japanische Waren boykottieren. So haben Honda und Nissan ihre Produktion in China zurückgefahren. Der Autohersteller Toyota hat angekündigt, wegen rückläufiger Verkaufszahlen die Produktion in seinem Werk bei Peking vollständig zu stoppen. Davon wären 13 000 Angestellte betroffen.

> Toyota will in China Produktion drosseln

Kleine Ursache, große Wirkung: Denn der Inselstreit flammte erst auf, als die japanische Regierung drei Inseln aufkaufte, die sich in Privatbesitz befanden. Das brachte nicht nur China auf die Palme, sondern auch Taiwan, das die Eilande ebenfalls für sich beansprucht. Der Konflikt wurde zum Teil mit skurrilen Mitteln ausgetragen. So lieferten sich taiwanesische und japanische Fischerboote eine „Seeschlacht" mit Wasserwerfern.

Die reichen Fischgründe um die Inselgruppe sind neben den dort vermuteten Öl- und Gasvorkommen mit ein Grund für den Kampf um die zwar strategisch bedeutsamen, aber zivilisatorisch völlig unbedeutenden Inseln. *Harald Tews*

Trauer um R. G. Kerschhofer

Redaktion und Herausgeber der *PAZ* trauern um Dr. Richard G. Kerschhofer, der nach kurzer schwerer Krankheit am 13. Oktober verstorben ist. Mit ihm verliert unsere Zeitung einen ihrer brillantesten Autoren. Geboren 1939, wuchs Kerschhofer in Wien auf, wo er am traditionsreichen Gymnasium Stubenbastei seine umfassende Allgemeinbildung klassisch-musischer und naturwissenschaftlicher Art erhielt. Nach dem Abitur studierte er Wirtschaft. Bestrebt, etwas von der Welt zu sehen, ging er während seines Studiums ein Jahr nach Madrid und erwarb dort ausgezeichnete Spanischkenntnisse. Zurück in Wien promovierte er im Fach Welthandel mit Schwerpunkt Versicherungswesen, um anschließend nach Ägypten zu gehen, von wo aus er auch andere Länder des Nahen Ostens bereiste. Zurück in Österreich, war er in verschiedenen internationalen Unternehmen tätig, zunächst im Versicherungswesen und ab 1970 in der Informationstechnologie. Gegen Ende seiner beruflichen Karriere fand er wieder mehr Zeit, sich seinen vielfältigen Interessen zu widmen, insbesondere seiner Liebe zur Sprache und der Freude an Wortspielereien.

Kerschhofers unter dem Pseudonym „Pannonicus" veröffentlichte Gedichte bildeten für viele den krönenden Abschluss der wöchentlichen *PAZ*-Lektüre. In einer „Plauderei aus meiner Werkstatt" ging er einmal der Frage nach, „warum Gedichte Gedichte sind". Darin hat er die „Tücke des Objekts" beschrieben, die darin liege, die „Bausteine der Dichtung" zusammenzufügen. In herausragender Weise ist es ihm gelungen, diese Tücke zu meistern. Mit ebenso leichter wie spitzer Feder und dem treffsicheren Wortwitz des Wiener Intellektuellen hat er Woche für Woche die Ungereimtheiten der Zeitläufte gereimt aufs Korn genommen. Dass sein Schaffen hohe Kunst war, lässt sich auch daran erkennen, dass sein „Pannonicus"-Gedicht „Wenn die Börsenkurse fallen" einmal keinem Geringeren als Kurt Tucholsky zugeschrieben wurde.

Mit Richard G. Kerschhofer haben wir nicht nur einen Kollegen, sondern auch einen Freund verloren. Er hinterlässt eine Lücke, die nicht zu schließen ist, und er wird uns und unseren Lesern fehlen.

Jan Heitmann

»Aussöhnung als Aufgabe«

Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Reichstag mit Vertretern der Vertriebenen



Sprachen mit Vertretern der Vertriebenen: Angela Merkel und Klaus Brähmig Bild: Leh

„Aussöhnung als Aufgabe – Deutschlands Arbeit an den Kriegsfolgen seit 1945" hieß das Thema eines Kongresses am vergangenen Montag im Sitzungssaal der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Eingeladen hatte der Vorsitzende der „Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten" der CDU/CSU-Fraktion, Klaus Brähmig.

Der Sitzungssaal der CDU/CSU-Fraktion ist mit 300 Teilnehmern voll besetzt. Eingeladen waren vor allem Vertriebene und deren Nachkommen aus dem Bund der Vertriebenen (BdV) und den Landsmannschaften. Bundeskanzlerin Angela Merkel erscheint programmgemäß am Ende der Tagung. In ihrer halbstündigen Rede versichert sie: „In der politischen Arbeit unserer Fraktion hat die Vertriebenenarbeit nach wie vor ein Zuhause, um das ganz klar zu sagen." Für das geplante Dokumentationszentrum der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) lägen die ersten Pläne der Architekten zum Um- und Ausbau des Deutschlandhauses vor. Ebenso die Konzeption für die Arbeit der Stiftung und Leitlinien für die geplante Dauerausstellung. „Die Stiftungsgremien arbeiten eng zusammen – das ist ja auch schon mal was, das war nicht immer so", erklärt die Bundeskanzlerin. Immer wieder sei in den Gremien zwischen sehr unterschiedlichen Sichtweisen zu vermitteln. Aus den Leitlinien zur Stiftungsarbeit hebt sie unter Beifall diesen Satz bezüglich der Vertreibung hervor: „Unrecht hat in der Geschichte oft zu neuem Unrecht geführt, doch schafft früheres Unrecht, auch wenn es noch so groß war, keine rechtliche oder moralische Legitimation für neues Unrecht." Ausgiebig würdigt Merkel die „Versöhnungsarbeit" mit den östlichen Nachbarn. Vage erklärt sie: „Ich weiß, dass es auch noch Themen gibt, wo wir noch nicht die Lösung haben, das will ich heute hier nicht verschweigen." An welche Themen sie dabei denkt, bleibt offen; am wenigsten wohl an ungelöste Vermögensfragen, die auch seitens der BdV-Führung „bis zur Nulllösung" abgeräumt wurden. Die Benesch-Dekrete, die auch Horst Seehofer, Schirmherr der Sudetendeutschen, bei seinem Prag-Besuch vor der Presse nicht mehr anzusprechen wagte, bleiben auch auf diesem Kongress unerwähnt. Fragen an Merkel sind nicht mehr möglich. Viele Teilnehmer scheinen aber bereits glücklich zu sein, dass sie die Bundeskanzlerin sehen können. Politische Forderungen wie in früheren Zeiten sind hier seitens der Vertriebenen nicht zu vernehmen. Das vorgegebene Leitmotiv der Tagung lautet ja auch „Aussöhnung als Aufgabe" und nicht etwa „Offene Fragen im Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn". Erika Steinbach diskutiert auf einem der Podien mit einem Psychoanalytiker. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder mahnt, die Vertreibung der Christen im Orient nicht zu vergessen. Der in Mähren geborene Literaturkritiker Hellmuth Karasek wiederum erzählt aus seiner Kindheit, während der Regisseur Rick Ostermann seine Arbeit an einem Film über die Wolfskinder schildert.

Offene Fragen – wie Benesch-Dekrete – bleiben ungeklärt

Auf dem Podium mit Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats der SFVV geht es auf einmal um die Frage, ob die Vertreibung von Deutschen „nur" als „ethnische Säuberung" oder auch als Völkermord anzusehen sei. Letzteres wird von den Historikern auf dem Podium – Juristen sind nicht darunter – einhellig abgelehnt. Im Konzeptionspapier der SFVV heißt es auch: „Die klare analytische Trennung von ethnischer Säuberung und Genozid, von Vertreibung und Vernichtung, ist für das geplante Ausstellungs-, Informations- und Dokumentationszentrum wesentlich." Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, meldet sich dazu kritisch zu Wort. Die Beirats-Historiker kennen wohl nicht zum Beispiel das Gutachten des Völkerrechtlers Felix Ermacora, in dem er die Vertreibung der Sudetendeutschen rechtlich als Genozid gemäß der Völkermordkonvention einstuft; eine Bewertung, welcher sich der Völkerrechtler Dieter Blumenwitz anschließt und die auch vom amerikanischen Völkerrechtler Alfred de Zayas geteilt wird. Kulturstaatsminister Bernd Neumann erklärt, durch den Umbau des Deutschlandhauses erhalte die SFVV einen Museumsbau mit mehr als 3000 Quadratmetern Nutzfläche, der in der Berliner Gedenkstättenlandschaft keinen Vergleich zu scheuen brauche. Den Etat zum Erhalt und zur Pflege des Kulturerbes der Deutschen im östlichen Europa habe er in seiner Amtszeit von 13 Millionen auf 17 Millionen Euro erhöht. Der Ausbau und die Modernisierung des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg und seine Erweiterung um eine deutsch-baltische Abteilung stünden unmittelbar bevor. Das Westpreußische Landesmuseum Münster werde in Kürze in das ehemalige Franziskanerkloster in Warendorf umziehen, verbunden mit einer umfassenden Modernisierung der Dauerausstellung. *Michael Leh*

Eldorado für Lebensmittelpanscher

Brüssel subventioniert eigene Landwirtschaft und lässt zugleich billigere Produkte aus China auf den EU-Markt

China ist innerhalb kurzer Zeit zu einem der größten Nahrungsmittelexporteure der Welt aufgestiegen. Angesichts haarsträubender Produktionsbedingungen in China wäre oftmals ein Einfuhrverbot für die chinesischen Lebensmittel angebracht, die EU unternimmt allerdings nichts. Dass ein derartiger Skandal bei importierten Lebensmitteln aus China auftritt, war für Beobachter nur eine Frage der Zeit. Binnen weniger Jahre ist China auch auf dem Lebensmittelsektor zu einem großen Exporteur aufgestiegen, gleichzeitig reißt die Kette der Skandale um Lebensmittel aus chinesischer Produktion nicht ab. Mal ist es krebserregendes Formaldehyd, mit dem die Lagerfähigkeit von Kohl verlängert werden soll, mal ist es Glenbuterol das zur Schweinemast verwendet wird. Im Jahr 2008 kostete die Beimengung von Melamin in Kindernahrung und Milchprodukten sechs Kindern das Leben. Zweck des Melaminzusatzes war es, einen nicht vorhandenen Proteingehalt vorzutäuschen.

Die Angst vor ungesunden Lebensmitteln ist inzwischen so groß, dass selbst chinesische Konsumenten – so sie es sich leisten können – auf westliche Produkte zurückgreifen. Mit gutem Grund: Angelockt durch das hohe Preisniveau auf dem chinesischen Markt hat sich die Nahrungsmittelbranche zu einem Dorado für Glücksritter entwickelt. Blanke Profitgier lässt Produzenten selbst bei Androhung der Todesstrafe nicht vor kriminellen Machenschaften zurückschrecken. Längst ist das Problem nicht mehr auf China begrenzt, denn das Land ist zu einem weltweit wichtigen Nahrungsmittelexporteur geworden, seine Zulieferungen stecken in einer Vielzahl westlicher Lebensmittel. China ist weltgrößter Hersteller sowohl von künstlichen Vitaminen als auch von Geschmacksstoffen. Konkurrenzlos niedrige Preise und enorme Liefermengen haben dazu geführt, dass sich westliche Hersteller längst von den chinesischen Lieferungen abhängig gemacht haben. Ohne dass dies den meisten Verbrauchern hierzulande bewusst ist, beruht etwa ein Großteil der Apfelsäfte, die in Deutschland produziert werden, längst auf Fruchtsaftkonzentraten chinesischer Herkunft. Allein im Jahr 2009 wurden 84 600 Tonnen Apfelsaftkonzentrat aus China nach Deutschland eingeführt – ausreichend für 430 Millionen Liter Apfelsaft.

Getreide, Hülsenfrüchte und Saaten wie Sesam, Leinsamen oder Sonnenblumenkerne im


Kohlernte in China: Viel billiger als Produktion in der EU Bild: pa

deutschen Handel stammen mittlerweile ebenfalls zu einem großen Teil aus China. Die Entwicklung stellt das Binnenmarktkonzept der EU gleich in mehrfacher Hinsicht in Frage. Unter dem Dogma einer schrankenlosen Globalisierung hat die EU den gemeinsamen Markt für Agrarimporte aus aller Welt geöffnet. Eine Chance, die von chinesischen Exporteuren schnell ergriffen wurde. Weder vor Ort noch bei der Einfuhr ist allerdings eine wirklich wirksame Kontrolle der Lebensmittelqualität möglich. Als einzige Hoffnung bleibt oftmals nur, dass westliche Konzerne bei den Einfuhren zur Selbstkontrolle greifen. Gleichzeitig läuft die Subventionierungsmaschinerie der EU für die Agrarwirtschaft auf Hochtouren. Frankreich und Polen, die Hauptprofiteurere der Agrarsubventionen, werden dafür sorgen, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Die kaum zu kontrollierenden Produktionsbedingungen in China wiederum haben die chinesischen Importe so billig gemacht, dass selbst osteuropäische Anbieter nicht mehr mithalten können. Im Fall tiefgefrorener Erdbeeren kosteten im vergangenen Jahr Importe aus China im Schnitt umgerechnet rund 1,10 Euro pro Kilo – Ware aus Polen dagegen 1,40 Euro.

Als Resultat leistet sich die EU eine hochsubventionierte Landwirtschaft, die bei den Preisen immer weniger mithalten kann, andererseits ist der Markt für Einfuhren wie aus China geöffnet, ohne dass auch nur im Entferntesten für die Qualität der Lebensmittel garantiert werden kann. Änderungen dürften erst in Sicht sein, wenn sich Skandale wie mit Noro-Viren verseuchte Tiefkühl-Erdbeeren in Europa häufen. Inzwischen steuert die Entwicklung bei den chinesischen Lebensmittelexporten allerdings erst einmal auf einen weiteren makaberen Höhepunkt zu: China – größter Produzent und Anwender von Pestiziden in der Welt – ist ernsthaft auf dem Weg, auf dem Weltmarkt auch in großem Maßstab als Anbieter von „Bio"-Lebensmitteln aufzutreten. *N.H.*

Die Schulden-Uhr: Wachsende Sorge

Ein wachsender Teil der deutschen Bevölkerung hat große oder gar sehr große Angst, dass die Staatsschulden ins Immense steigen. Inzwischen sind es mit 65 Prozent fast zwei Drittel. Im Mai waren es noch drei Prozentpunkte weniger. Das ist das Ergebnis einer Forsa-Untersuchung im Auftrag des „Stern". Erst danach rangieren die Ängste, dass die Renten unsicher sind (63 Prozent), dass unsere Politiker mit den Problemen überfordert sind (54 Prozent), dass die Preise beziehungsweise Lebenshaltungskosten steigen (53 Prozent), die Kinder keine vernünftige Ausbildung bekommen (50 Prozent) und die Arbeitslosigkeit steigt (42 Prozent). *M.R.*

2.054.447.573.320 €
Vorwoche: 2.053.637.892.359 €
Verschuldung pro Kopf: 25.115 €
Vorwoche: 25.106 €

(Dienstag, 16. Oktober 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Sie pfeifen auf den Gemeinsinn

Von THEO MAASS

Der Innenring der Berliner Stadtautobahn, die Autobahn A 100, hat den Ostteil der Stadt immer noch nicht erreicht. Bis 1989 hatte die DDR kein Geld für derartig anspruchsvolle Infrastruktur. Dass der Ring auch heute, 22 Jahre nach der Vereinigung, noch ein halber ist, daran indes tragen vor allem Politiker der Grünen und der Linkspartei die Schuld. Sie feuern ein Häuflein Anwohner heftig an in ihrem Kampf dagegen, dass der Osten endlich angeschlossen wird an den Ring. So blieb es bislang ein Privileg der Westberliner, rasch kreuzungsfrei von Neukölln nach dem Wedding gelangen zu können.

Üblicherweise werden in der Vorbereitung derartiger Projekte die Gerichte – natürlich durch alle Instanzen – bemüht. Bezahlen tun die Klagen häufig steuerbegünstigte „Umweltverbände". Nun urteilte das Bundesverwaltungsgericht letztinstanzlich, dass der Autobahnbau – mit einigen Nachbesserungen – rechtmäßig sei. Industrie und Handelskammer sowie Unternehmerverbände atmeten auf. Für die SPD – obwohl gespalten in dieser Frage – war auch die A 100 ein Grund, einem Bündnis mit der CDU den Vorzug zu geben vor der rot-grünen Option.

Der nun näher rückende Ausbau der A 100 in den Bezirk Treptow wird erstmals den Osten Berlins an den Stadtring anschließen und so die nach wie vor schlechten Verbindungen zwischen den beiden Stadthälften verbessern. Statt sich zu freuen, singen Berliner Medien trotzdem weiter das Lied der Blockierer, indem sie den Eindruck erwecken, auch die öffentliche Meinung sei gegen den Autobahnbau – dabei ist es nur die veröffentlichte Meinung. In den Hauptstadtblättern war nach dem Beschluss vor allem das Jammerkonzert einiger Anwohner zu lesen, deren „Welt zusammengebrochen" sei.

Die Interessen der übrigen Berliner interessieren diese Leute nicht. Uysal Karaca (47), Inhaber des „Palast Getränkeshops" in der Elsenstraße, ist einer von ihnen: „In der Elsenstraße ist immer nur Stau. Wenn die Lastwagen meine Getränke liefern, kommen sie kaum zu meinem Laden durch. Ich freue mich über das Urteil."

Solche Sorgen lassen auch Kreuzbergs Bürgermeister Frank Schulz (Grüne) kalt. Er will sich mit dem Autobahnbau immer noch nicht abfinden und nun sogar vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Seine Verbissenheit wird wiederum Kosten verursachen, doch das interessiert Schulz nicht: „Das sind Demokratiekosten." Der Kreuzberger CDU-Abgeordnete Kurt Wansner spöttelt: „Die Grünen haben sich festgefahren."

Nichts dazugelernt

Trotz deprimierender Resultate hält Brandenburg an linkem Schul-Reformismus fest



Ziemlich schlecht ist ja nicht gleich völlig schlecht: Brandenburger Schüler können der Logik ihrer Landespolitiker nur noch schwer folgen

Bild: M. Urban/dapd

Nur mäßig bis schlecht haben Brandenburgs Schüler in einem bundesweiten Grundschultest abgeschnitten. Unter den 16 Bundesländern rangierten sie beim Lesen und Rechnen auf hinteren Rängen, Brandenburgs Bildungsministerin Martina Münch (SPD) ist dennoch zufrieden.

Brandenburg liege im guten Mittelfeld, beim Lesen gebe es einen positiven Trend, so die Ministerin. Insgesamt bestätigt die Grundschulstudie Altbekanntes: Den größten Nachholbedarf haben die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg. Wie üblich schneiden die Schüler aus Bayern und Sachsen am erfolgreichsten ab. Bestätigen könnte sich damit, was inzwischen von einigen Bildungsforschern unumwunden eingeräumt wird: Im Bundesvergleich liefern die Schulsysteme die besten Ergebnisse, an denen bisher wenig herumreformiert wurde, in denen sich die Schüler statt auf neue Schul- und Unterrichtsmodelle einfach auf das Lernen konzentrieren können.

Doch die Freude an Schulreformen scheint zumindest bei Brandenburgs Bildungsministerin Martina Münch noch nicht erloschen zu sein: Aktuell ist es die „Inklusive Schule", eine der Lieblingsideen der Bildungsministerin, die auf der Tagesordnung steht. Mit Beginn des Schuljahrs 2012/13 wurde an 85 märkischen Grundschulen ein entsprechendes Pilotprojekt gestartet: Statt an Spezialschulen sollen Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf nun an regulären Grundschulen unterrichtet werden.

Damit das Konzept überhaupt eine Erfolgsaussicht hat, ist an den Grundschulen ein entsprechend aufgestockter Bestand an Lehrkräften nötig. Dass der auch gegeben ist, wird inzwischen allerdings bezweifelt. Günther Fuchs, Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), wirft der Bildungsministerin bereits vor, ihr Versprechen nicht gehalten zu haben, für das Projekt ausreichend neue Lehrerstellen zu schaffen. Seine Befürchtung: Lehrer werden einfach von anderen Schulen abgezogen statt zusätzlich eingestellt.

Auch ohne Vorhaben wie die „Inklusive Schule" stehen dem Brandenburger Schulsystem genug Herausforderungen ins Haus: Ab 2017 wird zunächst im ländlichen Raum, ab 2020 im gesamten Land Brandenburg mit einem starken Rückgang der Schülerzahlen gerechnet. Ursache sind die geringen Geburtenzahlen der 90er Jahre, die eine Generation später einen zweiten Geburtenknick zur Folge haben.

Was auf das Schulsystem damit zukommt, wird mit Blick auf die vergangenen 20 Jahre deutlich: Schon die gesunkenen Geburtenzahlen nach 1990 haben dazu geführt, dass knapp 40 Prozent der Brandenburger Schulstandorte geschlossen werden mussten. Die Stabilisierung der Schülerzahlen, die sich seit dem Jahr 2008 eingestellt hat, wird nur vorübergehend sein. Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg geht davon aus, dass sich bis 2030 die Zahl der Geburten in Brandenburg halbieren wird. Von 19 000 im Jahr 2011 auf dann 9900. In abgelegenen Regionen wird sogar mit einem Einbruch der Geburtenzahlen um bis zu zwei Drittel gerechnet.

Stundenlange Schulwege sind allerdings schon jetzt in einigen ländlichen Regionen Brandenburgs keine Seltenheit. Mit den Auswirkungen dieser demografischen Entwicklung und Lösungsmöglichkeiten für das Schulsystem wird sich nun eine Kommission befassen, die bis August 2013 Vorschläge ausarbeiten soll. Als Vorbild gelten Skandinavien und Südtirol, die bereits jetzt mit ähnlichen Problemen bei der Schulversorgung in dünnbesiedelten Gebieten zu kämpfen haben.

Freie Schulen werden gezielt benachteiligt

Obwohl der 18-köpfigen Kommission „alle mit der schulischen Bildung im Land Brandenburg befassten Akteure" angehören sollen, haben Vertreter der freien Schulen vom Bildungsministerium keine Einladung erhalten. Ein erstaunlicher Vorgang: In Brandenburg spielen die freien Schulen keineswegs eine so unbedeutende Rolle, wie es die Bildungsministerin anscheinend gern hätte. Auf 445 staatliche Grundschulen kommen immerhin 60 Grundschulen in freier Trägerschaft. Erstaunlich ist die Begründung der Ministerin, warum sie angesichts der demografischen Herausforderung auf die freien Schulen verzichten will: Die Kommission solle sich in erster Linie um den Versorgungsauftrag der öffentlichen Schulen kümmern, so Münch.

Selbst in der eigenen Partei scheint der Erkenntnisstand da schon weiter zu sein: „In Ostdeutschland ist als Trend zu beobachten, dass im Primarschulbereich vielfach private (insbesondere kirchliche) Träger einspringen, um ein fehlendes öffentliches Angebot zu substituieren", so der Bildungsforscher Manfred Weiß in einer Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD.

Tatsächlich reiht sich die jüngste Ausgrenzung der freien Träger bei der Demografie-Kommission in die systematische finanzielle Benachteiligung der freien Schulen ein. Seit dem Jahr 2003 werden die Zuwendungen des Landes an die freien Träger stufenweise heruntergefahren, so dass sie mittlerweile nur noch 60 bis 70 Prozent der Sach- und Personalkosten abdecken. Die Situation hat inzwischen dazu geführt, dass mehrere Projekte für weitere freie Schulen auf Eis gelegt wurden. Umso beachtlicher ist die Erfolgsbilanz für die „Freien" – trotz der augenscheinlichen Bemühungen, das Rad rückwärts zu drehen: Während die Zahl der Schüler in den öffentlichen Schulen um fast 40 Prozent auf gut 243 000 gesunken ist, verdreifachte sie sich in den freien Schulen auf fast 27 000. *Norman Hanert*

Neuer Kampf um die Mitte

Bürgerprotest will »Betonklotz« am Berliner Schloss verhindern

Lange sperrten sich Anhänger modernistischer Architektur gegen den Wiederaufbau des Berliner Schlosses. Ohne Erfolg: Das Schloss wird als Humboldtforum neu erstehen. Nun jedoch schlagen die Anhänger von Glas, Stahl und Beton zurück. Gleich nebenan sollen die Baulücken am Schinkelplatz geschlossen werden. Hierzu hat es einen Architektenwettbewerb gegeben. Den Sieg trug ein rechteckiger Gebäudeblock mit 38 Fenstern, die oben größer sind als unten, und Flachdach davon.

Doch es formiert sich Widerstand: Jürgen Aha, Architekt aus Frankfurt („Schinkelplatz-Initiative Berlin"), und die Kulturwissenschaftlerin Annette Ahme, Gründerin des Vereins „Schöne Mitte – Schöne Stadt", sind die Anführer des Protests gegen die geplante „Banal-Architektur". Aha: „Immer wieder gibt es solche Ausschreibungen hinter den Kulissen in einem System von Architektenlobbys." Aha fordert mehr Berücksichtigung der Interessen und Wünsche der Berliner. Baupläne sollten mit den Bürgern besprochen werden. Der Siegerentwurf der Münchner Moll-Gruppe sei „eine Beleidigung für Berlins historische Mitte", heißt es im Aufruf der Protestler. Die Moll-Gruppe kontert, man sei sich der besonderen Verantwortung bewusst, an diesem baugeschichtlich bedeutenden Ort als Bauherr wirken zu dürfen. Geschäftsführer Xaver Moll meint, das geplante Gebäude sei nicht modern, sondern habe eine klassische Formsprache.

»Abendländische Baukultur außer Kraft gesetzt«

Doch wie Aha und Ahme sieht auch der Architekt und Stadtplaner Helmut Maier den Moll-Entwurf kritisch und will verhindern, dass am Schinkelplatz ein trostloser Betonklotz gebaut wird. Annette Ahme hofft auf die Mobilisierung der Öffentlichkeit. Dem ist der Neu-Berliner Peter Westrup, Vorstandsmitglied der Egon-Eiermann-Gesellschaft, selbst erfahrener Architekt, gefolgt. Philipp Lengsfeld, Bundestagskandidat der CDU Berlin-Mitte, unterstützt das Anliegen ebenso. Aha stört sich vor allem an der Fensterplatzierung: „Das setzt doch Grundsätze abendländischer Baukultur außer Kraft."

Am ersten Oktoberwochenende führte die Initiative bei starkem Regenfall eine erste spontane Protestveranstaltung durch und erregte dadurch auch einige öffentliche Aufmerksamkeit. In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob die Initiatoren tatsächlich eine bedeutende Anzahl von Demonstranten auf die Straße bekommen. *Theo Maass*

Ludwig schlägt zurück

Abgesetzte märkische CDU-Chefin strebt in den Bundestag

Erst wenige Wochen ist es her, dass Brandenburgs konservative CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Saskia Ludwig einer parteiinternen Intrige zum Opfer fiel. Nun holt die Merkel-Kritikerin, die der Kanzlerin und CDU-Chefin „technokratische Führung" und einen „Linksruck" vorwirft, zum Gegenschlag aus. Ludwig strebt in den Bundestag. Für ihre Kandidatur hat sie sich den Wahlkreis Potsdam ausgesucht, in dem bisher Katherina Reiche, die Ehefrau des CDU-Landtagsabgeordneten Sven Petke, um Stimmen warb.

Ludwigs Kritiker im Landesvorstand sind alarmiert: „Wir hatten erwartet, dass Saskia Ludwig jetzt erst einmal in Ruhe über ihr Scheitern in der Landespolitik nachdenkt. Mit verantwortlicher Politik hat das nichts zu tun", so ein führender Christdemokrat, der nicht genannt werden will. Dabei war es mit der „Ruhe" schon vorher vorbei. Der neue Fraktionschef Dieter Dombrowski ging bereits aus seiner Wahl beschädigt hervor, er bekam nur elf von 19 Stimmen. Und seine Hoffnungen, auch Landesvorsitzender zu werden, sind verpufft. CDU-Chef in der Mark soll nun ein unbekannter Provinzpolitiker namens Michael Schierack werden.

Die Konservative will gegen Katherina Reiche antreten

Petke und seine Ehefrau Reiche sind in Teilen der Brandenburg-CDU als Karrieristen verrufen, die um jeden Preis an die Macht wollen und einer klaren politischen Ausrichtung der Partei „kritisch" gegenüberstehen. Er wurde jahrelang als Kronprinz des überaus erfolgreichen Landesvorsitzenden Jörg Schönbohm gesehen. Dann jedoch geriet er mit seinem Chef wegen angeblich ausspionierter E-Mails aneinander. Petke wurde nicht Landesvorsitzender. Insider vermuten ihn und seine Frau hinter den zahlreichen Krächen und Intrigen der märkischen CDU.

Indes: Sollte es Ludwig tatsächlich gelingen, Katherina Reiche aus dem Bundestag zu verdrängen, wären die Aussichten für eine Phase der innerparteilichen Ruhe in der brandenburgischen CDU deutlich besser – glauben zahlreiche einfache Mitglieder. Die frühere Landesvorsitzende, die sogar in der linken „taz" als „aufrechte, meinungsfreudige Konservative" beschrieben wurde, tritt für eine „moralische Erneuerung (der CDU) auf Grundlage von Familie, Kirche und Heimat" ein. Ludwig-Anhänger glauben, dass gerade das klare Profil dabei helfen könnte, konservative Stammwähler zu mobilisieren und so der SPD das Direktmandat abzujagen. *Hans Lody*

Zeitzeugen



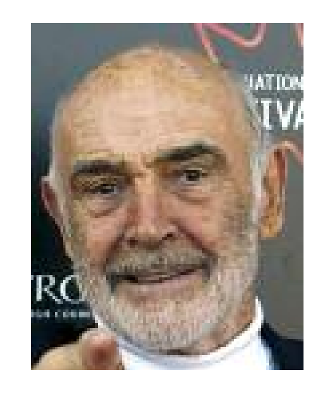
Andreas Hofer – Nach wie vor gilt der 1767 geborene Tiroler Freiheitskämpfer als Volksheld und Vorbild für nationale Abspaltungspläne. „Zu Mantua in Banden“, die Tiroler Hymne, ist seinem Kampf von 1809 gegen die Fremdherrschaft Napoleons und später der Bayern gewidmet. Er wurde 1810 hingerichtet. Hofer avancierte auch zur Lichtgestalt für die Autonomiebestrebungen Südtirols gegenüber Italien. Und noch heute ist „Los von Rom“ und „Selbstbestimmung für Südtirol“ Thema.

Wilfried Scharnagel – Der 1938 geborene Politiker und Journalist, der unter Franz Josef Strauß als Chef des „Bayernkurier“ seine Blütezeit erlebte, machte in diesem Jahr von sich reden, als er mit seinem Buch „Bayern kann es auch allein“ die Forderung nach einem unabhängigen bayerischen Staat erhob.



Arnaldo Otegi – Der 54-jährige baskische Politiker und Ex-Chef der inzwischen aufgelösten und ab 1959 aktiven Untergrund-organisation Eta saß wegen sei-nes bewaffneten Kampfes für die Unabhängigkeit des Baskenlandes und seiner 2,7 Millionen Einwoh-ner von Madrid mehrmals in Haft. Er war an Attentaten beteiligt, gilt aber als federführend bei dem 2006/2007 eingeleiteten Friedensprozess.

Artur Mas – Der 56-jährige katalanische Regierungschef ist es leid, die maroden Staatsfinanzen Spaniens mit seinen Steuergeldern zu füttern und strebt ein Plebiszit über die Unabhängigkeit von dem iberischen Königreich an. Katalonien ist die wirtschaftsstärkste Region des Landes mit seinen 7,2 Millionen Einwohnern. Die Regierung der Provinz in Barcelona kämpft seit Jahren für die Autonomie der Region.



Sir Sean Connery – Als James-Bond-Darsteller und Schauspieler weltberühmt und von der englischen Königin zum Ritter geschlagen, zog er sich 2005 nach Schottland in den Ruhestand zurück. Connery gilt als wohl prominentester Verfechter eines von England unabhängigen Schottland. Er trägt inzwischen oft Schottenröke (Kilts) und ist Begründer der Stiftung Scottish International Education Trust. Die Millionengage des Films „Dia-mantenfieber“ spendete er kom-plett der Stiftung.

Nettozahler auf der Flucht

Immer mehr starke Regionen wollen nicht länger ihre Staaten finanzieren

Wenn Vertreter aus Brüssel am 10. Dezember in Oslo den Friedensnobelpreis für die Europäische Union entgegennehmen, befindet sich Spanien möglicherweise kurz vor dem Auseinanderbrechen. Und nicht nur in Madrid fürchtet man den Zerfall des Staates.

Während Europas Regierungschefs und EU-Spitzenvertreter aus Brüssel stets die europäische Integration loben und die Zusammenarbeit intensivieren wollen, ja sogar von den Vereinigten Staaten von Europa schwärmen, befinden sich gleich mehrere EU-Mitgliedsstaaten in Auflösung. Vor allem Madrid kann gar nicht mehr erfassen, welche Krise akuter das Land gefährdet: Ist es die Euro-Krise oder die Drohungen des Baskenlandes und Kataloniens, sich von Spanien loszusagen? Fakt ist, dass jede der beiden Krisen die andere befeuert. Bereits am 21. Oktober, sprich an diesem Wochenende, wird im Baskenland gewählt. Die Regionalwahl wurde um sechs Monate vorgezogen, weil sich die dortige Regierung nicht von Madrid Kürzungen wegen der Euro-Krise vorschreiben lassen will. Und auch in Katalonien wurde vorzeitig zu den Wahlurnen gerufen. Am 25. November will der katalanische Regierungschef Artur Mas die Mehrheit der Stimmen erlangen und kurz darauf ein Referendum über die Unabhängigkeit Kataloniens durchführen. Mas weiß die Mehrheit der Katalanen hinter sich. Erst im September marschierten eine Million seiner Landsleute durch Barcelona und forderten die Unabhängigkeit von Madrid. Die Katalanen haben keine Lust mehr, Nettozahler in Spanien zu sein. Umso schmachvoller war für sie die drohende Zahlungsunfähigkeit, die es notwendig machte, als erste der 17 autonomen Regionen des Landes den von Madrid aufgelegten Rettungsfonds in Höhe von 18 Milliarden Euro anzuzapfen. Fünf Milliarden Euro braucht Katalonien insgesamt, doch das läge daran, dass man in den Jahren zuvor 20 Prozent des spanischen Staatshaushaltes habe finanzieren müssen, Geld für Investitionen vor Ort gefehlt habe und man nun in der Krise als erster die Folgen spüre, heißt es aus Barcelona. Da ist es den Katalanen egal, dass ihre Regierung auch so manche Fehler gemacht hat, in erster Linie sucht man die Schuldigen für die Krise in Madrid, das einem nicht erlaube, selbst über das eigene Budget zu schalten und zu walten.

Probleme sind nicht nur mit bloßem Egoismus zu erklären

Aber Spanien ist nicht das einzige Land der EU, in dem es Abspaltungsbewegungen gibt und vor allem die starken Regionen nicht mehr solidarisch mit den schwachen im Staat sein wollen. Anfang Oktober gingen Zehntausende in Venedig auf die Straße und forderten die Unabhängigkeit von Rom. Sie träumen von einer Republik Venedig, die mit Venedig, Teilen der Lombardei, Trentino und Friaul rund fünf Millionen Einwohner zählen würde. Auch im zur Republik Italien gehörenden Süd-Tirol werden die schon seit langem vorhandenen Rufe nach Selbstständigkeit mit dem Anwachsen der Euro-Krise und den daraus folgenden Spardiktaten und Steuererhöhungen aus den Hauptstädten Südeuropas immer lauter. Und auch in Belgien verstärkt die Euro-Krise die Unabhängigkeitsbestrebungen der Flamen und Wallonen. Selbst im Nicht-Euro-Land Großbritannien streben die Schotten eigene Wege getrennt von London an.

Umso irritierender muten die EU-Einheits-Parolen aus Brüssel und den meisten Hauptstädten der Mitgliedsstaaten an. Doch möglicherweise sieht man die Auflösungserscheinungen in manchen EU-Staaten in Brüssel gar nicht so ungern. Denn während starke Staaten auch alleine ihre Wege beschreiten können, ist eine Vielzahl von Kleinstaaten auf Brüssel angewiesen, um international wahrgenommen zu werden (siehe Seite 8).

Rebecca Bellano



Unabhängigkeit von Madrid gefordert: Im September gingen in Barcelona eine Millionen Katalanen auf die Straße Bild: Reuters

Wie aus einer anderen Zeit

Auf 5,5 Quadratkilometern hält sich als Überbleibsel aus der Feudalzeit ein Ministaat zwischen Atlantik und Ärmelkanal: die Insel Sark, auf der noch das mittelalterliche Lehenswesen in Kraft ist. Einst, im Jahr 565, wurde sie von dem Heiligen Magloire mit 62 Mönchen besiedelt. Schließlich geriet das Eiland nach einer wechselvollen Geschichte unter anderem als Piratenversteck direkt in den Besitz der englischen Krone und ist somit kein Teil des Vereinigten Königreichs und auch nicht der EU. Sark fungiert als sogenannte Kronbesitzung. Einkommen- und Mehrwertsteuerfrei leben die etwa 600 Bewohner ein beschauliches Dasein im Schatten der Moderne.

Neuen Wind brachten vor einigen Jahren zwei englische Milliardäre: die Brüder David und Frederick Barclay, die die winzige Nachbarinsel Breqhou kauften und demokratische Verhältnis einführen wollen. Doch die meisten Insulaner beharren auf den alten Strukturen und kämpfen für den Erhalt ihrer Unabhängigkeit mit einem „Seigneur“ an der Staatsspitze. Seine Privilegien, wie die Taubenzucht und die lange Jahre einzig ihm erlaubte Haltung von Hündinnen, gehen auf das 17. Jahrhundert zurück. Einziger Deutscher dort ist der über 90-jährige ehemalige Wehrmachtssoldat Werner Rang, der nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Eiland hängen blieb.

Auf der Insel Sark ist vieles anders

Die Barclays kauften vier von sechs Hotels auf der Hauptinsel. Die „Eingeborenen“ fürchten eine feindliche Übernahme und eine Umgestaltung zu einem Mini-England. Sie sehen sich am ehesten als ähnliches Gebilde wie das kleine Dorf von Asterix und Obelix. Die Nachbarn wie Guernsey, Jersey, Aldernay und Herm haben einen ähnlichen Status und dienten in der Vergangenheit vielen Europäern als Steueroase und Hort von Schwarzgeld. *J.F.*

Der lange Marsch zur Größe

Deutschlands Historie ist eine Geschichte der Kleinstaaten

Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation des 17. Jahrhunderts war nur dem Namen nach ein Reich. Gewachsen aus der blutigen Geschichte des Mittelalters bestand es aus 300 einzelnen Staaten: Grafschaften, Fürstentümer, Fürstbistümer, Fürstprobsteien, Reichsabteien und Herzogtümer wurden von Herrschern regiert. Dazu kamen noch freie Reichsstädte. Der Kaiser hatte so gut wie nichts zu sagen.

Zollstationen an jeder Grenze machten das Reisen beschwerlich und teuer, sorgten aber für die Einnahmen der Despoten. Allein 80 solcher Schlagbäume mussten bei einer Reise von Köln nach Königsberg passiert werden. Und wiederum 80 der Ministaaten umfassten ein Gebiet, das nicht einmal zwei Drittel des heutigen Berlin ausmachte.

Auch nach der Zerschlagung des Reiches durch den französischen Kaiser Napoleon (1769–1821) blieb diese Kleinstaaterei erhalten. Frühe Forderungen nach einem Nationalstaat analog dem Vorbild Frankreichs wurden von den sogenannten Operettenstaaten und Duodezfürsten mit Vehemenz bekämpft. Erst mit der Gründung des Norddeutschen Bundes durch Otto von Bismarck (1815–1898) wurde der Grundstein für einen Nationalstaat gelegt. 1834 folgte der preußisch geführte deutsche Zollverein, 1871 wurde das deutsche Kaiserreich gegründet, dem Österreich nicht mehr angehörte.

Die vielen Grenzen und Zölle erschwerten Handel

Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg 1918 wurden im Reich zuvor noch verbliebene kleine Flächenstaaten durch Zusammenschlüsse abgeschafft, ebenso geschah es nach dem Zweiten Weltkrieg, als beispielsweise Braunschweig, Schaumburg-Lippe und Oldenburg im Bundesland Niedersachsen aufgingen. In Süddeutschland verschmolzen Baden und Württemberg sowie Hohenzollern zum Südweststaat Baden-Württemberg.

Die Kleinstaaterei hatte allerdings nicht nur Nachteile. Lange war der norddeutsche Raum das Dorado des Bieres und die Herrscher in München importierten den Gerstensaft aus Einbeck. Der hohen Transitzölle leid, warben sie 1614 den Einbecker Braumeister Elias Pichel ab und gründeten selbst eine Sudstätte, die Geburtsstunde des Münchner Hofbräuhauses.

Auch sonst brachten die Jahrhunderte des Partikularismus einige Vorteile, etwa für die kulturelle Blüte und die Schaffung regionaler Strukturen. Den Naturwissenschaftler Gottfried Wilhelm Leibniz und den Dichter Gotthold Ephraim Lessing zog es in die Kleinstädte, Johann Wolfgang Goethe verteidigte als Staatsbeamter das Herrschaftsgebiet seines Gönners in Weimar. Und auch Friedrich Schiller setzte mehr auf die deutschen Charaktereigenschaften als auf einen Nationalstaat. Architekten und Musiker belebten die Szene, denn viele der Landesherren pflegten kulturelle Leidenschaften. Letztendlich profitierte auch die deutsche Küche von der Vielfalt. Und Heimatliebe geht schließlich auch durch den Magen. *J.F.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

NRW hilft Bundeswehrgegnern

Schulministerium reglementiert Auftritte von Jugendoffizieren – Politisierung des Unterrichts droht

Das nordrhein-westfälische Schulministerium hat die Regeln für den Auftritt von Jugendoffizieren der Bundeswehr an Schulen verschärft. Künftig sind Vorträge von Soldaten nur noch erlaubt, wenn zugleich auch Vertreter von Friedensinitiativen eingeladen werden.

Den früheren NRW-Landesregierungen ging es noch darum, die „Zusammenarbeit mit der Bundeswehr im Rahmen der politischen Bildung“ durch ein Kooperationsabkommen zu intensivieren. Für das Schulministerium unter der grünen Ministerin Sylvia Löhrmann dagegen steht die „Entwicklung der Friedensgesinnung“ der Schüler im Vordergrund. Demzufolge dürfen die Jugendoffiziere jetzt nur noch an Schulen auftreten, wenn die „verantwortlichen Lehrkräfte zu jeder Zeit durchgehend anwesend“ sind und zudem Vertreter von Friedensinitiativen oder den Kirchen „gleichberechtigt und gleichgewichtig“ einbezogen werden. Dadurch solle auch kritischen Stimmen Gehör verschafft und so verhindert werden, dass „die Bundeswehr allein die Sicht der Schüler“ präge. Um „Waffengleichheit“ mit der Bundeswehr herzustellen, sollen die Friedensaktivisten ihre Aufwendungen aus dem Landeshaushalt erstattet bekommen, so die Landtagsabgeordnete Sigrid Beer, Sprecherin der Grünen im Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

Kritik an der Neuregelung kommt von der Opposition. CDU-Fraktionschef Karl-Josef Laumann forderte, „die grünen Volkserzieher“ müssten vor den Schultoren halt machen. Die Arbeit der Jugendoffiziere habe sich bewährt. Zudem warnte er davor, sie in die Nähe von Kriegstreiberei, Gewaltverherrlichung und Militarismus zu rücken. Die FDP-Fraktion wollte in einer Anfrage wissen, in wie vielen Fällen denn die Bundeswehr „in Schulen ein Verhalten zeigt, das über die politische Bildung hinausgeht“. In ihrer Antwort musste die Landesregierung einräumen, dass sie nicht einen solchen Fall von Fehlverhalten der Jugendoffiziere bestätigen könne.



In NRW unerwünscht: Ein Jugendoffizier erklärt Schülern einer elften Klasse die Nato — Bild: N. Millauer/dapd

Dennoch machen die Lehrergewerkschaft GEW, Friedensinitiativen und linke Gruppierungen schon lange bundesweit Front gegen die Präsenz von Jugendoffizieren an den Schulen. Wie die *PAZ* berichtete (14/2010 und 22/2011), greifen sie auch zu drastischen Methoden wie Demonstrationen und Aufrufen zum Unterrichtsboykott. Dabei ist die Bundeswehr als Element der Exekutive ein Teil unseres Staates und unserer Gesellschaft, der ausschließlich im Parlaments- und Regierungsauftrag handelt. Deshalb werden die Schüler seit über 50 Jahren durch besonders qualifizierte Offiziere über die Streitkräfte und die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen für deren Existenz und Einsatz informiert.

Als staatliche Institution von Verfassungsrang hat die Bundeswehr einen grundgesetzlichen Informationsauftrag, der vom Bundesverfassungsgericht wiederholt bekräftigt wurde. Bei den Jugendoffizieren geht es ausdrücklich nicht darum, Rekrutierer in die Schulen zu schicken, sondern die Schüler in Vorträgen, Diskussionen und Seminaren zum Dialog über die Grundfragen von Frieden, Freiheit und Sicherheit anzuregen und sie über das komplexe Gebiet der Sicherheitspolitik und die Rolle der Bundeswehr zu informieren. Die Nachwuchsgewinnung dagegen ist ausschließlich Aufgabe der Wehrdienstberater, die Jugendliche bei Berufsinformationstagen und ähnlichen Veranstaltungen über die Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten in den Streitkräften informieren. Diese Abgrenzung ist festgeschrieben und prägt auch das Selbstverständnis der Jugendoffiziere als wichtige Träger der dialogorientierten Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr. Um ihren Auftrag erfüllen zu können, werden hohe Anforderungen an sie gestellt. Dazu gehören ein Hochschulstudium, mehrjährige Truppenerfahrung, fundierte sicherheitspolitische Kenntnisse und kommunikative sowie methodisch-didaktische Fähigkeiten, um in der Öffentlichkeit sicher auftreten und sicherheitspolitische Sachverhalte zielgruppen- und vor allem jugendgerecht vermitteln zu können. Ihr Einsatz in den Schulen erfolgt im Einvernehmen mit den Kultusministerien der Länder, von denen einige – wie eben das Schulministerium in Nordrhein-Westfalen – sogar Kooperationsvereinbarungen mit dem Verteidigungsministerium geschlossen haben.

> Keine Fälle von Fehlverhalten bekannt

> Bundeswehr nimmt nur ihre Rechte und Pflichten wahr

Dass die Bundeswehrpräsenz in den Schulen nicht nur legal, sondern auch legitim ist, weist eine Studie des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages nach. Bezeichnend ist allerdings, dass auch hier auf Distanz zu den Streitkräften gegangen und „Pluralität“ im Informationsangebot gefordert wird. Diese Pluralität soll in NRW nun durch die Einladung von Friedensaktivisten sichergestellt werden. Ungeklärt bleibt indes, ob nun bei jedem Auftritt eines Friedensaktivisten an einer Schule auch zwingend ein Jugendoffizier „gleichberechtigt“ eingeladen werden muss. Schließlich ist kaum anzunehmen, dass die selbst ernannten Botschafter des Friedens und erklärten Gegner der Bundeswehr bei ihren Schulauftritten neutral bleiben und nicht versuchen werden, die Schüler im Sinne ihrer politischen Überzeugungen einseitig zu beeinflussen. Soldaten dagegen ist als öffentlich Bediensteten eine einseitige politische Stellungnahme untersagt. Mit der Gleichstellung von Vertretern privater Organisationen mit den Vertretern der verfassungsmäßig legitimierten Bundeswehr wird es eine Politisierung des Schulunterrichts an Stelle seiner nicht einmal ansatzweise nachgewiesenen Militarisierung geben. *Jan Heitmann*

MELDUNGEN

Grenzen besser kontrollieren

Hilden/Berlin – Die deutlich ansteigende Zahl der Zuwanderer nach Deutschland belastet den Prozess der Ausgestaltung der Europäischen Union. Durch unzureichende Sicherung der EU-Außen- und Binnengrenzen nach Deutschland in ihrer heutigen Form könne einem Anstieg der illegalen Einwanderung nach Deutschland nicht wirksam entgegengearbeitet werden, so Josef Scheuring, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei in Berlin. Die rasant zunehmende Zahl serbischer und mazedonischer Asylbewerber nimmt Scheurig als nur einen von vielen Anhaltspunkten für seine Forderung, Deutschland müsse jetzt schnell und konsequent handeln, um nicht in eine Situation wie Anfang der 90er Jahre zu gelangen. *M.H.*

Von der CSU zu Freien Wählern?

München – Der CSU-Landtagsabgeordnete und frühere Innenstaatssekretär Bernd Weiß spielt mit dem Gedanken, den Freien Wählern beizutreten, einem Zusammenschluss mehrerer Wählergruppen. Dazu muss er aus der CSU austreten. Ein Jahr vor der Landtagswahl in Bayern steht Hubert Aiwanger, der Chef der Freien Wähler, dem – nach eigener Aussage – offen gegenüber. Weiß galt als Talent seiner Partei und wurde von Seehofer 2008 nach fünf Jahren im Landtag in dessen Kabinett als Innenstaatssekretär einberufen. Ein Streit der beiden Politiker über den Aufbau des Digitalfunks im folgenden Jahr führte jedoch zu Weiß’ Amtsaufgabe. Bei den Freien Wählern, die 2008 mit 10,2 Prozent und 21 Abgeordneten in den Landtag zogen, wird Weiß möglicherweise eine Direktkandidatur im Stimmkreis Rhön-Grabfeld für 2013 angeboten. Er selbst bestätigte noch nichts. *M.H.*

Buchmesse am Scheideweg

Noch ist offen, ob Verlagsbranche Umbruch erfolgreich meistert

Gut 300 000 Besucher, 7000 Aussteller, 3000 Veranstaltungen. Sieht so eine „Krise“ aus? Offenbar ja und in Frankfurt war sogar gleich zweifach von Krise die Rede: Ökonomische Nöte sind nicht geringer geworden und sie sind nicht nur „Branchengejammer“, wie die „FAZ“ bemerkte. Außerdem ist da der technische „Umbruch“: Die „Gutenberg-Galaxy“ bröckelt, Printmedien sind auf dem Rückzug, die Zukunft gehört den „E-Books“ mit ihren völlig anderen Produktions- und Honorierungsbedingungen. Was wird aus dem Urheberrecht? Sind digitalisierte Kreationen so „haltbar“ wie klassische Bücher? Katja Böhne, Vize-Marketingchefin der Messe, hat gewisse Befürchtungen: „Die Archivierung ist tatsächlich ein noch ungelöstes Problem. Von dem sind wir alle betroffen und ich bin gespannt, wie das künftig gelöst werden soll.“

Aktuelle Sorgen haben die Messemacher vielfältig thematisiert. Ein „Cyber-Classroom“ lockte Kinder. Bezahlverlage warben um selbstfinanzierte Publikationen erfolgloser Schreiber. Ein Heer von Rechtehändlern und Agenten mühte sich um Verträge, erfolgsträchtige Bereiche wie Kinderbücher oder Pornografie rückten, in einer Halle vereint, erneut ins Rampenlicht und die aus Leipzig übernommene Idee einer Antiquariatsmesse zog erneut viele Besucher an. Auch hat Frankfurt sein legendäres Händchen bei der Auswahl von Ehrengästen erneut bewiesen: 2012 war es Neuseeland, dessen bunte Literaturlandschaft, gerade im Klagenfurter Wieser Verlag von Thomas Kohlwein in einer Anthologie vorgestellt, eine „appetitanregende“ Bereicherung ist.

> An den Ständen von Griechenland und Co. gab es keine Krise

Krise kann kreativ machen, siehe Deutschland nach 1920. In der damaligen Inflation entstanden traumhafte Bücher, die in nummerierten Miniauflagen zu Maxipreisen erfolgreich „vermarktet“ wurden. Ähnlich waren in Frankfurt nun Dutzende Mini-Einmannverlage zugegen, die bibliophile Perlen anboten. Deren „Nestor“ ist seit Herbst 1990 Christian Ewald aus Berlin-Köpenick, dessen jährlich zwei „Katzengraben-Bücher“ (mit dem eingenähten Faden als Markenzeichen) als „schönstes deutsches Buch“ oder „eins der 20 schönsten Bücher der Welt“ prämiert wurden. Manche Kleinstverleger wie Reinhard Scheuble mit seiner „Quetsche“ bevorzugen den Begriff „Buchkunst“, und was sie mit Lettern, Papier und Einbänden anfangen, ist wahrhaft große und hochpreisige Kunst. Zwei Stände illustrieren deren Bandbreite. Da ist zum einen das Mainzer „Gutenberg-Museum“, das auf der Messe an alten Maschinen alte Texte à la Gutenberg druckt wie eine Seite aus dem Johannes-Evangelium mit dem berühmten Eingang: „In principio erat verbum“ (Am Anfang war das Wort). Der andere Pol ist das „Buchlabor“ von Studenten des „Instituts für Buchforschung“ der Fachhochschule Dortmund, die mit einem hundertteiligen Kriterienkatalog das Kulturphänomen „Buch“ restlos ergründen möchten.

Fremdwort scheint „Krise“ für Länder zu sein, die ökonomisch krisengeplagt sind: An den Ständen Griechenlands, Kroatiens, Serbiens oder Rumäniens wurde nie geklagt, nur debattiert, gelesen, geblättert, gelegentlich auch gefeiert – etwa am bunten Stand Armeniens: Die Hauptstadt Eriwan ist Unesco-Weltbuchhauptstadt 2012, Armenien präsentiert ein halbes Jahrtausend nationaler Buchkultur (seit 1512). Das ist schon ein paar armenische „Kognacs“ wert! *Wolf Oschlies*

Härte gegen Bummelanten

Behörden verhängen öfter Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger

Immer häufiger verhängen Arbeitsagenturen Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger. In diesem Jahr könnten die Strafen sogar die Rekordzahl von einer Million erreichen. Bis Ende Juni hatte die Bundesagentur für Arbeit 520 792 neue Sanktionen gezählt. Im vergangenen Jahr waren insgesamt 912 000 Strafen verhängt worden.

Die häufigsten Gründe für Leistungsbegrenzungen waren in der Halbjahres-Statistik Verstöße gegen die Meldepflicht (352 233 Fälle), die Missachtung der Eingliederungsvereinbarung (74 432) und die Weigerung einer Arbeitsaufnahme (56 489). Grundsätzlich sind Hartz-IV-Empfänger nämlich dazu verpflichtet, eine zumutbare Arbeit anzunehmen, eine Eingliederungsvereinbarung zu unterschreiben und sich für vom Jobcenter bezahlte Aus- und Fortbildungen zur Verfügung zu halten. Laut Bericht der Bundesarbeitsagentur waren vor allem männliche Hartz-IV-Bezieher von Strafen betroffen. Dies hat die hauseigene Forschungsabteilung der Bundesagentur, das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), herausgefunden. Eine schlüssige Erklärung dafür, dass Männer doppelt so häufig sanktioniert werden wie Frauen, hat das IAB noch nicht, vermutet jedoch, dass Männer weniger Bereitschaft zeigen, mit den Jobcentern zusammenzuarbeiten.

In den meisten Fällen von Strafen waren Hartz-IV-Bezieher der Meldepflicht nicht nachgekommen, das heißt, sie waren trotz Einladung nicht im Jobcenter erschienen. Dies hat je nach Schwere der Versäumnisse zur Folge, dass die Hartz-IV-Leistungen ganz oder zumindest teilweise für eine begrenzte Zeit gestrichen werden.

> Männer werden häufiger bestraft als Frauen

Bundesweit stiegen auch die Anträge auf ein Überbrückungsdarlehen, laut Aufstellung der Bundesagentur von 2007 bis 2011 um 50 Prozent auf monatlich 18 461. Der durchschnittliche Darlehensbetrag stieg im selben Zeitraum von 214 auf 271 Euro. Laut Gesetz dürfen Überbrückungsdarlehen nur in besonderen Fällen gewährt werden, um einen „unabweisbaren Bedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts“ zu decken. Jobcenter dürfen demnach zur Anschaffung eines Kühlschranks, einer Waschmaschine oder von Kleidungsstücken zinslose Kredite vergeben.

Die Meldung, dass der Bundesrat nun die Anhebung des Regelsatzes für alleinstehende Langzeitarbeitslose um acht Euro von derzeit 374 auf 382 Euro beschlossen hat, sorgt für wenig Begeisterung. Hartz-IV-Empfänger wie auch viele linke Politiker kritisieren die Erhöhung als zu gering, obwohl die Anhebung des Regelsatzes um 2,1 Prozent sich an der Rentenerhöhung Anfang Juli orientiert.

Indessen wird das Klima in den Jobcentern rauer. Hartz-IV-Empfänger klagen über herablassende Behandlung und Willkürentscheidungen seitens der Behördenmitarbeiter, die Arbeitsvermittler fühlen sich von Pöbeleien ihrer frustrierten „Kunden“, wie Hartz-IV-Empfänger im Behördenjargon genannt werden, bedroht. Beschimpfungen und Bedrohungen gehörten zum Alltag der Jobcenter-Mitarbeiter, sagt Anja Huth, die für Hartz IV zuständige Mitarbeiterin der Bundesagentur für Arbeit. Gemessen an der Zahl der Millionen Hartz-IV-Empfänger sei die Zahl der Rüpeleien und Übergriffe jedoch gering. Die Messerattacke auf eine Beschäftigte in Neuss mit tödlichem Ausgang sei ein tragischer Einzelfall. *M. Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

EU-Einsatz in Mali

Brüssel – Sowohl die EU als auch Deutschland haben ihre Bereitschaft erklärt, die Nato bei einer Militärintervention in Mali zu unterstützen. Ziel ist die Wiederherstellung der Staatsautorität im gesamtnationalen Gebiet. Nordmali wird derzeit von Islamisten kontrolliert, die sich ihre Macht durch den Zugang an libysche Waffen sichern. Mit der am Freitag vergangener Woche einstimmig verabschiedeten Resolution 2071 ist das Vorhaben durch einen UN-Beschluss gedeckt. Innerhalb von 45 Tagen soll ein schriftlicher Plan für den unbewaffneten Einsatz vorliegen, der auf logistischer Unterstützung sowie der Entsendung von Ausbildern und Beratern basieren soll. *M.H.*

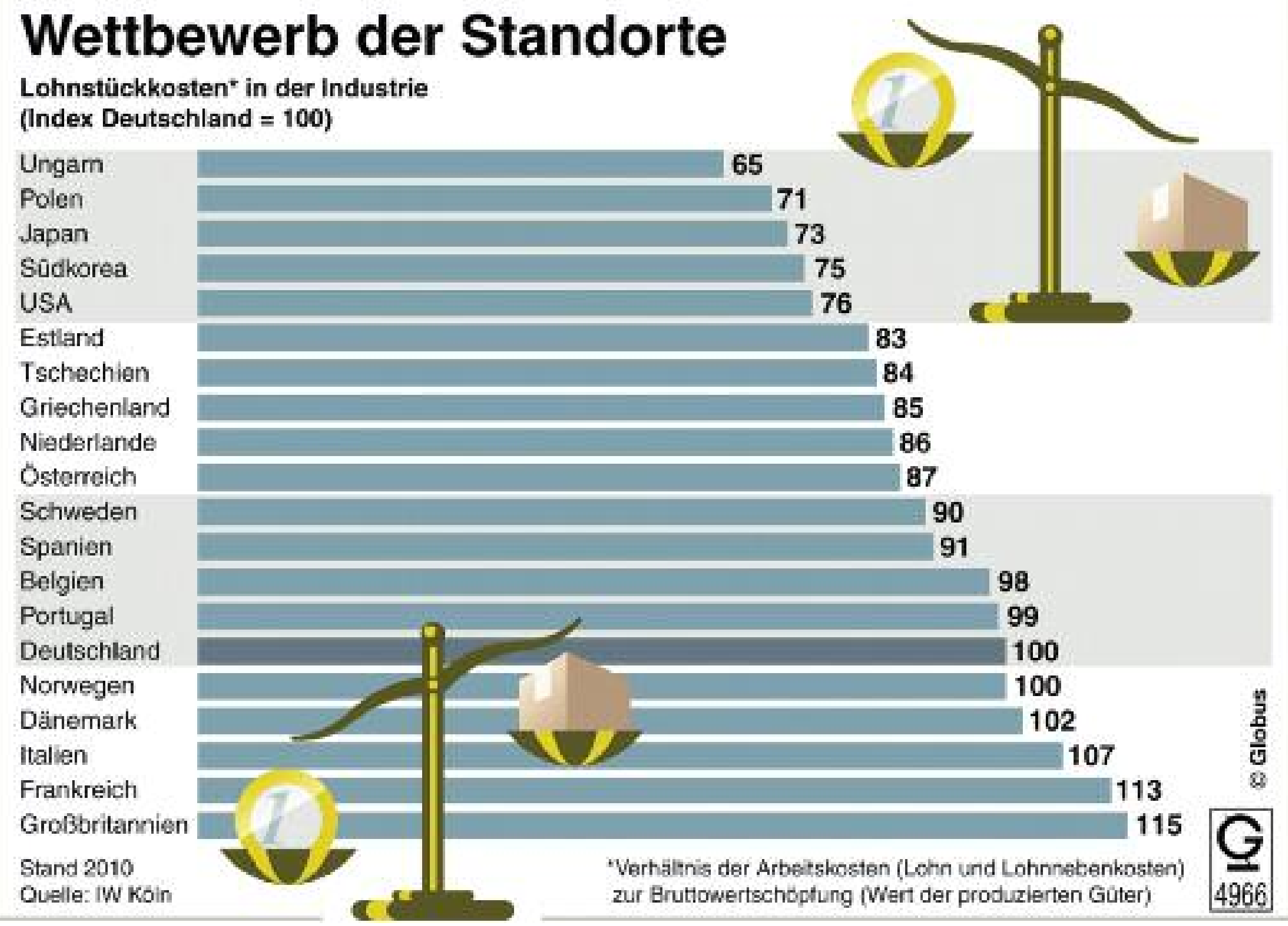
Warnung vor Unruhen in EU

London – Der konservative britische Unterhausabgeordnete Alec Shelbrooke hat in einer Parlamentsdebatte seine Befürchtung über nahende Unruhen in Form von nationalistischen Aufständen der europäischen Völker gegen eine zentralistische EU geäußert. Es sei der Entzug der Souveränität der Nationalstaaten, der in den beteiligten Ländern für Missmut sorge und das Ziel eines Friedensprojektes verfehle. Diese drastische Warnung erinnert an die Prophezeiung des englischen Politikers Enoch Powell von 1968, der in seiner „Rivers of Blood“-Rede die verheerenden Konsequenzen von massiver Migration voraussagte. Die Gegenwart scheint seine Vorahnungen nun zusehends zu bestätigen, wie beispielsweise die Krawalle in London voriges Jahr zeigten. Die Vermutungen des Tory-Abgeordneten Shelbrooke könnten sich bald als ähnlich prophetisch erweisen, wenn die EU Warnungen dieser Art unbeachtet lässt. *M.H.*

Feindbild Unternehmer

Paris vertreibt seine raren Investoren durch zusätzliche Steuererhöhungen – Klassenkampf neu belebt

Statt wie im Wahlkampf versprochen, die französische Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen, hat Façois Hollande bisher nur an der Steuerschraube gedreht. Für viele Unternehmer scheint das Maß nun aber voll zu sein – während einige das Land verlassen, bilden andere nun eine Protestbewegung.



Teurer Standort: Frankreichs Wirtschaft ist nicht mehr wettbewerbsfähig Bild: pa

Nur wenige Monate ist es her, dass viele Franzosen erstmals Bekanntschaft mit dem für sie sperrigen Wort „le Mittelstand“ machten. Kaum einer der Kontrahenten im Wahlkampf ließ die Gelegenheit aus, sich als Bewunderer des deutschen Modells mittelständischer Unternehmen zu präsentieren. Zwar hat Frankreich sehr viele Kleinstunternehmen und einige international agierende Großkonzerne, ein Mittelstand nach deutschem Muster fehlt allerdings weitgehend. Berechnungen der Landesbank Saar zufolge, kommen auf einen französischen Mittelständler zwei deutsche. Wo es den französischen Mittelstand gibt, da sind seine Gewinnmargen gering, wird wenig Geld in Forschung gesteckt und kaum exportiert. Diese Schwäche hat einen gehörigen Anteil daran, dass im Jahr 2011 die Lücke zwischen Einfuhren und Ausfuhren auf fast 70 Milliarden Euro angewachsen ist. Vom Wahlkampfversprechen, dies zu ändern, ist wenig übrig geblieben. Die Entwick-lung geht sogar eher in die Gegenrichtung: Zum Stopfen des 30-Milliarden-Haushaltslochs im Jahr 2013 sollen Besserverdienende und Unternehmer erst einmal über zusätzliche Steuern in Höhe von 20 Milliarden Euro zur Kasse gebeten werden.

Die populistischen Steuerpläne zeigen schon jetzt verheerende Folgen, denn sie wirken demoralisierend. Nicht nur auf Großunternehmen, die es nach dem Willen Hollandes vor allem treffen soll, sondern auch auf die vor wenigen Monaten noch gepriesenen Kleinunternehmen und Mittelständler. Schnellen Zulauf erlebt derzeit etwa die Bewegung „Les Pigeons“. Das Wort steht im französischen nicht nur für Tauben, sondern umgangssprachlich auch für „Gelackmeierte“. Als genau solche sehen sich viele Unternehmer mittlerweile. In kurzer Zeit haben sich über die Internetdienste Facebook und Twitter 50 000 Menschen zusammengefunden, die sich mit den Zielen der „Pigeons“ solidarisieren. Die Steuerpolitik seit dem Amtsantritt Hollandes scheint darauf aus zu sein, jeglichen unternehmerischen Ehrgeiz auszutreiben, so einer der Vorwürfe der „Pigeons“. Grenzsteuersätze, die von derzeit 32 Prozent auf über 60 Prozent ansteigen sollen, würden zu einer „fast schon sadistischen Demotivation“ führen, lautet eine weitere Klage.

> So etwas wie der deutsche Mittelstand fehlt in Frankreich

Dass Investoren und Unternehmensgründer endgültig von jeglichem Engagement in Frankreich abgeschreckt werden, fürchten allerdings nicht nur die „Tauben“. „Politische Ideologie sei in Zeiten schwerer struktureller Krise keine gute Lösung“, so lautete unlängst die Warnung von François-Henri Pinault, Chef des Luxusgüter-Konzerns PPR (Gucci, Yves Saint Laurent), in Richtung Hollandes. Konsequenzen hat bereits sein Konkurrent Bernard Arnault vom Konzern LVMH (Louis Vuitton Moët Hennessy) gezogen. Der reichste Franzose will seinen französischen Pass abgeben und stattdessen Belgier werden. Zwar dementiert Arnauld, dass steuerliche Motive ihn außer Landes treiben, doch es wird davon ausgegangen, dass die Pläne der sozialistischen Regierung, eine 75-Prozent-Abgabe auf Jahreseinkommen von mehr als einer Million Euro einzuführen, der Grund für seinen Weggang sind.

Dass Unternehmer und Besserverdienende nun als diejenigen in den Fokus gestellt werden, die geschröpft werden sollen, um Haushaltslöcher zu stopfen, könnte außer zunehmender Steuerflucht noch eine andere Folge haben. Im Gegensatz zur deutschen Erkenntnis, dass das Wohl der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eng miteinander verbunden ist, ist in weiten Teilen der französischen Gesellschaft noch immer ein Bild vom Unternehmer weit verbreitet, das an Klassenkampf erinnert. Der „patron“, der Unternehmer, als Gegner und Ausbeuter, der geschröpft und bekämpft werden muss. Auf die Spitze getrieben wurde diese weitverbreitete Haltung bereits in einigen Arbeitskämpfen, als Manager und Unternehmer als Geiseln genommen wurden.

Die ohnehin eher auf Konfrontation angelegte Einstellung wird noch durch die französischen Gewerkschaften bestärkt. Anders als in Deutschland existiert keine dominierende Einheitsgewerkschaft wie der Deutsche Gewerkschaftsbund, sondern mehrere größere Einzelgewerkschaften konkurrieren miteinander und überbieten sich bei ihren Forderungen an die Arbeitgeber. Die Zeit seit seinem Machtantritt im Mai hat Präsident Hollande weitgehend mit Ankündigungen verstreichen lassen, inzwischen trübt sich die Lage der französischen Wirtschaft immer mehr ein. Bei der Arbeitslosigkeit wurde erstmals seit 13 Jahren die Drei-Millionen-Marke wieder überschritten, eine schwache Binnennachfrage und nachlassende Exporte werden bald zu weiteren Entlassungen führen. Der Kreditversicherer Euler-Hermes rechnet vor diesem Hintergrund mit mehr als 64 000 Unternehmensinsolvenzen in Frankreich – ähnlich hoch lag die Zahl zuletzt im Krisenjahr 2008.

Norman Hanert

Trügerischer Frieden

Philippinen weiter von Terror bedroht

Zehn Jahre nach den Terroranschlägen auf Bali mit Hunderten Toten haben Hinterbliebene und Überlebende der Opfer gedacht. Die indonesische Regierung hätte allen Grund, sich auf die Schultern zu klopfen, denn die Polizei hat der Terrorgruppe Jemaah Islamyiah in den vergangenen Jahren entscheidende Schläge zugefügt. Das hat sie jedoch nicht getan, sondern sich angesichts des noch immer herrschenden Leids der Betroffenen dezent zurückgehalten. Ganz anders dagegen tritt der philippinische Präsident Benigno Aquino auf. Während es in Indonesien seit 2009 keinen schweren Terroranschlag mehr gegeben hat, herrscht auf den Philippinen allenfalls ein trügerischer Frieden. Dennoch lässt er sich für den Friedensvertrag mit der etwa 12 000 Kämpfer umfassenden Moro Islamic Liberation Front (MILF) im Süden seines Inselstaates feiern.

Die Annahme, damit sei der Durchbruch zu einer dauerhaften Befriedung des Landes erreicht, ist allerdings ein Trugschluss. Denn nach wie vor treiben die Terrorbande Abu Sayyaf und die Kämpfer der Moro National Liberation Front (MNLF) auf Mindanao sowie den Inseln Basilan, Jolo und Tawi Tawi ihr Unwesen, unterstützt von einer Splittergruppe der Jemaah Islamiyah.

Bislang haben die Kämpfe für einen autonomen Muslimstaat und die gewaltsame Vertreibung aller Christen sowie die Ausrottung eines westlichen Lebensstils bei oft spektakulären Attentaten etwa 150 000 Todesopfer gefordert. Dabei beträgt der Anteil der Muslime an der mehrheitlich katholischen Bevölkerung der Philippinen von 92 Millionen gerade einmal knapp drei Prozent. Schon früher geschlossene Friedensabkommen wurden immer wieder gebrochen, weil vielen Muslimen die ausgehandelten Freiheiten nicht genügten. Die jüngste Vereinbarung sieht halbautonome muslimische Regionen vor, lediglich Sicherheits-, Außen- und Geldpolitik sollen weiter in der Hand der Zentralregierung in der Hauptstadt Manila bleiben. Die MILF will eine legale Partei gründen und ins Parlament. Japan und die USA begrüßen den Schritt und sehen die Notwendigkeit, den Süden im Kampf gegen die Armut mit entsprechenden Zuwendungen weiter zu fördern

> Friedensvertrag noch kein Durchbruch

Joachim Feyerabend/J.H.

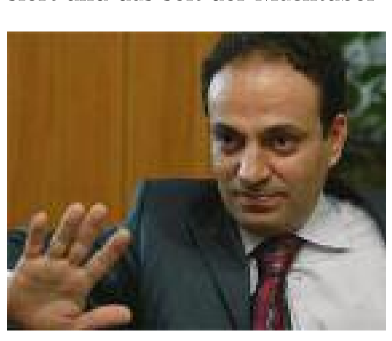
Für Völkermord entschuldigt

Türkischer Kommunalpolitiker beendet Leugnung des Genozids an den Armeniern

Zum ersten Mal hat sich ein bekannter türkischer Lokalpolitiker, Osman Baydemir, für den Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten entschuldigt. Der Bürgermeister von Diyarbakir sagte nach einer Meldung der türkischen Zeitung Hurriyet wörtlich: „In meinem Gewissen verurteile ich die Grausamkeit von 1915. Wir lehnen das Erbe unserer Großväter ab, die an diesem Massaker teilgenommen haben, wir wollen kein Teil mehr von dem sein, was sie erlebten, und wir gedenken derer, die es damals abgelehnt haben, ein Teil der Mordmaschinerie zu sein.“ Baydemir ist Mitglied der den Kurden nahestehenden „Frieden und Demokratie Partei“ (BDP), die nach den beiden staatstragenden Parteien, der islamistischen AKP von Premier Erdogan und der kemalistischen Republikanischen Partei (CHP) von Oppositionsführer Kemal Kılıçdaroglu, die drittstärkste politische Kraft in der Türkei ist.

Während des Ersten Weltkrieges hatte die „Reform-Regierung“ der sogenannten „jungtürkischen Bewegung“ in der Türkei alle Minderheiten zu Staatsfeinden erklärt. Armenische, assyrische und chaldäische Männer wurden aus ihren Siedlungsgebieten vertrieben, in Gewalt- und Todesmärschen durch das Landesinnere getrieben, wo sie verhungerten und verdursteten, die Frauen und Kinder wurden versklavt. Schätzungen gehen von 1,5 Millionen Toten aus. Nur in ganz unzugänglichen Bergregionen im Südosten Anatoliens konnten wenige Chaldäer und Assyrer überleben. Dieser Völkermord an den Armeniern wird bis heute von der Türkei entweder geleugnet oder als „kriegswichtige Maßnahme“ schöngeredet und gerechtfertigt.

Der Bürgermeister von Diyarbakir sprach auf einem vom Presseclub Yerevan organisierten Diskussionsforum in seiner Stadt, das sich mit den türkisch-armenischen Beziehungen befasste. Er sagte: „Ein Armenier, ein Assyrer und ein Chaldäer, dessen Großoder Urgroßvater in Diyarbakir geboren wurde, hat ebenso ein Recht, in Diyarbakir zu leben, wie ich es habe. Das sage ich als ein in Diyarbakir geborener Kurde. Ich würde gerne alle ethnischen Gruppen, deren Vorfahren in Diyarbakir lebten, wieder in die Stadt einladen. Kommt zurück in eure Stadt!“ Zu der in der Türkei in offiziellen Stellungnahmen vorherrschenden Verdrängungs- und Leugnungsmentalität sagte Osman Baydemir dies: „Die Verbrechen, die einige unserer Vorfahren begangen haben, zu leugnen wäre, als würde man ein Teil davon.“ Dies waren bemerkenswerte Sätze, besonders in einem Land, dessen nationale Identität auf dem Kampf der Jungtürken basiert und das seit der Machtübernahme von Erdogan 2002 auch seine religiöse Identität mit dem Türkentum auf fast schon absurde Art überhöht hat. Das Thema Armeniergenozid bleibt eines der letzten Tabus des türkischen Staates, denn eine Anerkennung des Völkermordes würde den Gründungsmythos der Republik ins Wanken bringen.


Osman Baydemir Bild: Archiv

In Diyarbekir wurden unter Führung von Bürgermeister Baydemir bereits mehrere Projekte zugunsten der Minderheiten gestartet. So wurden mit Hilfe der Stadt mehrere sogenannte Cemevleri, Gebetshäuserder Aleviten, die in der Türkei immer noch nicht als eigene Konfession des Islam anerkannt sind, gebaut. Am 22. Oktober 2011 war die restaurierte armenische St.Guiragos-Kathedrale (Surp Giragos) mit einer Zeremonie eröffnet worden. Zur Wiedereröffnung der Kirche nach 97 Jahren fand zum ersten Mal wieder ein Konzert in dieser Kathedrale statt.

Heute ist allgemein bekannt, dass die Türken 1915 die Schmutzarbeit auf den Todesmärschen den kurdischen Milizen, den sogenannten „Hamidiye Truppen“, überlassen hatten, um so den Hass der Armenier auf ihre eigentlichen Nachbarn, die Kurden, zu lenken. Deshalb ist es umso erstaunlicher, dass jetzt von kurdischer Seite in der Türkei die stärksten Versöhnungsgesten kommen.

Osman Baydemir, ein 41-jähriger Jurist, gilt als einer der profiliertesten Politiker der BDP. Er hat es auch gewagt, seine Partei von der terroristischen PKK abzugrenzen, deren Führer Öcalan seit elf Jahren im Gefängnis sitzt. Bereits 2007 hatte sich Baydemir nach dem Mord an dem armenischen Journalisten Hrant Dink in Istanbul zu einem friedlichen Miteinander zwischen den einst verfeindeten Volksgruppen bekannt und dafür Morddrohungen erhalten. *Bodo Bost*

Verlockende Falle

Niedrige Zinsen verleiten zum Hauskauf, doch der erfolgt oft zu leichtfertig

Auch wenn kurz- bis mittelfristig das Zinsniveau niedrig ist, wer eine Immobilie finanziert, verschuldet sich oft langfristig. Steigen die Zinsen wieder, droht so manchem Käufer das Platzen seiner Finanzierung. Aber auch die Banken begeben sich auf unsicheres Terrain.

Fast jeden Abend, direkt vor der „Tagesschau“, sehen wir das nette Paar, dass im Fernsehen für eine Baufinanzierung bei der Deutschen Bank wirbt. Dort ist derzeit von 2,79 Prozent Zinsen die Rede und das klingt echt günstig. Die Hamburger SpardaBank lockt sogar mit einer „Immobilienfinanzierung to go“ willige Häuslekäufer in ihre Filialen. Und angesichts der ungewissen Zukunft des Euro, unsicheren Renten und der geringen Zinsen für Erspartes klingt die Investition in einen Sachwert wie die eigenen vier Wände reizvoll. So reizvoll, dass Experten inzwischen davor warnen, dass die Deutschen immer öfter mit zu wenig Eigenkapital sich in eine So-gut-wie-Vollfinanzierung wagen. Doch dies birgt für den Kunden wie für die Bank Risiken.



Eigenkapital als Fundament: 20 Prozent eigenes Geld beim Hauskauf sind wünschenswert Bild: pa

Die gestiegene Nachfrage lässt die Preise auf ein Niveau ansteigen, das nicht immer gerechtfertigt ist. So ist ungewiss, ob gerade bei einer sinkenden Bevölkerungszahl und damit sinkenden Nachfrage das Haus oder die Wohnung dereinst wieder zu dem Kaufpreis verkauft werden kann. Gerade im Fall eines Verkaufs wegen Scheidung, Wohnortswechsels oder Arbeitslosigkeit kann dies bei einer Finanzierung, die überwiegend auf Krediten basiert, dazu führen, dass der Immobilienbesitzer selbst nach einem Verkauf noch Schulden zurückbehält. Außerdem gibt es die Gefahr, dass am Ende der Zinsbindungsfrist das Zinsniveau viel höher ist als heute. Da in den ersten Jahren bei einem klassischen Annuitätendarlehen, wie es bei Immobilienfinanzierungen üblich ist, wenig getilgt wird, ist die Restschuld nach zehn oder 15 Jahren bei Auslauf der vertraglich geregelten Zinsbindung noch beachtlich. Diese Restschuld muss dann durch einen neuen Darlehensvertrag umgeschuldet werden, doch die Zinsen für den neuen Darlehensvertrag können dann bereits sechs, sieben oder acht Prozent betragen. Dabei können bereits kleinste Zinserhöhungen dafür sorgen, dass sich Immobilienkäufer, die sich aufgrund ihres kleinen Gehaltes nur knapp ein Haus leisten konnten, dies dann nicht mehr können, da sie die dann höhere monatliche Rate nicht mehr bezahlen können. Vor allem Geringverdiener in den USA und Spanien mussten in den letzten Jahren erfahren, dass ihr Traum vom Eigenheim platzte. Das Haus war dann von der Bank gepfändet, fand aber keinen Käufer und wenn nur unter dem altem Kaufpreis und die Schulden belasten noch heute den Kreditnehmer und auch die Bilanzen der Banken.

Zudem tragen die Banken ein Zinsänderungs- und Fristentransformationsrisiko. Derzeit legen die Sparer ihr Geld wegen der niedrigen Zinsen nur kurzfristig an, zugleich verleihen die Banken aber das Geld langfristig, nämlich zehn bis 15 Jahre für unter drei Prozent bei einer Immobilienfinanzierung. Was wäre aber, wenn die Zinsen in Folge einer Inflation in fünf Jahren höher liegen als heute? Dann müssten die Banken ihrer Sparern mehr Geld zahlen, würden aber immer noch nur knapp drei Prozent für das verliehene Geld erhalten. Abzüglich der Personal- und Sachkosten könnte da schnell ein neues Verlustgeschäft der Banken am Horizont heraufziehen.



SpardaBank wirbt mit „Immobilienfinanzierung to go“

Martin Hellmich, Professor für Financial Risk Management an der Frankfurt School of Finance & Management, meint auf *PAZ*-Anfrage: „Während der Krise hat sich gezeigt, dass Fristentransformation eine mit erheblichen Risiken verbundene Ertragsquelle von Banken ist, weil in einem Stressszenario insbesondere Banken mit wenig diversifizierten Refinanzierungsquellen den Zugang zu Liquidität verlieren. Ein zu hohes Maß an Fristentransformation in den Bankbilanzen wird in einem solchen Szenario zum Systemrisiko.“

„Wir erwarten mittelfristig keine Beschleunigung der Inflation“, merkt jedoch Rolf Kroker, Leiter Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik am Institut der deutschen Wirtschaft Köln, auf *PAZ*-Anfrage an. „In diesem Jahr wird sich der Anstieg der Verbraucherpreise nach unserer Prognose auf zwei Prozent und im nächsten Jahr 1,75 Prozent reduzieren. Auch die gestern vorgelegte Gemeinschaftsdiagnose geht von Inflationsraten von rund zwei Prozent für dieses und das nächste Jahr aus. Die rezessive Entwicklung in der Euro-Zone in diesem Jahr und das nur sehr geringe Wachstum im nächsten Jahr dämpfen die Inflationserwartungen.“ Erst wenn die Euro-Krise überwunden sei und die Konjunktur in der Euro-Zone wieder Fahrt aufnehme, könnten sich die Voraussetzungen ändern. Aber dann würde die EZB die geldpolitischen Zügel wieder anziehen und so aufkeimenden Inflationserwartungen entgegenwirken, so Kroker, der das von der *PAZ* angesprochene Problem daher für unwahrscheinlich hält. Und auch Tanja Beller, Pressesprecherin des Bundesverbands deutscher Banken setzt auf die EZB. Zudem steuerten die Banken das Ausmaß der vorgenommenen Fristentransformation angemessen vorsichtig, nicht zuletzt wegen der künftigen Regelungen nach Basel III.

Zudem überwacht die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) die Geschäfte der Banken, die regelmäßig eine unerwartete Zinsänderung, einen sogenannten Zinsschock, simulieren müssen. Dieses „Rechenspiel“ zur Eindämmung von Risiken wurde zuletzt Ende 2011 verschärft. „Ich bitte um Verständnis, dass ich Ihnen keine Einschätzung dazu liefern kann, wie wahrscheinlich das von Ihnen beschriebene Szenario steigender Zinsen ist“, so Bafin-Pressesprecher Ben Fischer. „Die Bafin arbeitet aber darauf hin, dass die Institute durch den Einsatz geeigneter Methoden und Prozesse sich der Problematik des Zinsänderungsrisikos im Anlagebuch bewusst werden. Andererseits ist es Aufgabe der Bafin, sicherzustellen, dass eine angemessene Eigenmittelausstattung (quasi als Puffer) vorhanden ist, sollte der von Ihnen geschilderte Fall einer generellen Erhöhung des Marktzinsniveaus eintreten.“ *Rebecca Bellano*

KURZ NOTIERT

Ökonomen bleiben bei Lösungen für Euro-Krise uneins: Bei der Veröffentlichung ihres Herbstgutachtens machten die vier führenden deutschen Wirtschaftsinstitute deutlich, dass sie sich bezüglich der Lösungswege zur Bewältigung der Euro-Krise absolut uneins sind. Während IfW und Ifo eine Insolvenzordnung für Staaten fordern, wollen RWI und IWH über einen Schuldentilgungspakt die Probleme der Gegenwart meistern. Bei der Pressekonferenz wurde sogar offen bekannt, dass eine Diskussion der Forscher über Wege zur Krisenbewältigung nicht fruchtbringend sei, da man völlig unterschiedliche Herangehensweisen hätte. Eigentlich sollen die führenden deutschen Wirtschaftsinstitute der deutschen Regierung mit ökonomischem Rat zur Seite stehen und der Politik Orientierung bieten. *Bel*

Briten wollen Sonderregel: Die britische Idee, bei den verschärften Eigenkapitalregeln für Banken (Basel III) einige Kredite an britische Firmen während einer Rezession nicht mehr mit Eigenkapital unterlegen zu müssen, sorgt für massiven Unmut in der Bankenbranche. Dies widerspreche dem Grundsatz von Basel III, nach dem Banken für unsichere Kredite Eigenkapital als Risikopuffer vorhalten müssen, so dass bei großen Kreditausfällen nicht mehr der Steuerzahler einspringen muss. Gerade Kredite an Firmen während einer Wirtschaftsflaute seien aber im höchsten Grade ausfallgefährdet. *Bel*

20 Milliarden Euro zusätzliche Schulden: 37 Milliarden Euro alte Schulden muss Italien allein im Oktober tilgen. Damit dies möglich ist, muss das Land neue Schulden aufnehmen. Hinzu kommen noch Defizite aus dem laufenden Haushaltsjahr, die wegen einer sinkenden Wirtschaftsleistung und somit geringeren Steuereinnahmen bei steigenden Sozialausgaben größer sind als vermutet. Und so muss Rom in diesem Jahr statt insgesamt 440 bis 450 Milliarden Euro neu aufzunehmen, sogar 460 bis 465 Milliarden Euro frisches Geld am Geldmarkt beschaffen. *Bel*

Geld im Überfluss

Fluglinien vom Arabischen Golf wollen Drehkreuze verlagern

Unerwartete Wege geht die Fluggesellschaft Air Berlin unter ihrem neuen Mehrheitsaktionär, der arabischen Fluggesellschaft Ethihad. Auf Druck der staatlichen Fluggesellschaft aus Abu Dhabi, die inzwischen 29 Prozent der Anteile bei Air Berlin hält, wird Deutschlands zweitgrößte Fluglinie eine Kooperation mit dem niederländisch-französischen Konzern Air France/KLM eingehen. Die Araber können neben dem Streckennetz von Air Berlin nun auch auf die Verbindungen von Air France/KLM in Europa zurückgreifen, um von europäischen Flughäfen Zubringerflüge für eigene Verbindungen zum Golf zu organisieren. Start und Landerechte für rein innereuropäische Verbindungen werden bisher nur an europäische Fluggesellschaften vergeben.

Bestens geeignet, um trotzdem innerhalb Europas agieren zu können, sind angeschlagene Fluglinien wie Air Berlin, die als Stellvertreter fungieren. Allerdings birgt die Zusammenarbeit von Air Berlin und Air France/KLM einiges an Brisanz. Beide Fluggesellschaften gehören verschiedenen konkurrierenden Luftfahrtbündnissen an. Air France/KLM ist mit „Sky Team“ (Alitalia, Delta, Aeroflot) verbandelt, Air Berlin ist erst im März dem Bündnis „One Word“ (British Airways, Iberia) beigetreten. Branchenvertreter halten es nun sogar für möglich, dass Air Berlin auf Druck seines arabischen Großaktionärs das Bündnis wieder verlässt. Die Spekulation hat einen handfesten Hintergrund: Quatar

Wirtschaftlichkeit spielt bei den Ethihads und Quatars noch keine Rolle

Airways, ein erbitterter Konkurrent von Ethidad, wird „One World“ beitreten. Quasi durch die Hintertür würde sich Quatar Airways damit eine Kooperationsverpflichtung von Air Berlin sichern.

Die Schritte von Quatar Airways und Ethihad kommen nicht von ungefähr: Europas Luftfahrtbranche gilt als angeschlagen, Fluglinien vom Arabischen Golf nutzen nun die Situation, um in Europa ihre Positionen auszubauen. Mit gutem Recht kommt dabei von europäischen Fluglinien der Vorwurf ungleicher Chancen. Rentabilität spielt bei den Fluglinien vom Arabischen Golf bisher kaum eine Rolle, sie können sich auf die sprudelnden Öleinnahmen ihrer Heimatstaaten stützen. Das Geld, das bei den Fluglinien zugeschossen wird, gilt als Zukunftsinvestition für die Zeit nach dem Öl. Ziel ist es, die eigenen gigantischen Luftfahrtdrehkreuze, die am Golf aus dem Boden gestampft wurden, mit Passagieren aus Europa zu füttern. Auf interkontinentalen Langstrekkenflügen soll künftig nicht mehr in London, Paris, Frankfurt oder Amsterdam umgestiegen werden, sondern in Doha, Abu Dhabi und Dubai.

Noch unklar ist, welchen Weg bei diesem Vorhaben die größte der drei Golf-Fluglinien, Emirates, gehen wird. Statt auf Kooperationen hat Emirates bisher auf eine eigene große Flugzeugflotte und zahlreiche Direktverbindungen nach Europa gesetzt. Die jüngsten Schachzüge der Konkurrenten Ethihad und Quatar Airways könnten für Emirates nun der Anlass sein, selbst einen Verbündeten in Europa zu suchen. Eine Fluglinie, die als potenzieller Kandidat dafür genannt wird, kommt selbst unter immer stärkeren wirtschaftlichen Druck: die deutsche Lufthansa. *Norman Hanert*

Expansion dank Brüssel

Französischer EU-Kommissar hilft französischen Unternehmen

Mehr Wettbewerb, so lautet das Versprechen, das die EU-Kommission nun mit neuen Regelungen zu europaweiten Ausschreibungen von kommunalen Diensten gibt. Bei dem Vorhaben, das vom französischen EU-Wettbewerbskommissar Michel Barnier vorangetrieben wird, soll offiziell nur geregelt werden, wie Städte und Gemeinden ihre Konzessionen für Dienstleistungen wie Energie, Abfall und Wasser künftig ausschreiben sollen. Manche befürchten jedoch, dass daraus ein Zwang zur Privatisierung folgt. „Die Euro-Zone muss für 2012 mit Nullwachstum rechnen, elf Prozent der Menschen sind arbeitslos“, so Barnier. „Brauchen wir deshalb nicht einen funktionierenden Binnenmarkt, in dem unsere Unternehmen Chancen haben, die zehnmal größer sind als auf ihrem nationalen Markt?“

Wen Barnier mit „unsere Unternehmen“ genau meint, sorgt indessen immer weniger für offene Fragen. Als regelrechte „Platzhirsche“ bei den Privatisierungen von kommunalen Dienstleistungen gelten die französischen Konzerne Veolia und GDF-Suez. In Barniers Heimat wurden von der öffentlichen Hand mehr als 10 000 Konzessionen an Privatunternehmen vergeben. Diese solide Ausgangsbasis war für beide Konzerne ein Sprungbrett, ihr Geschäftsmodell weltweit zu etablieren. Das hochprofitable Geschäft mit den Kommunen ist inzwischen allerdings in die Krise geraten. Zwecks Gewinnmaximierung erfolgen nach den Privatisierungen regel-

Wasserversorgung: Gewinne mitgenommen, Investitionen gespart

mäßig massive Entgelderhöhungen, während Investitionen meist auf das Nötigste beschränkt bleiben, die Infrastruktur auf Verschleiß gefahren wird und für etwaige Verluste der Steuerzahler aufzukommen hat.

Bei immer mehr Kommunen beginnt sich daher Ernüchterung breit zu machen. So hat nach einem Vierteljahrhundert die Stadt Paris 2010 die kommunale Wasserversorgung wieder in die eigene Hand genommen. Dass Paris die Öffentlich-Private Partnerschaft mit Veolia und GDF-Suez gekündigt hat, kann fast als symbolisches Signal gelten. Angesichts der schlechten Erfahrungen liebäugeln weltweit Kommunen damit, Dienstleistungen wieder zurück in die eigene Verantwortung zu nehmen. Resultat ist ein Einbruch der Geschäftszahlen bei Veolia. Bis Ende 2013 will sich der Konzern aus rund 40 Ländern zurückziehen. Ein neuer Impuls von Seiten der EU könnte in dieser Situation dem kriselnden Geschäftsmodell wieder Auftrieb verleihen.

Kombiniert mit EU-Investitionen, etwa in die vielerorts maroden Wassernetze, könnte sich das Geschäft mit den Kommunen – zumindest innerhalb der EU – nochmals zu einer Goldgrube entwickeln. Für Investitionen in die Infrastruktur würden die EU-Steuerzahler aufkommen, für die laufenden Gewinne stehen die Verbraucher gerade. Der Verdacht, dass das gesamte Vorhaben Barniers vor allem französischen Interessen dienen soll, wird noch dadurch verstärkt, dass der EU-Kommissar just seinen Parteifreund von der UMP Philippe Juvin zum Berichterstatter ausgewählt hat. Dieser soll in einem EU-Text Ausnahmen zu Gunsten des französischen Energie-Monopolisten EDF untergebracht haben. *N.H.*

Lebenselixier

Von Jan Heitmann

Wasser bedeutet Leben. Mehr als 1,2 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Süßwasser. Die zuverlässige Versorgung mit sauberem Trinkwasser gehört zu den Segnungen der Zivilisation. Sie ist so wichtig, dass sie in Deutschland ein selbstverständlicher Bestandteil der staatlichen Daseinsvorsorge ist. Pläne der Politik, Wasserwerke zu privatisieren, um schnelles Geld in die Kassen zu bekommen, stoßen dementsprechend regelmäßig auf heftigen Wiederstand der Bürger. EU-Wettbewerbskommissar Michel Barnier will nun durchsetzen, dass auch die kommunale Wasserversorgung europaweit ausgeschrieben und damit der Privatisierung auf diesem wichtigen Gebiet Tür und Tor geöffnet wird. Was dann kommt, wissen wir: Maximaler Profit der Unternehmen auf Kosten der Qualität und zu finanziellen Lasten der Verbraucher. Jeder Stromkunde, dessen Energielieferant privatisiert wurde, hat diese leidvolle Erfahrung bereits gemacht. Was beim Strom eventuell noch hinzunehmen sein mag, ist es beim Wasser nicht. Denn Energie ist zwar wichtig, aber kein Lebenselixier wie Wasser. Barniers Vorhaben muss deshalb unbedingt verhindert werden.

Kniefall vor China

Von Harald Tews

Chinas Regierung jubelt. Zum ersten Mal sei ein Nobelpreis an einen chinesischen Bürger vergeben worden, hieß es in den offiziellen Medien, nachdem der 57-jährige Schriftsteller Mo Yan den Literaturnobelpreis erhielt. Rechnet man genauer, dann ist er schon der vierte Chinese, der einen Nobelpreis bekam. Die Staatsmedien unterschlagen, dass der inhaftierte Bürgerrechtler Liu Xiaobo 2010 ebenso den Friedensnobelpreis erhalten hatte wie 1989 der Dalai Lama. Und selbst einen Literaturnobelpreisträger hat man schon seit 2000 aufzuweisen. Damals erhielt der im französischen Exil lebende Lyriker Gao Xingjian den Preis. Zugegeben: Es war eine politische Entscheidung, denn der Dissident hatte weder vorher noch hinterher Bleibendes geschaffen, selbst Sinologen kennen ihn kaum. Aber wann ist die Vergabe des Literaturnobelpreises nicht politisch? Autoren wie zuletzt Vargas Llosa (2010), Pamuk (2006), Pinter (2005) oder selbst Grass (1999) wurden auch, wenn nicht gar vor allem, für ihr politisches Engagement geehrt. Obwohl die Entscheidung für Mo Yan, der mit dem Roman „Das rote Kornfeld“ international erfolgreich war, kaum umstritten ist, erscheint sie wie ein Kniefall vor Chinas Regierung. Denn der Autor gilt als „Staatsschriftsteller“, der bei Auslandsreisen im offiziellen Gefolge mitreist. Wenn man schon die gesamte EU mit dem Friedensnobelpreis auszeichnen kann, dann sollte man nächstes Mal Chinas Literatur von den Anfängen bis zur Gegenwart mit dem Nobelpreis ehren. Das ist dann ein Abwasch: Dissidenten und Opportunisten in einem Boot – das wäre doch mal was.

EU für Separatismus

Von Hans Heckel

Auf den ersten Blick haben Unabhängigkeitsbewegungen kleiner Regionen und Völker etwas Sympathisches: Es sind kleine Völker oder Stämme, die oft jahrhundertelang unter dem Joch einer fremd empfundenen Macht litten, denen man die Identität rauben wollte. Doch sie haben widerstanden, ihre Kultur ist ebenso wenig verschwunden wie ihr Wille zur Selbstbehauptung. Und nun fordern sie ihr Recht auf Selbstbestimmung.

Hat das nicht etwas Tröstliches, ja Ermutigendes in einer Welt, die von Großsprechern beherrscht scheint, die der Einebnung aller Kulturen das Wort reden? In einer Zeit, wo die „Globalisierung“ die reich strukturierte Menschheit in einen grauen Völkerbrei zu verwandeln scheint, in eine vermasste Milliardenhorde von Nur-noch-Konsumenten?

Ja, es gibt sie noch, die Vielfalt der Kulturen und Völker. das ist die Botschaft der vielen Autonomie-Bewegungen in Europa. Doch man sollte sich nicht romantisch blenden lassen. Denn der Hang zum Kleinstaat hat auch etwas Bedrohliches. Nicht umsonst bevorzugen Despotien kleine Gebietseinheiten. Die SED löste die fünf mitteldeutschen Länder in 13 Bezirke auf. Motiv: Die verhältnismäßig großen Länder ließen sich weniger leicht zentral lenken als die kleinen Bezirke.

Nationalstaaten garantieren am ehesten Demokratie

Daher dürften jene, die sich heute nach einem zentralistisch gelenkten, Brüsseler Europa sehen, die Abspaltungsbewegungen auch mit einem lachenden Auge sehen: Mit Katalonien und Schottland, mit Venetien oder Bayern ließe sich leichter umspringen als mit Spanien, Großbritannien, Italien oder Deutschland. Sowohl wirtschaftlich als auch weltpolitisch wären die Kleinstaaten Brüssel in ganz anderer Weise ausgeliefert als die großen Nationalstaaten es sind.

Somit könnte sich der Sieg der Separatisten als Pyrrhus-Sieg entpuppen. Ziel der Autonomie-Bewegung ist es, mehr demokratische Teilhabe, mehr Einfluss durch das Volk zu erlangen. Dafür soll die Zentralmacht des Gesamtstaats geschwächt oder gar ganz aus der Region vertrieben werden. Am Ende aber könnte es sein, dass sie die Macht in Berlin oder Madrid nur eintauschen gegen die im noch ferneren Brüssel, auf welche sie noch weit weniger Einfluss hätten als auf ihre derzeitigen Hauptstädte.

Die großen Nationalstaaten haben sich als bestes Gefäß für eine machtvolle Demokratie historisch durchgesetzt und bewährt. Dies gilt sowohl gegenüber den Kleinstaaten als auch gegenüber der EU, denn auf europäischer Ebene haben sich bislang höchstens Spurenelemente demokratischer Mitbestimmung durchsetzen lassen. Alles in allem bleibt Brüssel ein wenig bis gar nicht demokratischer Leviathan. Wer die Nationalstaaten aufbrechen will, sollte das vor Augen behalten.



Eine neue Kleinstaaterei böte EU-Vertretern wie Herman van Rompuy (l.) und José Manuel Barroso neue Machtchancen: Kleine Einheiten lassen sich leichter beeinflussen als große, selbstbewusste Nationalstaaten

Bild: Carolyn Kaster, File/AP/dapd

Moment mal!



Wenn die Alten zum Problem werden

Von Klaus Rainer Röhl

Immerfort hört ich, wie die Mütter die Söhne verlieren“, beginnt die Klage einer Mutter in einem Theaterstück von Bertolt Brecht. Letzte Woche klagte auch eine Mutter, die 48-jährige „FAZ“-Redakteurin Inge Kloepfer, den Lesern ihr Leid. „Die Alten rennen der Jugend hinterher. Die aber wendet sich ab“, meint die Autorin. Frau Kloepfer ist nicht irgendeine Mutter. Sie ist die Autorin einer Biografie über die mächtigste Frau der Bundesrepublik, die Erbin des Springerkonzerns, Friede Springer. Ein Bestseller mit Voraus-Garantie. Wer wird die Hofberichterstattung über Friede Springer kritisieren wollen? Und in welcher Zeitung? In der „FAZ“ sitzt ja Frau Kloepfer selbst. Und die hat nun ein neues Thema: „Die Alten wollen nicht alt werden. Mode kennt kein Alter mehr, Haut, Haar und Hüften keine Jahresringe. Auch die Lebenseinstellung ist unschlagbar jugendlich. Waren die typischen Werte des Erwachsenseins einmal Autorität, Rationalität und Verantwortung, erscheinen diese heute gänzlich demodé. Es zählen Spontanität, Emotionalität und die Freiheit, jederzeit das zu tun, nach dem einem gerade ist.“ Und die 48-Jährige erzählt als Beispiel für die Abwendung der Jungen von den sich ihnen anbiedernden Alten eine Geschichte, die sich verdammt nach „selbst erlebt“ anhört: Eine noch nicht ganz alte, gern jung bleiben wollende Dame hatte auf Facebook ein Schnappschuss-Foto ihrer 18-jährigen Nichte gesehen und das mit „cool“ und „georgeous“ (entzückend) kommentiert. Kloepfer: „Die kühle Replik der Göre (mit einem Mal ist es eine Göre!) folgte am nächsten Tag: ‚Das geht gar nicht. Bitte kommentiere nicht mehr!‘“ Gleichzeitig hatte die 18-Jährige die Tante aus dem Kreis der Personen, die ihre Facebook-Nachrichten einsehen dürfen, aussortiert. Dieses Beispiel ist das einzige in einem sechsspaltigen Artikel, das belegen soll, dass sich die Jugend von den Alten abwendet.

Zurück zu Brecht: Die alte Kommunistin bei Brecht weiß natürlich einen Rat: „Immerfort hört man, wie die Mütter die Söhne verlieren. Ich aber behielt meinen Sohn. Wie behielt ich ihn? Durch die dritte, gemeinsame Sache. Er und ich waren zwei: Aber die dritte; gemeinsame Sache; gemeinsam betrieben, war es, die uns einte.“ Der Kommunismus. Alles klar. Aber Brecht, unser größter kommunistischer und zugleich auch größter antikommunistischer Dichter, gibt den Alten einen Ratschlag, der für alle politischen Richtungen passt: Die gemeinsame Sache.

Eine gemeinsame Sache verbindet Alt und Jung

Die gemeinsame Sache muss nicht unbedingt der Kommunismus sein. Es kann auch eine gemeinsame Firma, ein Bauernhof, das Christentum, der Patriotismus und auch die Liebe zur deutschen Sprache sein. „Die“ Jugend wendet sich keineswegs von den Alten ab. Höchstens von den verkrampften „Anti-Aging“ betreibenden Hysterikern mit den Botox-geplätteten Falten, den gefärbten Haaren und den vom Schönheitschirurgen entfetteten Bäuchen und eben der Facebook-Mitgliedschaft. Nicht unser Problem.

Es gibt aber schon ein Problem zwischen Jung und Alt. Die Jungen wenden sich nicht ab, sie können es manchmal gar nicht abwarten, bis die Alten sterben. Die haben, als sie jung waren, die Bundesrepublik aufgebaut und Häuser gebaut und Geld für die Alterssicherung auf die hohe Kante gelegt. Das war mehr als ein Wirtschaftswunder. Inzwischen haben sie auch im Osten ein bisschen was für die Kinder und Enkelkinder auf die Seite gelegt. Schon zur Jahrtausendwende hatten die Erbauer des Wirtschaftswunders in Deutschland ein Vermögen von 2000 Milliarden Mark vererbt. Noch einmal so viel steht für die Kinder in den nächsten Jahren zu erwarten. Wie sagt man da? Danke! Danke, Papa und Mama.

Für manche jungen Leute tritt der „Erbfall“ offenbar nicht schnell genug ein, und das wird hinter vorgehaltener Hand diskutiert, auch in der CDU. Ist ja auch ein Problem: Da wird für 3200 Euro ein ultra-kleines Hörgerät angeschafft, zwei Monate später stirbt der Mann, und das Gerät ist hin. Ebenso wie die Zahnbrücke mit Platinspange für 5000 Euro.

Sie vergessen nur eins, meine Herren Politiker: Der 80-jährige Patient hat sein Hörgerät und die Platinbrücke selber bezahlt, auch wenn die Krankenkasse es ihm „bewilligt“. In diese Kasse hat er jahrzehntelang, seit seiner frühen Jugend, Beiträge eingezahlt. Er muss sich für die Gehhilfe, die Spange und den Ohrwurm nicht bedanken. Es war sein Geld, mit dem sie bezahlt wurden.

Die Alten leben zu lange, heißt es: Vorsorgeuntersuchungen mit den modernsten Methoden, bessere Medikamente und Heilungschancen bei Krebs, Herzschrittmacher, Kunstherz, Stents und Organ-Transplantationen bewirken, dass der Durchschnittsdeutsche heute viel länger lebt als vor 50 Jahren. Im Jahre 2030 wird der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung 29 Prozent betragen.

Wir Rentner leben aber durchaus gern

Das ist ein Problem, sagen die Experten. Solch einen Experten möchte ich fragen: „Was sagen Sie Ihrem Vater, wenn er seinen 80. Geburtstag feiert: ‚Ich freue mich, dass du unter uns bist und wünsche Dir ein langes Leben‘ oder ‚Du bist ein Problem‘?“ Jemand, für den es keine Freude ist, dass sein Vater länger lebt, sondern ein „Problem“, hat übrigens Ursache und Wirkung verwechselt. Die Schuld liegt in der Regel bei ihm selbst: Er hat aus Egoismus und Bequemlichkeit zu wenig Kinder hinterlassen. Zu wenige Mitbürger also, die sich über unsere Anwesenheit freuen und bei den ersten Behinderungen oder Krankheiten helfen. So dass Altenpfleger aus dem Ausland angeworben werden sollen, wie gerade in Niedersachsen beschlossen.

Was tun, wenn die Alten zu lange leben? In dem amerikanischen Film „Soylent Green – Jahr 2022 … die überleben wollen“ werden alle Bürger in einem bestimmten Alter behördlich vorgeladen und in einen sanften Tod befördert: In angenehmer Umgebung sehen sie einen wunderbar plastischen und farbigen Film, der ihre schönsten Lebenserinnerungen widerspiegelt, zu denen man sich per Gehirnkontrolle Zugang verschafft hat, und sie zu sanfter Skill-Musik langsam einschläfert. Möge dieser Horrorfilm aus dem Jahre 1973 weiter nur eine Schreckensvision bleiben. Bis 2022 es ist es ja nicht mehr lange hin.

Ansätze zur Euthanasie werden noch vorsichtig diskutiert. Auffällig oft wird in den letzten Jahren empfohlen, bei klarem Verstand eine sogenannte „Patienten-Verfügung“, eine Art Testament, abzufassen. Ich finde das gefährlich. Sehr gefährlich. Wenn jemand sein Bewusstsein und seine Fähigkeit, sich zu artikulieren, verliert, soll die Verfügung gelten. Aber wer entscheidet dann über die Auslegung dieses Patienten-Testaments? Ärzte und Verwandte.

Ein Mann hatte einen Autounfall, fiel ins Koma und galt als unheilbar. Da er nicht mehr bei Bewusstsein war. Wäre jetzt sein Patienten-Testament zum Zuge gekommen, die lebensrettenden (teuren!) Apparate hätten abgestellt werden können, vielleicht wäre noch einiges an seinen Organen zur Transplantation tauglich gewesen! Der Mann aber erwachte aus dem Koma, wurde gesund und lebt heute noch. Er lebt gern. Wir auch.

Laufen wir der Jugend nicht nach. Freuen wir uns über gut geratene Kinder und Enkelkinder. Und wünschen wir uns, was man den älter Werdenden zu allen Zeiten gewünscht hat: Gesundheit und ein langes Leben!

Moll-Töne nach Jubel-Auftakt

Schriftsteller aus dem Nahen Osten berichten über Freud und Leid in ihren von der »Arabellion« betroffenen Ländern

Meinungsfreiheit, mehr Rechte für Frauen und keine staatliche Unterdrückung – darauf hatten viele gehofft, die in Tunesien, Libyen oder Ägypten die langjährigen Herrscher zu Fall brachten. Mittlerweile hat sich dort Ernüchterung breitgemacht. Denn die „Arabellion“ hat – vor allem in Ägypten – die Tür ausgerechnet dem fundamentalistischen Islam geöffnet. Ähnliches kann auch Syrien bevorstehen, sollte das Assad-Regime gestürzt werden. Für kritische Schriftsteller macht das die Lage nicht einfacher. Bei einem Literaturfestival in Hamburg gab es nun von zwei Autoren aus Ägypten und Syrien statt Dur- eher Moll-Töne zu hören.

Die Frage, welche Entwicklung die Gesellschaften der Staaten im Maghreb und im Nahen Osten nehmen werden, die bisher vom „arabischen Frühling“ erfasst wurden, beunruhigt die Europäer. Denn dieser Frühling, der mit der Hoffnung auf Demokratie verbunden war, verdient seinen Namen nicht mehr.

In Syrien mündete der Aufstand gegen das autoritäre Regime in einen blutigen Kampf, dessen Bilder die Welt seit nunmehr eineinhalb Jahren schockieren. Aufschlussreich sind die Stimmen von Schriftstellern zu den Ereignissen in ihren Heimatländern. Nicht nur aus diesem Grund hatten die Veranstalter des Hamburger „Harbour Front“-Literaturfestivals auch mehrere Schriftsteller aus dem Nahen Osten eingeladen.

So fand dort jetzt eine Lesung neuer Texte von Rosa Yassin Hassan aus Damaskus und Alaa Khaled aus Alexandria in Anwesenheit der Autoren statt. Die Texte wurden in deutscher Übersetzung vorgetragen. Anschließend unterhielten sich die Moderatoren Larissa Bender und Peter Meroth mit den Gästen über die aktuelle politische Lage.


Mahnerin aus Syrien: Rosa Yassin Hassan (Foto: Alawi verlag)

Emotional und bisweilen feierlich im Ton waren die bildreichen philosophisch-poetischen Betrachtungen von Alaa Khaled über die Massenproteste in Kairo und Alexandria im Januar und Februar 2011. Damals waren in Kairo jeden Tag Millionen Menschen auf den Straßen unterwegs, und gegen Abend versammelte sich eine große Menschenmenge auf dem Tahrir-Platz.

In Khaleds Heimatstadt Alexandria wurden Umzüge organisiert, an denen sich Hunderttausende beteiligten, um ihre Forderung nach Abdankung Mubaraks kundzutun. Der 1960 geborene ehemalige Heinrich Böll-Stipendiat Khaled ist als Poet, Essayist, Romanautor und Herausgeber einer Kulturzeitschrift in den arabischen Ländern bekannt. In deutscher Sprache ist bisher wenig von ihm erschienen. Tief beeindruckt war er vom revolutionären Eifer der Massen, ein Eifer, der aus dem Nichts heraus entfacht wurde, denn während der Herrschaftszeit von Mubarak „war die Gesellschaft tot“, wie er sich ausdrückte. Mittlerweile seien aber Ernüchterung und Enttäuschung eingekehrt, gleich jener uralten Trauer, die im Unterbewussten dieses Volkes verankert sei. Dass bei den Parlamentswahlen in der multikulturellen Hafenstadt Alexandria 60 Prozent der Wähler für die Ultrareligiösen gestimmt haben, erklärte der Autor mit dem Zuzug von vielen armen Bewohnern der ländlichen Regionen in die Außenbereiche der Stadt seit den 1970er Jahren.


Verfrühter Jubel? Demo am Tahrir-Platz (Foto: pa)

Zuvor hatte Präsident Sadat eine ökonomische Öffnung eingeleitet, was zur Verarmung der Landbevölkerung und zu Landflucht führte. Die einfachen Menschen hätten sich verstärkt der Religion zugewandt. Es gäbe heute keine intellektuelle Mittelschicht mehr in Alexandria. Doch die Liebe zu Kunst und Kultur hätte sich in Alexandria von Generation zu Generation vererbt, und Pluralismus sei noch vorhanden. So hege er durchaus Hoffnung, meinte Alaa Khaled.

> »Die Blockade der Angst ist durchbrochen. Die Syrer fordern jetzt ihre Freiheit ein, doch der Preis dafür ist hoch«

Nach einigen Verzögerungen war auch Rosa Yassin Hassan rechtzeitig zur Veranstaltung aus Syrien über Beirut angereist. Die 1974 in Damaskus geborene Autorin ist Journalistin und Gründungsmitglied des Vereins „Frauen für die Demokratie“. Auf Deutsch ist vor zwei Jahren ihr vielfach gelobter Roman „Ebenholz“ (Alawi Verlag Köln, 289 Seiten, 19,90 Euro) erschienen, in dem die Rolle der Frauen verschiedener Generationen einer syrischen Familie ausgeleuchtet wird. Demnächst wird ein zweiter Roman von ihr in deutscher Übersetzung veröffentlicht.

Rosa Yassin Hassan wirkte erschöpft. Nach Ausbruch der Unruhen in Syrien hatte sie sich entschieden, als Schriftstellerin nur noch dokumentarisch tätig zu sein. Sie hat viel gesehen und vor allem zugehört, seitdem sie den Alltag in Damaskus beobachtet und Interviews mit Zeugen und Opfern von Gewalttaten führt, sofern diese ihre Angst überwinden und bereit sind, Auskunft zu geben. Ihre Texte veröffentlicht sie auf einem Internet-Blog.

Die Situation in Syrien sei derzeit undurchschaubar, erklärte sie. Das Vorgehen des Assad-Regime bei der Bekämpfung der Aufständischen in den einzelnen Stadtvierteln laufe immer nach demselben Muster ab. Dem Prinzip der Sippenhaft entsprechend würde Rache genommen nach Einnahme der Viertel. Die Regierenden benutze Menschen, um zu foltern und zu töten. Oft seien es bezahlte Kämpfer. Es käme auch zu wahllosen Racheakten in Dörfern und Städten. Ganze Orte seien zerstört, Ernten verbrannt. Immer mehr Menschen hätten keine Bleibe mehr, alle lebten in ständiger Anspannung.

Doch die Blockade der Angst, die das Land vier Jahrzehnte in ihrem Bann gehalten habe, sei durchbrochen. Die Syrer fordern ihre Freiheit ein, doch der Preis ist sehr hoch. Rosa Yassin Hassan glaubt, dass sich die Auflehnung nicht nur gegen das Assad-Regime richte, sondern gegen alle Autoritäten.

Viel sprach sie über Kinder, denn auch sie hätten wie ihre Eltern das Duckmäusertum abgelegt. Kinder waren es, die mit ihrer Beschriftung einer Hauswand („Das Volk will den Sturz des Regimes“) die Bewegung auslösten. Früher seien sie von Lehrern und anderen Autoritätspersonen wie Häftlinge behandelt worden. Nun werden Kinder zu Opfern von Entführungen und Folter. Die Schriftstellerin wird als Gast der Heinrich Böll-Stiftung drei Monate in Deutschland bleiben. Dann wird sie bundesweit auf vielen Podien sitzen und nach der Lesung ihrer Texte von den verstörenden Ereignissen des syrischen Bürgerkriegs berichten.

Dagmar Jestrzemski

Liebesgrüße aus Russland

Ausstellung in Berlin zeigt jahrtausendalte Schicksalsbeziehung zwischen Russen und Deutschen

Auf der Berliner Museumsinsel wurde am 4. Oktober im Beisein von Bundespräsident Joachim Gauck die zuvor schon in Moskau gezeigte Ausstellung „Russen und Deutsche. 1000 Jahre Kunst, Geschichte und Kultur“ eröffnet. In Deutschland ist sie Höhepunkt des derzeit in beiden Ländern laufenden russisch-deutschen Kulturjahres, das mit wechselseitigen Ausstellungen, Gesprächen und Begegnungen zeigen soll, wie intensiv eine tausendjährige gemeinsame Geschichte beide Völker verbindet.

Die unter der Schirmherrschaft der Präsidenten beider Länder, Gauck und Putin, stehende Schau mit über 600 Exponaten aus russischen, deutschen und weiteren internationalen Museen war in Moskau auf bestimmte Schwerpunkte hin angelegt. In Berlin ist sie chronologisch geordnet, beginnt also mit dem ersten Zentrum russischer Kultur, Nowgorod, wo die Hanse im Jahr 1192 ein Kontor errichtete, das bald zu einem Zentrum des Handels wurde. Wachs, Bernstein und Teer, das zeigen einige höchst seltene Ausstellungsstücke, waren begehrte russische Produkte.

Zobel-Geschenke vom Zarenreich

Ins Blickfeld auch des politischen Interesses rückte Russland in Europa nach dem Ende der Mongolenherrschaft: Mehrere aus ausgestellte, in Bild und Text gleichermaßen faszinierende Stiche zeigen die „Moscowitterische“, die berühmte Regensburger Gesandtschaft des Zaren an den deutschen Kaiser von 1576. Was bringen die Russen als Geschenke? Natürlich Pelze. Und für deutsche Würdenträger gibt es gleich haufenweise Zobel.

Kein anderes Volk war bis weit in das 19. Jahrhundert in Russland so präsent wie die Deutschen. Die Ausstellung zeigt das an großartigen, zum Teil bislang im Westen noch nie gezeigten Beispielen: die deutsche Vorstadt im Moskau des 16. und 17. Jahrhunderts (deutsche Grabsteine und Handwerkszeugnisse); die Reformen Peter des Großen; die berühmten Kamtschatka-Expeditionen (gezeigt wird unter anderem der Schädel der legendären „Stellerschen Seekuh“); die Gründung der Akademie der Wissenschaften, von deren ersten 13 Mitgliedern gleich neun Deutsche waren, weshalb die Akademiesprache auch deutsch war; die aus Anhalt-Zerbst stammende Zarin Katharina die Große; das 19. Jahrhundert, beginnend mit der Waffenbrüderschaft gegen Napoleon (gezeigt wird beispielsweise das zur Ikone gewordene Gemälde „Die Konvention von Tauroggen“) und der intensive Kontakt in vielen Bereichen von Technik und Kultur.

Vor dem Eingang zum 20. Jahrhundert steht eine wuchtige, metallisch beschlagene Wand. Sie ist Symbol dafür, dass die Freundschaft zu Ende war und dass vielmehr das 20. Jahrhundert von Terror, Krieg und Verbrechen gekennzeichnet ist. Einfühlsam haben sich hier die Aussteller moderner Medien bedient. Kaum noch Ausstellungsstücke, sondern gewaltige Fotografien der schlimmsten Schlachtfelder des Zweiten Weltkrieges (Stalingrad,


Museumsglück: Ein Mosaik des legendären Bernsteinzimmers erstmals in Berlin (Bild: Bernsteinwerkstatt Zarskoje Selo)

Leningrad, Kursk, Seelower Höhen), berührende Zeugnisse von Deutschen und Russen aus Gefangenschaft, Hungerjahren und Vertreibung sowie schließlich die von den Machthabern gelenkte, letztlich hohle „deutsch-sowjetische Freundschaft“ in der DDR.

Aber das ist nicht das letzte Wort. Die letzten Tafeln zeigen die unmittelbare Gegenwart: Zu Wort kommen Deutsche, die in Russland leben, und Russen, die in Berlin zu Hause sind. Sie schildern auf annähernd gleiche Fragen ihr Leben und ihre jeweiligen Eindrücke vom Gastland. Die Unterschiede sind deutlich, aber akzeptiert man sie im Alltag, und so komme man, so der Tenor fast aller Aussagen, gut zurecht.

Am Ende der Ausstellung noch einmal ein „Bonbon“: Gezeigt wird das einzig erhaltene Mosaik des berühmten Bernsteinzimmers; inmitten eines breiten, glutroten Rahmens mit erlesenster Steinbearbeitung ist eine Hirtenszene in antiker Landschaft zu sehen – ein Kunstwerk, das man vermutlich sobald wohl nicht wieder in Deutschland sehen wird.

Projektiert wurden die Ausstellungen vom Museum für Vor- und Frühgeschichte der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und vom Moskauer Staatlichen Historischen Museum. Dessen Direktor Aleksej K. Levykin sagte bei der Eröffnung, es gebe keine rein deutsche oder keine rein russische Geschichte, sondern „nur eine gemeinsame Geschichte und Kultur“. Stiftungspräsident Hermann Parzinger äußerte, das schreckliche 20. Jahrhundert solle und dürfe nicht den Blick auf 1000 Jahre Freundschaft und Gemeinsamkeit verstellen.

Mag diese Ausstellung ein Höhepunkt des gemeinsamen Kulturjahres in Deutschland sein, so war es in Moskau im Sommer eine Schau über Joseph Beuys (Parzinger: „Ein wunderbares Ereignis“). Im kommenden Jahr

„Beutekunst“ bleibt ein Streitthema

soll in Moskau und in St. Petersburg eine Ausstellung zur Bronzezeit gezeigt werden, hier mit vielen Stücken wie dem Goldschatz aus Eberswalde oder Flussfunden aus Spandau, die als „Beutekunst“ noch immer in russischen Museen lagern.

Nach Angaben von Matthias Wemhoff, dem Kurator der Berliner Ausstellung, befinden sich vermutlich „noch immer“ über eine Million Objekte aus deutschen Museen in russischen Magazinen. Er drückte die leise Hoffnung auf „Bewegung“ in Sachen Beutekunst aus, wenn die Zusammenarbeit „im Geiste guter Freundschaft“ weitergehe.

Dirk Klose

Die Ausstellung im Neuen Museum läuft noch bis zum 13. Januar 2013. Der Eintrittspreis beträgt 14 Euro.

Aktenzeichen XY Leipzig

Am 21. Juni 1821 erstach der Sohn eines Perückenmachers die Witwe Johanna Christiane Woost. Tatort war die Leipziger Sandgasse. Tatmotiv war Eifersucht. Und der Täter war Johann Christian Woyzeck. Der Dichter Georg Büchner machte den Fall in seinem Bühnenfragment „Woyzeck“ zum berühmten Kriminalfall. Diesem und 20 anderen spektakulären Verbrechen, welche die Leipziger im Lauf der Jahrhunderte in Atem gehalten haben, spürt die Ausstellung „Gangster, Gauner und Ganoven“ nach. Vom 17. Oktober bis 27. Januar 2013 sind im Stadtgeschichtlichen Museum, Böttcherstraße 3, die großen Leipziger Kriminalfälle vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart zu sehen. Krimifreunde dürften hier voll auf ihre Kosten kommen, werden doch originale Gerichtsakten und Dokumente erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Überhaupt gilt die Thomanerstadt seit dem Mittelalter als Zentrum der Rechtsprechung. Eine Tradition, die sich bis heute hält, da hier das Bundesverwaltungsgericht angesiedelt ist. Ein Pech für Woyzeck, dass es ein Berufungsgericht zu seiner Zeit nicht gab. In letzter Instanz wäre sonst wohl ein milderes Urteil ergangen. Denn trotz mehrerer Gutachten über seinen labilen Geisteszustand wurde er nach einem dreijährigen Prozess auf dem Marktplatz vor Tausenden Schaulustigen enthauptet. Es war die letzte öffentliche Hinrichtungen in Leipzig und eine der letzten in Deutschland überhaupt. Die letzten fanden vor einem Publikum 1864 in Marburg und im thüringischen Greiz statt. *tws*

Der letzte, entscheidende Sieg

Vor 250 Jahren hielten die Preußen bei Freiberg Sachsen und sicherten sich damit Schlesien

Durch den Sieg in der Schlacht bei Freiberg gelang es Friedrich dem Großen, das von ihm eroberte Faustpfand Sachsen zu halten und seine Gegner im Siebenjährigen Krieg (1756–1763) zu desillusionieren. So kam es bereits wenige Monate später zum Frieden von Hubertusburg, in dem der Preußenkönig Sachsen räumte und dafür im Gegenzug Österreich auf Schlesien verzichtete. Schlachtund damit indirekt auch kriegsentscheidend war dabei wohl der Fehler eines kaiserlichen Feldmarschall-Lieutenants.

Im Siebenjährigen Krieg kämpfte Preußen sowohl um den Besitz Schlesiens als auch um seine Existenz. Zu groß schien die Übermacht der Gegner: Österreich, Russland, Frankreich, Schweden und zahlreiche Reichsfürsten. Dann jedoch starb Zarin Elisabeth I. im Januar 1762, woraufhin Russland und Schweden binnen Kurzem aus der antipreußischen Phalanx ausscherten. Die hierdurch freiwerdenden militärischen Kapazitäten nutzte Friedrich II. für den Versuch, die österreichischen Truppen aus Sachsen und Schlesien zu verdrängen. Der Besitz Sachsens war für Preußen deshalb so wichtig, weil das Kurfürstentum ein hervorragendes Faustpfand für spätere Austauschverhandlungen darstellte. Allerdings wechselte das Schlachtenglück im Verlaufe des Jahres 1762 mehrmals, weshalb das vereinte kaiserliche und Reichsheer im Oktober immer noch in Sachsen stand – und auf die baldige Ankunft von Verstärkungen hoffen konnte. Letzterer Umstand wiederum bewog den zunächst noch zögerlichen preußischen Oberkommandierenden vor Ort, Friedrichs Bruder Heinrich, nicht mehr länger auf das Herannahen weiterer eigener Kontingente zu warten, sondern unverzüglich anzugreifen, obwohl der Feind über rund 10000 Soldaten mehr verfügte.

Die Österreicher und die Reichstruppen unter dem Kommando von Reichsgeneralfeldzeugmeister Prinz Christian Karl von Stollberg hatten sich derweil auf den Anhöhen vor Freiberg und im naheliegenden Spittelwald versammelt, mit dem Befehl des Wiener Hofes, „den Preußen ohne den geringsten Zeitverlust allen nur möglichen Abbruch zu thun“. Deshalb stießen Heinrichs Grenadiere sofort zu Schlachtbeginn am Morgen des 29. Oktober 1762 auf ungewöhnlich heftigen Widerstand, wodurch eine Patt-Situation entstand. Dann aber meldeten sich 300 preußische Freiwillige unter dem Kommando von Hauptmann Georg Dietrich von Pfuhl zu dem Himmelfahrtskommando, den Verhau vor den Verschanzungen Stollbergs beiseite zu räumen, um die nachfolgende Erstürmung zu erleichtern, was im dritten Anlauf schließlich auch gelang. Parallel zu diesem aufopferungsvollen Einsatz auf preußischer Seite, welcher von Pfuhl den „Pour le Mérite“ eintrug, beging der kaiserliche Feldmarschall-Lieutenant Johann Friedrich Graf von Mayern einen kapitalen und letztlich wohl schlachtentscheidenden Fehler: Statt Fühlung mit dem Hauptheer zu halten, kommandierte er seine 6000 Mann ohne Not in Richtung des abseits liegenden Fleckens Brand ab, was Prinz Heinrich Gelegenheit gab, Mayerns Abteilung derart zu isolieren, dass sie in die weiteren Kämpfe nicht mehr eingreifen konnte. Dem folgte ein entschlossener preußischer Vorstoß unter der Führung des bewährten Kavalleriegenerals Friedrich Wilhelm Freiherr von Seydlitz-Kurzbach, der das Treffen nach nur zwei Stunden beendete. Stollberg gab sich geschlagen und trat den Rückzug Richtung Erzgebirge an.

Prinz Heinrich, der sonst eher behutsam agierte und versuchte, die ihm anvertrauten Truppen so weit als möglich zu schonen, hatte aufgrund des Einsatzes seiner Männer einen glänzenden Sieg errungen: Die Verluste des Gegners waren mit ungefähr 3000 Toten und Verwundeten doppelt so hoch wie die eigenen – dazu kam die Gefangennahme von 4400 feindlichen Soldaten, darunter der kaiserliche Generallieutenant Anton Franz Freiherr von Roth. Allerdings berichtet eine offizielle zeitgenössische Quelle davon, dass Heinrich der Erfolg bei Freiberg dadurch vergällt wurde, dass die „ausgearteten Krieger“ des herannahenden preußischen Verstärkungskorps von Generalleutnant Franz Karl Ludwig Graf von Wied zu Neuwied auf ihrem Zug nur „Blut und Verheerung“ hinterlassen hätten. Aber wie dem auch sei: Aus der Sicht Friedrichs II. konnte sein Bruder „den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, der österreichischen Hartnäckigkeit den letzten Stoß versetzt zu haben“. Und tatsächlich sollte die Schlacht von Freiberg das Finale des Siebenjährigen Krieges einläuten, da die Lage der antipreußischen Koalition nunmehr unhaltbar geworden war, was am 24. November 1762 zu einem Waffenstillstand zwischen Preußen und Österreich führte. Dieser wiederum erlaubte Friedrich Druck auf die deutschen Reichsfürsten auszuüben und für 1763 neue große Feldzüge in Sachsen, Schlesien und anderswo zu planen. Da die österreichische Herrscherin Maria Theresia kein Interesse an einer Fortsetzung des Krieges mehr hatte, kam es bereits am 15. Februar 1763 zum Abschluss des Friedens von Hubertusburg, der Preußen den ersehnten status quo ante bellum, den Zustand vor dem Krieg garantierte – nicht zuletzt eben durch den Einsatz des Tauschobjektes Sachsen. *Wolfgang Kaufmann*



Bild: BpK

Prinz Heinrich als Befehlshaber der preußischen Truppen in der Schlacht: Sein Bruder und König stellte fest, er werde durch diesen Sieg „den Ruhm für sich in Anspruch nehmen können, der österreichischen Hartnäckigkeit den letzten Stoß versetzt zu haben“

Linkskonservative Alternative zu Friedrich Ebert

Vizekanzler Arthur von Posadowsky-Wehner trat bei der ersten Reichspräsidentenwahl gegen den rechten Sozialdemokraten an

Wollte man Arthur Adolf Graf von Posadowsky-Wehner Freiherr von Postelwitz im politischen Spektrum verordnen, dann müsste man ihn zum Linkskonservatismus zählen. In seiner Bejahung von König und Kaiser und von seiner Herkunft her war Posadowsky-Wehner ein typischer Konservativer. Der am 3. Juni 1845 im niederschlesischen Groß-Glogau geborene Graf entstammte ostelbischem Uradel und bereits der Vater hatte als königlicher Oberlandesgerichtsrat in verantwortungsvoller Funktion dem Staat gedient. Seine Mutter war eine von Plötz. Der Sohn verhielt sich standesgemäß und schickte sich an, in die Fußstapfen seines Vaters zu treten. Nach dem Abitur am evangelischen Gymnasium in Glogau studierte der Protestant in der Provinzhauptstadt Breslau, in der Landeshauptstadt Berlin und in Heidelberg Rechts- und Staatswissenschaften, wobei sein besonderes Interesse neben dem Kirchen- dem Staatsrecht galt – beste Voraussetzungen für eine Tätigkeit im Staatsdienst. Nach der Promotion absolvierte er ein zweijähriges Referendariat am Breslauer Stadtgericht. 1869 schloss er die Ausbildung mit dem zweiten Staatsexamen ab. Zwei Jahre später heiratete er Elise von Moeller, eine ebenfalls adlige Berufungsgerichtspräsidententochter, die ihm je zwei Söhne und Töchter schenkte.

Statt nach der Ausbildung die Beamtenlaufbahn einzuschlagen, erwarb er jedoch ein Gut, das er auch bewirtschaftete. Allerdings zog es ihn bereits im Reichsgründungsjahr doch zum Dienst am Staate. Nach einer Tätigkeit in der Provinzialregierung von Posen wurde er Landrat. Ihm wird nachgesagt, sich in dieser Funktion um einen Ausgleich zwischen den Angehörigen der polnischen Minderheit und denen der Staatsnation bemüht zu haben. Hier zeigt sich bereits bei Posadowsky-Wehner sein für sein politisches Wirken in der Kaiserzeit typisches Bemühen, die sogenannten Reichsfeinde nicht wie etwa Otto von Bismarck oder die Rechtskonservativen zu bekämpfen, sondern vielmehr für den Staat zu gewinnen. Es ist der Versuch, konservative Ziele nicht gegen, sondern mit den „Reichsfeinden“ anzustreben, sie – neudeutsch gesprochen – mitzunehmen, einzubinden. Was Posadowsky-Wehner hier mit den Polen machte, sollte er später als Reichspolitiker auch mit den Katholiken und Sozialdemokraten versuchen, die ebenfalls zu den Reichsfeinden gezählt wurden.

Zusammenarbeit mit Parlament und »Reichsfeinden«

Posadowsky-Wehners Linkskonservatismus zeigte sich auch in der Wahl der Freikonservativen Partei als politische Heimat. Für sie saß er ab 1882 im Preußischen Abgeordnetenhaus. 1885 wechselte er an die Spitze der neugeschaffenen Selbstverwaltung der Provinz Posen. In dieser exekutiven Funktion konzentrierte er sich nicht nur auf die Verbesserung der Infrastruktur, sondern machte sich auch um die Entschuldung der Provinz verdient.

Ob dieser Verdienste wurde man in Berlin auf ihn aufmerksam und bot ihm an, sich nun als zuständiger Staatssekretär um die Finanzen des Reiches zu kümmern. Posadowsky-Wehner nahm an und tat als Staatssekretär des Reiches etwas, was Angehörigen des traditionell föderalistisch gesinnten Rechtskonservativismus schwer gefallen wäre. Er bemühte sich um eine Stärkung des jungen Nationalstaates zulasten der Bundesstaaten. Ähnlich wie heute die Kommission oder das Parlament der Europäischen Union bemühte er sich als zuständiger Staatssekretär des Reiches um neue indirekte Steuern zur Verminderung der finanziellen Abhängigkeit der Zentralgewalt von den Mitgliedsstaaten.

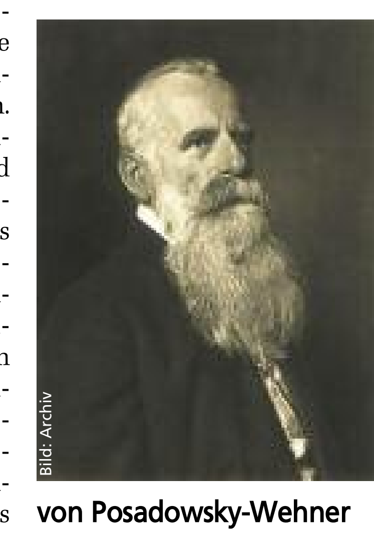


Bild: Archiv

von Posadowsky-Wehner

Für seine Steuerpläne fand Posadowsky-Wehner jedoch nicht zuletzt wegen des Widerstandes des Zentrums keine Mehrheit im Reichstag. Hierauf reagierte er nicht wie ein typischer Rechtskonservativer mit dem Versuch, das widerborstige Parlament zu entmachten, es aufzulösen oder zu umgehen. Vielmehr versuchte er fortan, im Parlament Mehrheiten für seine Politik und seine Ziele zu gewinnen. Dabei war er auch zur Zusammenarbeit mit den „Reichsfeinden“ aus dem politischen Katholizismus bereit. Mit den Stimmen des Zentrums gelang 1893 die Finanzierung der Heeresvermehrung.

Nachdem Posadowsky-Wehner auch auf Reichsebene im Kampf gegen die Verschuldung nicht erfolglos geblieben war, wurde er 1897 im Reich Vizekanzler und in Preußen Staatsminister ohne Geschäftsbereich. Gleichzeitig wechselte er an die Spitze des Reichsamtes des Innern. In dieser Funktion machte er eine analoge Erfahrung wie weiland an der Spitze des Reichsschatzamtes. 1899 scheiterte er allerdings nicht mit Steuerplänen am Zentrum, sondern mit der sogenannten Zuchthausvorlage an den Sozialdemokraten. Und auch Posadowsky-Wehners Reaktion ist ähnlich. Wie seinerzeit auf die katholischen ging er nun auf die sozialdemokratischen „Reichsfeinde“ zu. Mit ihrer Unterstützung erwarb er sich bleibende Verdienste um die deutsche Sozialpolitik. Der Vorwurf des Opportunismus wäre verfehlt, denn bereits 1883 war mit „Über die Altersversorgung der Arbeiter“ die erste einer Reihe sozialpolitischer Studien aus seiner Feder erschienen.

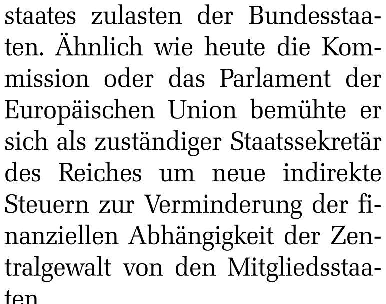
Die politischen Voraussetzungen für Posadowsky-Wehners Wirken als Regierungsmitglied waren nicht mehr gegeben, als von Regierungsseite ein gegen Zentrum und Sozialdemokratie gerichteter sogenannter Bülowblock geschmiedet wurde und 1907 aus der sogenannten Hottentottenwahl als Sieger hervorging. Im darauffolgenden Jahr trat Posadowsky-Wehner, der auf eine Zusammenarbeit mit Zentrum und Sozialdemokratie setzte, von seinen Regierungsämtern zurück. Bei der nächsten Reichstagswahl im Jahre 1912 zog er ins Parlament ein. Er blieb fraktionslos und errang im Kaiserreich keine erwähnenswerte Bedeutung mehr.

Sein Herz gehörte dem Mittelstand und der Sozialpolitik

Da sich Posadowsky-Wehner bereits vor dem Ersten Weltkrieg um eine politische Arbeit mit und nicht gegen das Parlament bemüht hatte, hatte er im Gegensatz zu anderen Konservativen wenig Probleme mit der Parlamentarisierung des Deutschen Reiches. Im linken Klima, das nach der Kriegsniederlage des Kaiserreiches und der Novemberrevolution in Deutschland herrschte – gut abzulesen an den Wahlen zur Nationalversammlung – entschied sich die neugegründete konservative Deutschnationale Volkspartei (DNVP) für den linkskonservativen vormaligen Vizekanzler als Fraktionsvorsitzenden. Posadowsky-Wehner war auch ihr Kandidat bei der ersten Reichspräsidentenwahl von 1919. Hinter dem siegreichen Ebert erreichte der DNVP-Fraktionsvorsitzende mit 49 Stimmen (12,9 Prozent) immerhin fünf Stimmen mehr, als seine Fraktion Abgeordnete hatte. Posadowsky-Wehner stand loyal zum neuen politischen System. Als beim Kapp-Putsch von 1920 viele Deutschnationale mit den Putschisten sympathisierten, gab Posadowsky-Wehner noch im selben Jahr den Fraktionsvorsitz ab und trat aus der Partei aus.

Nachdem die Geldentwertung eingesetzt hatte, setzte er sich fortan für deren Opfer ein. Das ist durchaus symptomatisch für ihn. Denn sein Herz gehörte neben der Sozialpolitik dem Mittelstand.

Den nächsten politischen Systemwechsel nach 1918/19 erlebte er nicht mehr. Wenige Monate vorher, am 23. Oktober 1932, verstarb er in Naumburg. *Manuel Ruoff*



Das »Als-ob-Auto« aus der DDR

Vor 55 Jahren begann die Produktion des »Trabant«, der »Rache fürs Sudetenland«

„Einer der Hauptleidtragenden des Hinscheidens der Deutschen Demokratischen Republik heißt ‚Trabant'. Sein Schicksal hat er nicht verdient. Wie so vieles andere hierzulande: Du warst besser als dein Ruf" – Krokodilstränen à la Karl-Eduard von Schnitzler („Sudel-Ede"), geweint um eine DDR-„Erfolgsstory". Am 7. November 1957 begann die Produktion des „Trabi" und als sie am 30. April 1991 endete, waren 3096099 Exemplare gebaut worden.

Das „Time-Magazin" setzte 1975 den „Sachsen-Porsche" auf Platz 27 der „50 schlechtesten Autos aller Zeiten". Den Verriss hätte wohl der „Trabi"-Konstrukteur Werner Lang geteilt, der diesen April seinen 90. Geburtstag feierte und seinem „Kind" immer noch nicht viel abgewinnen konnte: „Ein technischer Rückschritt" sei er gewesen, den er „nie hätte bauen wollen" und auf den er gar nicht „stolz" war.

Bis 1991 wurden 3096099 Exemplare produziert

Andere sahen das anders, und als die „Trabi"-Produktion 1991 auslief, bemerkte ein melancholischer Kurt Biedenkopf, damals Ministerpräsident in Sachsen: „Dieses Auto ist ein Stück deutscher Geschichte geworden." Aber für „Trabis" gibt es ein Leben nach dem Tod: 2006 waren noch 58037 Exemplare offiziell zugelassen, Liebhaber zahlen stolze Preise für Wagen oder Ersatzteile, und laut Versicherern werden „Trabis" häufiger als Porsches geklaut. In Ost und West und Übersee sind mindestens 200 „Trabi"-Clubs aktiv, im ganzen ehemaligen Ostblock wird dem Wagen ein liebevolles Andenken bewahrt, dem „Tygrys papirowy" (Papiertiger, Polen), der „Pomsta pro Sudety" (Rache fürs Sudetenland, Tschechien), der „Sypunerka" (Seifenschale, Bulgarien), dem „v.d.auto" (Als-ob-Auto, Jugoslawien), dem „BMW" (Bakelit-Motorwagen, Tschechien). Östlicher „Trabi"-Gral ist das nordböhmische Dorf Jibka [Jivka], wo Jaroslav Babik seit Jahren die populäre „Trabi-Show" abzieht.

Der „Trabi" stand nicht für Fahrkomfort oder Spitzentechnik, jedoch für ein Lebensgefühl, das Thomas Weymar schon 1985 zum Titel eines Sachbuchs machte: „Im Trabi zur Sonne, zur Freiheit". Zur bloßen Fortbewegung hätte der kostengünstige DDR-Nahverkehr genügt, aber individueller Automobilismus verhieß Momente unkontrollierter Freiheit unter Smog-freier Sonne. Darum war er ideologisch verdächtig und musste gebremst werden – durch überhöhte Preise, technischen Uraltstandard, 15 Jahre Lieferfrist, wenige Tankstellen und Werkstätten. Alle diese Hemmnisse konnten den Kundenwunsch nach Autos nicht mindern, und per Beschluss vom 14. Januar 1954 gab die Regierung ihm zähneknirschend nach – um Kaufkraft abzuschöpfen, die Währung zu stabilisieren und die Sozialpolitik zu finanzieren. Nach weiteren drei Jahren begann dann die Serienproduktion im Markenzeichen des „S" (für „Sachsenring").



Östlich des Eisernen Vorhanges einst weit verbreitet und begehrt: Der „Trabant" Bild: pa

Die „Trabi"-Geschichte ist auch eine Heldensage – von (zuletzt) 12000 Zwickauern Monteuren, die unter Führung genialer Techniker sowie trotz Kriegszerstörungen und sowjetischen Demontagen Autos bauten, anfangs die Typen P 50 und P 70, Personenkraftwagen mit 500 beziehungsweise 700 Kubikzentimetern Hubraum. Inspiriert vom Start des sowjetischen Erdtrabanten „Sputnik" am 4. Oktober 1957 bekamen sie den Namen „Trabant". 1964 folgte der legendäre „Trabant 601" mit 26 PS, der bis 1990 nahezu unverändert blieb. Die Mitte der 1960er Jahre herausgebrachten Modelle „Combi", „Tramp", „Kübelwagen" waren bloß optische Variationen ohne technischen Pfiff. Nur in einem war der „Trabi" seiner Zeit voraus: Da die DDR kein Blech aus dem Westen bekam, erfand der Ingenieur Wolfgang Barthel den Kunststoff „Duroplast", eine umweltfreundliche Mixtur aus georgischen Baumwollabfällen und heimischem Phenolharz, aus der die „Trabi"-Karosserie entstand, weltweit das erste und einzige Großserienfahrzeug aus Kunststoff.

Deswegen der Spitzname „Rennpappe aus Zwickau", aber der war fast zärtlich gemeint. Der „Trabi" hat Generationen Mitteldeutscher zu findigen Do-it-yourself-Tüftlern gemacht, sie pflegten ihn mit Hingabe, besangen ihn sogar, etwa 1971 Sonja Schmidt mit ihrem Schlager „Ein himmelblauer Trabant". Autobau, im Westen Motor des Wirtschaftswunders, kam in der DDR keine Priorität zu. Zwar war die Personenkraftwagen-Dichte der DDR mit 1,7 Millionen Fahrzeugen im Jahre 1980 die höchste des Ostblocks, aber die Nachfrage nach Wagen und Ersatzteilen, die ein Drittel der Produktion ausmachten, wuchs laufend. Gegen Ende der DDR lagen sechs Millionen Bestellungen vor. Bergab ging nur die Verkehrssicherheit: In vier DDR-Jahrzehnten wurden 76000 Verkehrstote und 1,7 Millionen Verletzte gezählt.

Jahrelang wurden neue Modelle entworfen, die im Firmenmuseum landeten, Joint ventures mit den Tschechen geplant, der Ankauf eines VW-Werks oder die Umrüstung auf Viertaktmotoren diskutiert – alles vergeblich, weil Geld und politischer Wille fehlten. Als man 1990 den „Trabant 1.1" mit Viertakt-Motor und anderen Neuerungen herausbrachte und ihn durch staatliche Subventionen für 7000 D-Mark anbot, zogen die Menschen westliche Neu- oder Gebrauchtwagen vor. Der „Trabi" verschied endgültig, obwohl Meldungen über ein eventuelles Comeback immer wieder aufkommen.

Das „Trabi"-Ende war von freudigem „‚Trabi'-Klatschen" begleitet, mit dem West-Berliner den Wagen aufs Dach hauten, die Ende 1989 durch die just geöffnete Mauer strömten. Fast vergessen war die Leidensgeschichte um „Trabis", wie sie beispielsweise im Ostseebad Boltenhagen bis heute erzählt wird. Der Ort war zu DDR-Zeit fest in der Hand der „Grenztruppen", die im Winter aufpassten, dass keine „Republikflucht" über die zugefrorene Wismarer Buch gelang. Das war auch unmöglich, da die Schifffahrtsrinne offen blieb – was aber niemand wusste, weswegen immer wieder „Trabi"-Fluchtversuche ganzer Familien in der Ostsee versanken. Mehr Glück hatten „Trabi"-Flüchtlinge, die es über die Tschechoslowakei und Ungarn versuchten. Das stimmte selbst das grimmige „Time Magazin" milde, das lobend hervorhob, der „Trabi" sei zuletzt „a kind of automotive liberator" gewesen, „eine Art Befreier-Auto". *Wolf Oschlies*

Ein tragischer Held

Vor 100 Jahren wurde der Jagdflieger Hermann Graf geboren

Vom Feldwebel der Reserve zum Oberst in nur fünf Jahren. Einer der wenigen, denen das gelungen ist, war der Jagdflieger Hermann Graf. Aus einfachen Verhältnissen stammend, arbeitete der am 24. Oktober 1912 im badischen Engen geborene Graf zunächst als Schmied und dann als Angestellter bei der Stadtverwaltung. 1933 begann er mit dem Segelfliegen, erwarb 1936 den Pilotenschein für Motorflugzeuge und meldete sich freiwillig zur Luftwaffen-Reserve. Bei Kriegsbeginn wurde Graf als Feldwebel einberufen und flog im Frankreich- und Griechenlandfeldzug, ohne einen einzigen Schuss abzugeben. Doch mit seiner Versetzung an die Russlandfront zum Jagdgeschwader 52 begann sein Aufstieg zum Jagdflieger-As.

Grafs große Leidenschaft war das Fußballspiel. Vor dem Krieg gehörte er zum erweiterten Kader der Nationalelf und war einer der besten deutschen Nachwuchstorhüter. Von seinem Sport wollte er auch als Soldat nicht lassen. Gemeinsam mit dem Reichstrainer Sepp Herberger sorgte er dafür, dass die Spitzenspieler nach ihrer Einberufung zur Wehrmacht auf sichere Posten in seinem Geschwader versetzt wurden. Bei jeder Gelegenheit wurde gekickt. Seine Militärmannschaft „Rote Jäger" genoss einen legendären Ruf und konnte es mit den besten Teams Europas aufnehmen. Auf diese Weise sorgte Graf dafür, dass Herberger seine Vorkriegserfolge nach 1945 mit großen Teilen der alten Nationalmannschaft fortsetzen und schließlich das „Wunder von Bern" feiern konnte.

Seinen ersten Abschuss erzielte Graf am 4. August 1941. Er benötigte dann nur etwas mehr als ein Jahr, um auf 172 Luftsiege zu kommen, wofür er mit den Brillanten zum Ritterkreuz ausgezeichnet wurde. Nur wenige Tage später besiegte er als erster Jagdflieger seinen 200. Gegner. Bald darauf erhielt er Flugverbot. Für die Propaganda war ein lebender Graf wertvoller als ein toter Held. Sein Aufstieg vom aus einfachen Verhältnissen stammenden Feldwebel zum hochdekorierten Major entsprach ganz der NS-Ideologie von der standeslosen Volksgemeinschaft, in der es jeder zu etwas bringen könne. Graf trat in der Wochenschau auf und avancierte fast zum Nationalhelden. Auch wenn er Ruhm und Glanz schätzte, wäre er viel lieber bei seinen Kameraden an der Front gewesen. Nach der schließlichen Aufhebung des Flugverbots durfte er zunächst nur in der Reichsverteidigung fliegen, wo er zehn alliierte Bomber vom Himmel holte. Im Oktober 1944 kehrte er als Kommodore zu seinem alten Geschwader zurück. Der Krieg endete für den mehrfach verwundeten Oberst und Sieger in 212 Luftduellen, als er den Befehl, sich in Sicherheit zu bringen, ignorierte und mit seinen Männern in US-amerikanische Gefangenschaft ging. Wenige Tage später wurden sie an die Sowjets ausgeliefert.



Hermann Graf Bild: Archiv

Mit der Gefangenschaft war Graf seiner Gloriole beraubt. An deren Stelle trat das entwürdigende Dasein eines „Plenni". Damit war Graf überfordert. Er entwickelte eigene Gedanken über Vergangenheit und Zukunft und kooperierte sogar mit der Sowjetpropaganda. Von begrenztem Intellekt, bescheidener Bildung und noch immer jung an Jahren, war der tapfere Soldat diesem Angriff auf seinen Charakter und seine Integrität nicht gewachsen. 1950 wurde Graf aus der Gefangenschaft entlassen. Nun war es Herberger, der ihm half, indem er ihm eine Anstellung vermittelte. Von seinen Fliegerkameraden isoliert, starb Graf am 4. November 1988 in seiner Heimatstadt. *J.H.*

Unternehmer und Wohltäter

100 Jahre nach seinem Tod ist der Name Maggi noch in aller Munde

Das wissen selbst die Kinderlein – mit Maggi wird die Suppe fein!", lautete 1886 einer der Werbesprüche für die berühmte Würze des Schweizer Unternehmers Julius Maggi. Zum 100. Mal jährt sich am 19. Oktober der Todestag des Mannes, der während der Industrialisierung die Lebensmittelproduktion revolutionierte. Eine bis heute anhaltende Erfolgsgeschichte liegt hinter ihm. Geboren 1846 als Sohn eines aus Italien eingewanderten Müllers, führte ihn sein Weg über Umwege zum erfolgreichen Geschäftsmann: Häufige Schulwechsel sorgten für eine turbulente Jugend, und eine kaufmännische Lehre in Basel brach er ab. Es folgte ein Besuch der Rekrutenschule der Kavallerie, bevor er mit 21 Jahren zu einem zweijährigen Praktikum bei einem Schweizer Mühlenbetrieb in Budapest antrat. Hier bewies Maggi erstmals seine unternehmerischen Fähigkeiten, woraufhin er nach kurzer Zeit zum Vize-Direktor ernannt wurde. Nach den zwei Jahren kehrte er zurück in die Schweiz zur Übernahme der väterlichen Mühle in Kempttal, die er so erfolgreich leitete, dass er binnen weniger Jahre weitere Mühlen dazukaufte und 1872 mit der Gründung seiner Firma J. Maggi & Cie einen der größten Mehlhandels- und Mühlenbetriebe der Schweiz führte.

Mit der aufkommenden Industrialisierung Ende des 19. Jahrhunderts bildete sich eine neue Gruppe der Fabrikarbeiter, die gezeichnet war durch Armut und Mangelernährung. Maggi erkannte früh diese Defizite und bemühte sich, eine Lösung zu finden. Anfang der 1880er Jahre baute er in seine Mühle eine Röstpfanne, mit der er experimentierte und schließlich auf die Gewinnung von Mehl aus Hülsenfrüchten kam. Auf dieser Grundlage entstand bald die erste Fertigsuppe. Sie war nährstoffreich, billig zu produzieren und schnell mit aufgekochtem Wasser zuzubereiten. Damit war Maggi ein wichtiger Schritt in der Lebensmittelproduktion gelungen. Ihm selbst verhalf seine Erfindung aus der Müllerkrise der 1880er Jahre, denn bald erfolgte die industrielle Herstellung seiner Pulversuppen. Von diesem Punkt an entwickelte sich das Unternehmen rasant. 1887 erfand Maggi ein weiteres Produkt, das bis heute nahezu unverändert in jeder Küche vorzufinden ist: die Maggi-Würze in dem unverkennbaren braunen Fläschchen. Ihre Bekanntheit zeigte sich in der umgangssprachlichen Umbenennung des ähnlich schmeckenden Liebstöckels in „Maggikraut". Und das, obwohl in der Würze nicht einmal Liebstöckel enthalten ist.



Julius Maggi Bild: Archiv

Das Unternehmen expandierte erst europa-, dann weltweit, und zur Jahrhundertwende wurde mit dem Brühwürfel ein weiterer Verkaufsschlager gelandet. Maggi war ein sozialpolitisch engagierter Geschäftsmann und sorgte beispielsweise für Arbeiterwohnungen, eine Betriebskrankenkasse und Ferienheime für seine Arbeiter. 1901 zog er nach Paris, um sich der damals schwierigen französischen Marktlage mit dem Vertrieb von Frischmilch zu widmen. Nach seinem Tod 1912 wurde das Unternehmen von seinem Sohn weitergeführt, 1934 zur Holdinggesellschaft Alimenta AG und 1947 Bestandteil des Nestlé-Konzerns. Obwohl Julius Maggi nun bereits vor 100 Jahren verstorben, ist die legendäre Maggi-Würze auch heute noch nicht wegzudenken. Mit Maggi macht das Kochen eben Spaß. *Melinda Heitmann*

Auch Ausländer können fremdenfeindlich sein

Zu: „Eine Deutsche weniger!“ (Nr. 40)

Es ist erfreulich, dass diese Meldung in der *PAZ* überhaupt erschien, denn hier in Neuss wurde der Vorgang weitgehend verschwiegen oder von den Medien sogar bewusst unterdrückt, weil das natürlich nicht in die politisch-korrekte Welt unserer Volksvertreter und Journalisten passt. Stattdessen kündigte der Sozialdezernent des Rhein-Kreises Neuss, Jürgen Steinmetz, vor wenigen Tagen an, „ein aktives Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit setzen“ zu wollen. Habe ich vielleicht etwas falsch verstanden, oder wird hier gar der Täter zum Opfer hochstilisiert? Da wurde eine deutsche Mitarbeiterin des Jobcenters Neuss von einem Ausländer ermordet und nicht etwa umgekehrt. Doch Herr Steinmetz redet davon, man müsse klar Stellung beziehen „gegen Extremisten, die die Jobcenter-Tat für rassistische und fremdenfeindliche Aktionen nutzen wollen“. Wenn überhaupt, dann hat es sich bei der Tat doch eher um einen Akt von Deutschenfeindlichkeit gehandelt, die es allerdings nach der Diktion linker Gruppen gar nicht gibt.

Wie aber sind denn die an die Wände des Neusser Jobcenters geschmierten antideutschen Parolen anders zu verstehen? Mich erinnerte der „Aktionismus“ des Kreissozialdezernenten Steinmetz in fataler Weise an einen Vorfall, den ich vor einiger Zeit in Duisburg erlebte: Dort war das Gebäude einer Schule in einem sozialen Brennpunkt über Nacht mit den Sätzen „Deutsche raus! Deutschland den Türken!“ besprüht worden. Die herbeigerufene Kriminalpolizei erklärte der erstaunten Schulleitung, dass hier keine Straftat vorliege, höchstens ein Akt von Sachbeschädigung. Hätte dort jedoch der Text „Ausländer raus! Deutschland den Deutschen!“ gestanden, so einer der Beamten, dann hätte man den Staatsschutz einschalten müssen, weil das eine rassistische und fremdenfeindliche Tat gewesen wäre. Der umgekehrte Fall hingegen sei schlichtweg „nicht vorgesehen“. So aber kommen letztlich Statistiken über „rechtsextreme Straftaten“ zustande! Noch Fragen?

Wolfgang Reith
Neuss

Ständige Geber

Zu: Euro als Garant für den Niedergang? (Nr. 41)

Eigentlich sollte in der EU ein Geben und Nehmen herrschen. Deutschland wird wohl auf ewig die Rolle des Gebers zugeordnet. Ein Schlag mehr in das Gesicht aller Deutschen hingegen war der unmögliche Empfang für Merkel in Griechenland. Warum drehen wir nicht den Hahn zu und schlagen schrittweise einen Schweizer Weg und damit einen Weg zurück in die Selbstständigkeit ein? Warum wird die Deutschenfeindlichkeit ignoriert? Aus einem krankhaften Schuldgefühl heraus, oder nach dem Spruch, „halte auch die andere Wange hin“? Die Rolle der Deutschen in der EU wird immer deutlicher! Fazit: „Gutmenschen“ sind nicht gleich „gute Menschen“, und über das Schicksal Deutschlands, dieser EU, sowie ihrer Währung, kann auch der augenwischende warme Händedruck eines Friedensnobelpreises nicht hinwegtäuschen.

Frank W. Schöne,
Hoyerswerda

Schlimmer Empfang: Beim Besuch Angela Merkels in Athen wird sie von Demonstranten auf recht geschmacklose Weise „begrüßt“ Bild: L. Pitarakis/ AP/dapd

Wo ist das Gold?

Zu: „Das deutsche Gold gestohlen?“ (Nr. 40)

Dieser Beitrag wirft eine wichtige Frage zur Praxis der Handhabung von Demokratie bei uns und im Miteinander mit unseren demokratischen internationalen „Freunden“ auf. Die aufgeworfene Frage, ob unser in den Vereinigten Staaten gelagertes Gold gestohlen worden sein könnte, ist wirklich eine Frage, die alle bei uns interessieren muss. Wer auf der ganzen Welt glaubt schon, dass es einen vernünftigen Grund dafür gibt, einem Bundestags-Abgeordneten im offiziellen Such-Auftrag verboten wird, den eigenen Besitz anzusehen. Die amerikanische Zentralbank mit ihrem Tresor in New York ist doch nur der angebliche Aufbewahrungsort des Goldes der Bundesrepublik Deutschland. Darf man da nicht gucken, ob das Eigene noch da ist?

Immerhin haben alle Kritiker unter unseren Volksvertretern, welche vor gleichen Fragen standen, ja inzwischen aufgegeben, weiter zu forschen. Warum wohl? Stattdessen genügt unserem Finanzminister und unserer den Euro liebenden Kanzlerin statt der Inaugenscheinnahme des angeblich im Tresor vorhandenen Goldes ein schriftlicher Beleg der US-Amerikaner über ein Vorhandensein. Wie viel Papier dieser Art gibt es wohl inzwischen im Geschäftsgeschehen internationaler „Freunde“ und „Partner“?

Manfred Laufer
Meppen

Euro-Friedenspreis

Zu: „Kritik an EU bald strafbar?“ (Nr. 41)

„Coincidentia oppositorum“ – das war die geniale Erkenntnis des mittelalterlichen Philosophen Nikolaus von Kues. In diesem Sinne bewies die Redaktion der *PAZ* eine außerordentlich glückliche Hand, als sie ihren Bericht über die „Bekämpfung anti-europäischer Strömungen“ auf die erste Seite setzte. Denn nur wenige Stunden später erfuhren wir über alle öffentlichen Kanäle das freudige Ereignis von der Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU. Erst in der Zusammenschau der scheinbar widersprüchlichen Nachrichten ergibt sich der vom Kusaner analysierte Zusammenfall der Gegensätze.

Bezeichnend ist zunächst einmal, dass diese Preisverleihung zu einem Zeitpunkt erfolgt, wo das Europa der Vaterländer längst zu den Akten gelegt und von interessierter Seite unverhohlen die Errichtung eines europäischen Bundesstaates unter Auflösung der nationalen Identitäten gefordert wird. Gerade die Krise des Euro zeigt, in welchem Ausmaß Politiker wie etwa Wolfgang Schäuble die Chance sehen, um mit Hilfe finanzieller Repression auf diesem Wege schneller voranzukommen. Und schließlich wäre es reichlich naiv, würde man annehmen, man könne oder wolle das Ziel der „Brüderlichkeit zwischen den Nationen“, so die Formulierung des Nobelpreiskomitees, ohne flankierende Maßnahmen auf dem Gebiet der Meinungsfreiheit erreichen.

Zweifellos wird Deutschland mit seinem reichen Erfahrungsschatz, den Umgang mit der Leugnung zivilreligiöser Dogmen betreffend, auch auf diesem Gebiet einen bedeutenden Beitrag anbieten können.

Josef Huber,
Bernhardswald

Guter Zwischenruf

Zu: „Lärm um nichts“ (Nr. 41)

Obwohl ich in den meisten Fällen die Leitartikel von Herrn Heitmann zustimmend lese und hier auch gern attestieren möchte, dass die Zeitung – und vor allem die Titelseite – unter seiner Ägide als Chefredakteur an Format gewonnen hat, ist seine Inschutznahme der arroganten Macht (hier Kurt Beck) gegen einen (harmlosen) Zwischenrufer hochnotpeinlich.

Ein Zwischenruf wie „Bayern bezahlt für das Nürburgringdesaster“ ist das absolute Minimum, das hier gerufen werden muss, mir fallen da noch ganz andere Sachen ein. Und Dazwischenrufen? Ja! Denn was bleibt denn dem einfachen Volksgenossen übrig, um sich bei denen da „oben“ bemerkbar zu machen.

Hier soll die Etikette gewahrt werden, wenn „König Kurt“ medial zu den Untertanen spricht? Der Versager hat zu verantworten, dass Hunderte Millionen Steuergelder in den Ausguss gekippt wurden und er tritt noch nicht einmal zurück, sondern lässt sich das Vertrauen aussprechen.

K. Weiß,
Berlin

Die Clip-Schule des Geschichtsprofessors

Zu: „Volkspädagoge“ (Nr. 37) und „Handkolorierter Weltenbrand“ (Nr. 37)

Wenn in der Springer-Presse behauptet wird, Guido Knopp habe das Geschichtsbild der Deutschen aller Polemik zum Trotz stärker geprägt als sämtliche aktuellen Zeitgeschichtsprofessoren zusammen, so ist das – im Besonderen auf die deutsche Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts bezogen – nur Wunschdenken. Das Magazin „Der Spiegel“ hatte schon im Heft 46/1999 „Die Clip-Schule vom Lerchenberg = des Geschichtsprofessors Knopp“ anhand von eklatanten Beispielen schonungslos vorgeführt.

Dem Jahrgang 1933 zugehörig, sehe ich als „Ossi“ in Knopps Dokumentarfilm-Schnippeleien über das Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg verblüffende Ähnlichkeiten zum „Schwarzen Kanal“ des Karl Eduard von Schnitzler. Das Volk nannte ihn „Sudel-Ede“. Man kann den etablierten Hof-Historikern von gestern und heute nicht direkte Lügenhaftigkeit in der Geschichtsdarstellung vorwerfen. Die Hinterhältigkeit besteht im Verschweigen von wichtigen zeitgeschichtlichen Tatsachen, wie beispielsweise Hitlers allerletztem „Friedensappell“ an England – in dessen Reichtagsrede vom 19. Juli 1940. Diese Rede hatte Churchill offenbar im Sinn, als er im Entree zu seinem Mammut-Literaturwerk „Geschichte des Zweiten Weltkrieges“ schrieb: „Niemals hätte sich ein Krieg leichter verhindern lassen als dieser, der eben alles vernichtet hat, was von der Welt nach dem vorangegangenen Kampf noch übrig geblieben war.“ Das bestätigte auch der Ex-Staatssekretär im britischen Verteidigungsministerium Alan Clark, der im April 1992 aus dem Unterhaus ausschied.

Über die Friedensaussichten mit Deutschland in den Jahren 1940/41 erklärte Clark in der Londoner Times: „Es gab mehrere Gelegenheiten, bei denen ein vernünftig handelnder Politiker zunächst annehmbare und dann sogar ausgezeichnete Bedingungen (für einen Frieden) mit den Deutschen hätte aushandeln können. Der Krieg dauerte viel zu lange, und als Großbritannien endlich daraus hervorging, war das Land pleite. Von den Werten im Ausland war nichts mehr übrig geblieben. ... Die alte Sozialordnung Großbritanniens war zerstört und das britische Weltreich war tödlich angeschlagen“ (zitiert aus „Volksstimme Magdeburg“ vom 3. Januar 1993).

Die Art und Weise des Herangehens an die Geschichte des Zweiten Weltkrieges, die strikt den Direktiven der westlichen Siegermächte zum Zwecke der politischen Umerziehung der Deutschen folgt, wird auf Dauer keinen Bestand haben. „Wir sind mit Hitler noch lange nicht fertig!“: Das ließen die Historiker Rainer Zitelmann und John Lukacs in voller Überzeugung und Übereinstimmung die Nachwelt in ihren Schriften wissen. Tatsächlich ist die europäische Geschichte der Kriege des 20. Jahrhunderts – wie es wirklich gewesen ist – noch gar nicht geschrieben worden. Zu groß ist das westliche Siegerinteresse, die wahren Ursachen und die zum Krieg gegen Deutschland treibenden Kräfte im Dunklen zu lassen. Es sei daher an die Mahnung Kurt Schumachers erinnert: „Es ist unmöglich, ein Volk im Zustand der Zerknirschung über die Sünden eines nicht mehr existierenden Systems zu halten. Man kann nicht von falschen Kollektivurteilen ausgehen und die Demokratie für die Sünden der Diktatur büßen lassen.“

Dieter Bock
Burgstall

Thilo hat recht

Zu: „Neukölln ist näher, als du denkst“ (Nr. 41)

Galileo Galilei wird in Bezug auf die Erde der Satz zugeschrieben: „Und sie dreht sich doch!“ Ich erinnere nur an die schmutzige Kampagne gegen Thilo Sarrazin. Und ich sage heute mit Recht und Stolz, er hatte recht. Es werden immer mehr auch in meinem Umfeld die Augen aufgehen und sehen, dass die Migrationspolitik dieser Bundesregierung völlig falsch ist.

Ich selber bin Migrant mit rumänischen Wurzeln, aber ich lebe hier in Deutschland, so wie meine Eltern schon. Ich achte und liebe die Deutschen, deshalb bin ich hier. Ich liebe dieses Land und seine Menschen. Wenn es nicht so wäre, würde ich Deutschland wieder verlassen.

Adrian Kasapewa,
Michendorf

Quo vadis, Deutschland?

Zu: „Längst ein rot-grünes Projekt“ (Nr. 38)

Beide christlichen Kirchen sind entweder nicht in der Lage oder wollen sich nicht gegen die Islamisierung Deutschlands wehren. Die eine Kirche ist abgelenkt durch die Beschäftigung mit der Trauung schwuler Pfarrer. Die andere christliche Kirche ist beschäftigt, ihre Messdiener vor pädophilen Priestern zu schützen. Werktäglich 1000 abgetriebene Kinder bedeuten 5000 in der Woche, 20 000 im Monat, circa 240 000 im Jahr, circa 2,5 Millionen Tötungen in zehn Jahren, das heißt in 30 Jahren seit Kohls versprochener, nicht stattgefundener „geistig-moralischer Wende“ über sechs Millionen Kinder. Dies sind die fehlenden Beitragszahler für die Rentenversicherung, die Ingenieure, Spezialisten und Facharbeiter, die heute überall fehlen.

Der ESM-Vertrag ist der Höhepunkt der Selbstaufgabe unseres Landes und wird von unseren Politikern gegen das eigene Volk gerichtet. Wie kann ein Land eine solche verfehlte Politik verkraften? Unsere Politiker machen nur noch Politik für sich selbst und für den Rest der Welt, nicht aber für ihr Volk. Die diese Politik mittragende verantwortliche Kanzlerin stammt aus einem Pfarrhaus, und das Staatsoberhaupt selbst ist Pfarrer. Für diese beiden Spitzenpolitiker hat das Gebot, „du sollst nicht töten!“, offensichtlich keine Bedeutung. Dem Zeitgeist wird alles geopfert. Armes Deutschland! Quo vadis?

Robert Weller
Ginsheim

Glückliche Sklaven der Stromversorger

Zu: „Vollgas unter Strom“ (Nr. 41)

Unsere Politiker schütten uns Tag für Tag mit den furchtbarsten Nachrichten zu und das in einem Tempo, bei dem der Bürger kaum noch zum Nachdenken kommt! Nehmen wir mal des Thema „Energiewende“, hier wird mit der Bezeichnung „erneuerbar“ ein großes Schindluder als Werbefaktor verwendet. Denn wenn Energie genutzt, beziehungsweise verbraucht wurde, ist eine „Erneuerung“ nicht möglich!

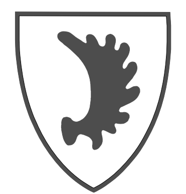
Verbraucht ist verbraucht! So setzt man Unwahrheiten als Werbefaktor ein und irritiert die gutmütigen Menschen, was in die Kategorie der Verwerflichkeit gehört! Und das von Politikern, die ein 80-Millionen-Volk führen und regieren sollen. Hier hätte schon längst das Bundeskartellamt gegen den Missbrauch der Werbung und Stimulierung des Volkes einschreiten müssen!

Diese Unlautbarkeit kann jeder Bürger an seinem Stromzähler ablesen, denn wenn es sich um „erneuerbaren“ Strom handeln würde, müsste sich nach jedem Verbrauch anschließend der Zähler rückwärts drehen! Die Strompreise dürften also nicht erhöht werden. Denn was machen die 1,6 Millionen Bürger, die man vor vielen Jahren dazu motivierte, den nachts nicht verwendeten Strom den Stromerzeugern für die Nutzung von Nachtspeicheröfen abzukaufen und in die erforderlichen Anlagen viel Geld zu investieren? Diese Bürger werden nicht mit hundert Euro mehr in ihrer Rechnung davonkommen, nein, das dürfte etliche Hunderter ausmachen!

Auch armen Menschen unseres Volkes werden immer mehr die Stromzähler gesperrt, welch eine Schande für unsere Bürger. Man kann sich nur noch wundern, wie geduldig unser Volk ist. Da gibt es einen bekannten Schriftsteller, der bezeichnet unser Verhalten als „das Schweigen der glücklichen Sklaven!“. Denn unsere Verschuldung beträgt nun über zwei Billionen Euro, die wir nie mit Zins und Zinseszins bezahlen werden können! Was da bleibt, wird von vielen Wissenschaftlern ausgesprochen: Eine Währungsreform oder aber, was von den Superkapitalisten angestrebt wird, ein europaweites „Globalistan“, wo es dann nur noch „glückliche Sklaven“ gibt.

Wo dann den europäischen Völkern nichts mehr gehört, denn die Privatisierung wird gerade „durchgepeitscht“ und jedem Bürger, wie schon mal veröffentlicht, eine „Kopfquote“ einer noch unbekannten Währung zugeteilt. Das erinnert an die DDR-Volkskammer, nicht an eine freiheitliche, demokratische Welt. Da helfen die Elektroautos nur zur Ablenkung von der missratenen Politik und der Abzocke des Volkes!

Horst Schmidt,
Höhbeck



Das Ostpreußenblatt



Nr. 42 – 20. Oktober 2012

Russen in Königsberg fürchten Überfremdung

Fehlgeschlagenes Rücksiedlungsprogramm lockt statt Europäern Mittelasiaten an – Viele Immigranten sind Illegale

Seit Jahren strömen Immigranten aus mittelasiatischen Staaten, die einst zur Sowjetunion gehörten, auf der Suche nach Arbeit ins Königsberger Gebiet. Die Mehrheit kommt aus Usbekistan und fühlt sich im Zentrum Königsbergs besonders wohl. Eine Entwicklung, die für Beunruhigung in der Bevölkerung sorgt und nun auch die Politiker beschäftigt.

An Wochenenden fühlen Russen sich in Königsberg in der Minderheit, wenn sie die Einkaufstempel im Zentrum aufsuchen. Denn über die Hälfte der Besucher sind Immigranten, die auf dem Markt oder auf Baustellen arbeiten. In der Regel sind es Usbeken. In letzter Zeit haben sie begonnen, Wohnungen im unmittelbaren Zentrum der Stadt zu kaufen oder zu mieten. Eine Entwicklung, die nicht nur die Bürger, sondern inzwischen auch einige Abgeordnete der Gebietsduma beschäftigt. Vereinzelt haben Politiker Gespräche mit Vertretern des Migrationsdienstes und örtlichen Unternehmern geführt und dabei die Möglichkeit einer Begrenzung der Gastarbeiter erörtert. Weiter haben diese Gespräche allerdings noch nicht geführt.

Die Mehrzahl kommt aus Usbekistan

In den vergangenen vier Jahren sind laut offiziellen Angaben rund 78000 Menschen, hauptsächlich aus Mittelasien, zugereist. Ein Großteil von ihnen lebt in Königsberg. Für eine Region, in der insgesamt nur etwas weniger als eine Million Menschen leben, ist das eine beträchtliche Zahl. Und der Zustrom hält weiter an.

Seit fünf Jahren verändert sich die ethnische Zusammensetzung im Königsberger Gebiet erheblich. Dabei hatte nach dem Zerfall der Sowjetunion niemand mit einem solchen Anstieg der Immigration gerechnet. Anfang der 90er Jahre gab es nur wenige Übersiedler aus dem nördlichen Kaukasus. Vor allem die Zuwanderung von Usbeken hat sprunghaft zugenommen.

Vorschub für die aktuelle Situation leistete das Rücksiedlungsprogramm der Regierung von 2007, mit dem Landsleute aus den Republiken der ehemaligen Sowjetunion und dem europäischen Ausland dazu bewegt werden sollten, sich im Königsberger Gebiet anzusiedeln. Ziel war es, hochqualifizierte Spezialisten wie Ärzte, Ingenieure und Bauarbeiter anzulocken. Der damalige Gouverneur Georgij Boos hatte sich für die Idee stark gemacht und prognostizierte sogar, dass die Bevölkerung im Gebiet auf fünf Millionen Menschen ansteigen werde. Wegen der hohen bürokratischen Hürden und Problemen mit Wohnraum und Arbeitsstellen kamen jedoch nur einige hundert Spezialisten ins Gebiet, die meist hochqualifiziert und mit der russischen Sprache und Kultur vertraut waren.

Neben dieser gewünschten und geförderten Einwanderung kam es parallel zu einer Massenimmigration aus Mittelasien. Busseweise wurden Arbeiter aus Usbekistan zu den Baustellen in Königsberg gefahren. Bald folgten ihnen ihre Familien und Verwandten. Es wurden so viele, dass zwischen Königsberg und Taschkent sogar eine regelmäßige direkte Fluglinie eingerichtet wurde.

Nach kurzer Zeit verließen die Gastarbeiter die Baustellen jedoch und richteten sich im Bereich des Handels und der Dienstleistungsbranche ein. Dominierten früher Händler aus dem Kaukasus den zentralen Markt der Stadt, so sind sie inzwischen durch Usbeken verdrängt worden. Laut Informationen der Gebietsregierung haben 90 Prozent dieser Übersiedler entweder gar keine oder nur eine zeitlich begrenzte Arbeitserlaubnis.



Prägen zunehmend das Stadtbild Königsbergs: Immigranten aus mittelasiatischen Ex-Sowjetrepubliken

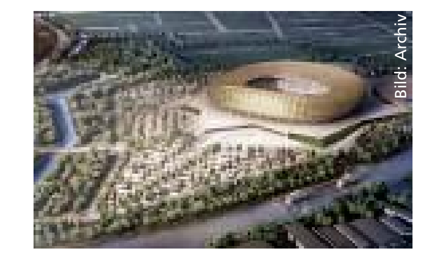
Immer öfter beginnen Russen, sich gegen die massive Einwanderung zu wehren, sei es, wenn es um den Bau von Moscheen geht oder um die Konkurrenz durch Gastarbeiter auf dem Arbeitsmarkt. Das Problem ist aktuell und drängend, so dass sich immer öfter Politiker und Wissenschaftler damit beschäftigen. Präsident Wladimir Putin sagte während einer seiner Wahlkampfveranstaltungen, dass „es in vielen großen Städten Russlands schrecklich ist, am Wochenende auf die Straße zu gehen“. Das trifft in besonderem Maße auch für Königsberg zu. In einigen Siedlungen und kleineren Städten im Moskauer Gebiet übersteigt die Zahl der Ausländer bereits die Ursprungsbevölkerung, was zu Unmut führt.

Die Regierung musste eingestehen, dass die Änderung des Migrationsgesetzes und der Föderale Migrationsdienst, der vor einigen Jahren ins Leben gerufen wurde, wenig an der Situation geändert haben. Einer der Hauptgründe dafür ist die Korruption. Man braucht nur die Begriffe „Arbeitserlaubnis“, „Registrierung des Wohnorts“ oder „Erhalt der Staatsbürgerschaft“ in eine Internet-Suchmaschine einzugeben und schon erscheint eine große Anzahl von Firmen, die gegen Bezahlung die Beschaffung der benötigten Dokumente anbieten. Es kommt vor, dass unter einer Adresse 20 bis 30 Personen registriert sind. Ohne Mitwirken der entsprechenden Staatsorgane könnten solche Firmen gar nicht existieren. Laut den Vertretern des Königsberger Migrationsdienstes fehlen Mitarbeiter, die sich mit der Ausweisung der Illegalen beschäftigen.

Vielen stellt sich die Frage, ob Russland tatsächlich so viele ausländische Arbeitskräfte benötigt. Denn viele Russen aus den Dörfern des Gebiets wären durchaus bereit, selbst „schmutzige“ Arbeit anzunehmen. Und trotzdem stellen Firmen für geringqualifizierte Positionen und Arbeiten auf dem Bau oder in Putzkolonnen nur ungern Russen ein. Der Grund ist, dass ein bedeutender Teil der Gastarbeiter unangemeldet arbeitet, das heißt, die Kosten für Steuern und Sozialabgaben entfallen. Mit anderen Worten: Der Einsatz von Gastarbeitern dient weder dem Haushalt des Gebiets noch dem Staat, sondern lediglich einzelnen Unternehmern. *Jurij Tschernyschew*

WM 2018 in Königsberg

Königsberg wird neben Moskau und St. Petersburg einer der wohl zwölf Austragungsorte der Fußball-Weltmeisterschaft 2018 in der Russischen Föderation. Das hat der russische Fußballverband beschlossen. Auf der Pregel-Insel Lomse entstehen schon jetzt die Voraussetzungen für ein hochmodernes Stadion mit einem Fassungsvermögen von



Modell des Fußballstadions

gut 45105 Personen. Ein 78000 Quadratmeter großes Grundstück am sogenannten Ufer der Veteranen ist schon von der Stadt für die Bebauung freigegeben worden. Ein Ingenieurbüro aus St. Petersburg entwirft den Flächennutzungsplan. Für Infrastruktur und Verkehrsanbindung liegen bereits konkrete Pläne vor. Im nächsten Jahr soll es mit dem Bau richtig losgehen. *PAZ*

Jugend mit Vertreibung konfrontiert

»4. Kulturfestival der deutschen Minderheit in Polen« mit Heino in Breslaus Jahrhunderthalle

Der „Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen“ (VdG) und die „Deutsche Sozial-Kulturelle Gesellschaft in Breslau“ (DSKG Breslau) haben in Breslau das „4. Kulturfestival der deutschen Minderheit in Polen“ durchgeführt. Die polnische Regierung wurde unter anderem vom Staatssekretär im Ministerium für Administration und Digitalisierung Wlodzimierz Karpinski und die deutsche vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren Christoph Bergner repräsentiert. Ein Grußwort richtete auch der polnische Präsident Bronislaw Komorowski an die Anwesenden. Anwesend waren auch die Abgeordneten Ryszard Galla und Henryk Siedlaczek sowie der Botschafter Rüdiger von Fritsch.

In der modernistischen Jahrhunderthalle, die von Max Berg Anfang des 20. Jahrhunderts entworfen wurde, trafen sich Deutsche aus allen Teilen der Republik Polen. Die Tanzgruppen, Chöre, Musikgruppen, Solisten, Orchester, Tanzpaare, Gesanggruppen aus Schlesien, Pommern, Ermland und Masuren sowie Großpolen zeigten die Vielfalt der deutschen Kultur. Aus Ostpreußen kamen der Frauenchor „Masurenklang“ aus Peitschendorf, die Volkstanzgruppe „Saga“ aus Bartenstein, der Chor „Vaterhaus“ aus Allenstein, der Chor aus dem Neidenburger Verband und die Theatergruppe aus Ermland und Masuren.

Die letzte Gruppe ist aus den Jugendlichen entstanden, die zu den deutschen Verbänden in Mohrungen, Heilsberg und Ortelsburg gehören und während der Sommerferien das Theaterstück „Der vierte Platz“ von Horst Mönnich vorbereitet haben. Das Werk handelt vom schweren Schicksal einer westpreußischen Familie nach 1945, die seit vielen Jahren in Sobowitz westlich von Danzig ihre Heimat hatte. Der Protagonistin Ilse Bandomir (in dieser Rolle Kamila Manka) gelingt es, mit den zwei älteren Kindern Wolf und Christa in den westlich von Oder und Neiße liegenden Teil Deutschlands ausgeflogen zu werden, aber die zwei kleinen Söhne Joachim und Jürgen bleiben in Sobowitz. Die Mutter will die beiden schnell abholen, aber sie wurden während der Kriegswirren getrennt. Hier fängt die jahrelange Kindersuche an. „Der vierte Platz“ ist nicht nur die Geschichte einer Familie nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern auch eine Auseinandersetzung mit der Frage, ob es eine Kollektivschuld aller Deutschen an den Verbrechen des Nationalsozialismus gibt. Mönnich zeigt, dass nichts weiß oder schwarz ist. Er versucht, das Einzelereignis in den Geschichte seiner Zeit verstehbar zu machen und zeigt ein individuelles Schicksal, Leid, Schmerz.

Gezeigt wurde ein von LO und BJO finanziertes Projekt

Wie Ilse Bandomir in Mönnichs Werk flohen bis Anfang der 50er Jahre Millionen Deutsche aus Pommern, Danzig sowie Westund Ostpreußen. Die Flüchtlinge und Aussiedler kamen auch aus Schlesien, dem Sudetenland, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien. Das Leid der Deutschen ist in Polen ganz oft noch Tabuthema oder sogar ein unbekannter Teil der Weltgeschichte. Deswegen war die Wahl von Mönnichs Werk für ein Jugendprojekt nicht eine selbstverständliche Entscheidung. Es hat sich herausgestellt, dass die jungen Projektteilnehmer ihren Rollen gewachsen sind und die Tatsache, dass dieses Theaterstück während des Kulturfestivals der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen aufgeführt wurde, zeigt, dass die junge Generation vorbereitet ist, über dieses schwere Kapitel der Geschichte zu sprechen. Für die jungen Schauspieler war die Teilnahme an diesem Projekt nicht nur Spaß, sondern auch Geschichtsunterricht.

Neben der Kultur spielte die Bildung eine große Rolle

Die Regie des Stücks hat Ewa Huss-Nowosielska aus dem deutschen Verband in Heilsberg übernommen. Das Projekt wurde von der Landsmannschaft Ostpreußen und dem Bund Junges Ostpreußen finanziert und von der Mitarbeiterin des LO-Verbindungsbüros in Allenstein, Edyta Gładkowska, koordiniert.

Außer der Kultur spielte während des Festivals auch die Bildung eine große Rolle. Das Thema wurde während der Debatte „Schulwesen als Fundament des Aufbaus der Minderheitenidentität“ behandelt.

Der Star des Festivals war Heino. Teile seines Auftritts kann man auf der Internetseite youtube anschauen. Die Jugend der deutschen Volksgruppe hat noch an der darauffolgenden Party in der wunderschönen Breslauer Altstadt teilgenommen. Das 4. Kulturfestival der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen zeigte die kulturellen Bedürfnisse der deutschen Verbände und hat aufgezeigt, welche Art von Aktivitäten die junge Generation anziehen kann, hingewiesen. *E.G.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist ein Satz, der in den an uns gerichteten Schreiben immer wiederkehrt und kaum in einem Wunschbrief fehlt: „Für jeden Hinweis wäre ich dankbar!“ Er beweist, dass unsere Ostpreußische Familie für viele Suchende der letzte Hoffnungsträger ist, lässt aber auch die Schwere der Fragen erkennen, die uns oft vor unlösbar scheinende Aufgaben stellen und die sich dann auch als solche erweisen. Trotzdem lassen wir nichts unversucht, und so beginnen wir auch heute unsere Kolumne mit einer Anfrage, die diese Schwierigkeiten besonders verdeutlicht: Sie kommt aus Chemnitz von Herrn **Udo Thierfelder**, der von einer dort wohnenden Leserin auf unsere Zeitung aufmerksam gemacht wurde. Er ist schon seit langer Zeit dabei, seine Familie mütterlicherseits zu finden, kommt aber auch nicht weiter. Was verständlich ist, wenn man die wenigen Angaben liest, die er über seine Mutter und ihre Herkunft machen kann. Herr Thierfelder schreibt:

„Meine Mutter ist im Jahre 1946 als Kleinkind im Erzgebirge adoptiert worden, nachdem sie in einem Kinderheim in Reitzenhain (Sachsen) einige Zeit gelebt hat. Dorthin ist sie wahrscheinlich um 1943/44 als Kleinkind – etwa ein bis zwei Jahre alt – mit einem Kindertransport aus der Königsberger Gegend gekommen. Das Einzige, was wir wissen, ist der Name meiner Mutter sowie die Berufe meiner Großeltern. Meine Oma war Ärztin, mein Opa muss Soldat gewesen sein. Ich habe schon mit vielen Ämtern und Organisationen Kontakt aufgenommen, aber letztlich ohne Erfolg, weil das größte Problem der fehlende Familienname ist. Ohne diesen komme ich nicht weiter. Haben Sie eine Möglichkeit, mir zu helfen? Es muss doch Übersichten geben, in denen eine Ärztin mit Kind verzeichnet ist. Gibt es Unterlagen von Offizieren mit der Angabe des Berufes der Ehefrau? Vielleicht kann auf Grund des doch recht seltenen Vornamens **Thelse** eine Suche erfolgen?“

Man ersieht aus diesen Ausführungen, welche Vorstellungen manche Anfragenden über das uns zur Verfügung stehende Doku-Material haben. Gehen wir nicht näher auf diese Unmöglichkeiten ein, sondern befassen uns



Ankunft in Friedland Bild: privat

mit den wenigen Fakten, die vielleicht eine Basis für die Suche bilden könnten. Es ist anzunehmen, dass das Kind Thelse im Spätsommer 1944 mit einem Kindertransport aus dem zerbombten Königsberg nach Sachsen kam. Die Tatsache, dass es bereits 1946 adoptiert wurde, deutet darauf hin, dass die Eltern entweder verstorben oder damals nicht in der Lage waren, nach dem Verbleib des Mädchens zu forschen. Vielleicht ist die Mutter bei den Bombenangriffen ums Leben gekommen, vielleicht war der Vater gefallen oder in Gefangenschaft geraten. Da der Nachname von Thelse unbekannt war, unter dem das Kind vielleicht von Angehörigen gesucht wurde, konnte es auch nicht gefunden werden. Der einzige konkrete Ansatzpunkt ist der für Ostpreußen ungewöhnliche Mädchenname. Er könnte darauf hindeuten, dass ein Elternteil aus Friesland stammte. Da das Mädchen nicht mehr im Säuglingsalter war, als es in das Kinderheim in Reitzenhain kam, es somit seit seiner Geburt bis zum Transport in oder um Königsberg gelebt haben muss, besteht ein Fünkchen Hoffnung, dass jemand von unseren älteren Leserinnen und Lesern das Kind und seine Familie gekannt hat. Hier setzen wir zuerst einmal an. (Udo Thierfelder, Am Ahrehang 124 in 09114 Chemnitz, Telefon 0177/1704753, E-Mail: thierfeldertrio@googlemail.com)

Wie sich unsere Leserschaft bemüht zu helfen und mit welcher Akribie, zeigt das Schreiben von Herrn **Hans-Georg Baltrusch**, einem unserer eifrigsten Mitdenker. Es bezieht sich auf die Suchfrage von Frau **Ilona Hofmann** nach ihrer leiblichen Mutter **Annemarie Bastian**, die im Jahr 1938 unehelich in Königsberg geboren wurde. Zu diesem Termin macht Herr Baltrusch spezielle Angaben, die Frau Hofmann weiter helfen könnten. Ich bringe sie hier im Wortlaut, da er auch für andere Suchende ein wichtiger Hinweis sein könnte. Herr Baltrusch erklärt in der an Frau Hofmann gerichteten E-Mail Folgendes:

„Seit dem 1. Juli 1938 führten die Standesämter nicht mehr Geburts-, Heirats- und Sterberegister ohne Verbindung der Register untereinander, sondern Geburten-, Familien-, und Sterbebücher. Diese damalige Neuregelung führte dazu, dass bei allen Beurkundungen Hinweise auf die jeweiligen vorherigen Eintragungen vermerkt wurden. Das heißt in Ihrem speziellen Fall, dass zum Geburtseintrag Ihrer Mutter, da sie unehelich (heute nicht ehelich) geboren wurde, unter der Geburtseintragung Hinweise auf das Geburtsdatum der eigenen Mutter mit Standesamt und Geburtsregisternummer, aber auch über ihre Heirat und den Sterbefall stehen müssen. Das Standesamt 1 in Berlin, Rückerstraße 9 in 10119 Berlin, verwahrt Königsberger Register, allerdings mit gewissen Lücken unter anderem für das Standesamt I Königsberg (Pr) Geburtenbücher mit Eintragungen vom 22. September bis 18. Oktober 1938 und dann wieder vom 14. bis 28. November 1938. Vom Standesamt II Königsberg (Pr) sind Eintragungen vom 3. bis 29. Oktober 1938 und vom Standesamt III Königsberg (Pr) vom 3. bis 25. Oktober 1938 vorhanden. Diese Angaben konnte ich einem 1992 herausgegebenen Gesamtverzeichnis für die ehemaligen deutschen Ostgebiete entnehmen. Also in Ihrem Fall rate ich Ihnen, sich mit dem Standesamt 1 in Berlin in Verbindung zu setzen und eine ‚Beglaubigte Kopie aus dem Geburtenbuch mit Angaben über Geburts-, Heirats- und Sterbehinweisen‘ zu beantragen. Dabei würde ich gleichzeitig darum bitten, falls die infrage kommenden weiteren Register im Standesamt I in Berlin lagern, auch davon beglaubigte Kopien ebenfalls mit allen Hinweisen zu bestellen. Ich hoffe, dass ich Ihnen etwas helfen konnte, und wünsche Ihnen Erfolg bei Ihren Nachforschungen.“

Die wünschen wir Frau Hofmann auch und danken Herrn Baltrusch für diese beispielhafte Mithilfe.

Seine ostpreußischen Wurzeln hat Herr **Hermann-Josef Paulißen** aus Linnich entdeckt und möchte nun mit Hilfe unserer Familie tiefer graben. Zu seiner Person macht er leider keine Angaben, so dass ich nicht weiß, ob es sich bei der Frau, deren Vorfahren er sucht, um seine Mutter, Großmutter oder eine andere Verwandte handelt. Spielt in diesem Fall auch keine Rolle, wichtig sind Name und Herkunft, und diese Angaben sind vorhanden: **Hildegard Helene Gehlhaar**, *28. Mai 1920 in Seepothen. Ihre Eltern waren **Hermann Heinrich** Gehlhaar, *30. Dezember 1893 in Alt-Cainen, Kreis Heiligenbeil, und **Minna Bertha Braunsberger**, *17. September 1897 in Heide-Waldburg. Von der väterlichen Linie Gehlhaar sind lediglich die Namen der Großeltern bekannt: **Karl Gehlhaar** und **Amanda Scheffler**. Dagegen ist die mütterliche Linie bis zu den Urgroßeltern von Hildegard Helene Gehlhaar zurück zu verfolgen. Die Eltern von Mutter Minna, die als Stubenmädchen bei **Baron von Korff** in Laukitten tätig war, hießen **Hermann Gottfried Braunsberger**, *17. September 1854 in Ludwigsort, und **Karoline Wilhelmine Tolksdorf** geborene **Döhring**, *9. September 1860 in Gutenfeld. Die Eheschließung fand am 26. Dezember 1896 in Haffstrom statt. Von den Urgroßeltern von Hildegard Gehlhaar sind lediglich die Namen bekannt: **Gottfried Braunsberger** und Karoline Fischer sowie **Ernst Döhring** und **Justine Hoffmann** in Heide-Waldburg. So, das sind die uns zur Verfügung stehenden Angaben. Die Familie Braunsberger ist nach Angaben von Herrn Paulißen Salzburger Abstammung. Herr Paulißen hofft nun, in seiner Familienforschung über uns einige Schritte weiter zu kommen. Vor allem liegt ihm daran, etwas mehr über die Gehlhaar-Linie zu erfahren. Alle genannten Herkunftsorte liegen im Raum Natangen/Samland. Aber auch über die Braunsberger, sowie über die anderen genannten Familiennamen, möchte er mehr wissen. Vielleicht ergibt sich ja auch eine – wenn auch entfernte – Verwandtschaft? (Hermann Josef Paulißen, Landstraße 19a in 52441 Linnich, E-Mail: paulissen@t-online.de)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Diese Bitte eines Lesers sollen und wollen wir weiter geben. Herr **Gustav-A. Müller** aus Göttingen stellt sie an alle Vertriebene und Spätheimkehrer, die über das Grenzdurchgangslager Friedland eingereist sind. Dort soll jetzt ein Zentrum für moderne Zeitzeugenarbeit als Herzstück des Museums Friedland entstehen. Deshalb sind alle aufgerufen, die als Vertriebene, Flüchtlinge oder Heimkehrer in den vergangenen sieben Jahrzehnten über Friedland in die Bundesrepublik Deutschland kamen. Herr Müller formuliert das kurz und knapp: „Bitte macht für das Museum als Zeitzeuge mit! Meldet Euch bei der angegebenen Kontaktadresse. Ihr erweist damit der Nachwelt einen großen Gefallen!“ Die Projektleitung liegt beim niedersächsischen Innenministerium und ist auch an diese Stelle zu richten: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Projekt „Museum Friedland“, Clemensstraße 17 in 30169 Hannover, **Jürgen Fröhlich** & **Oliver Kröger**, Telefon 0511/120-4764, Zentrale: 0511/120-0, E-Mail: museum-friedland@mi.niedersachsen.de. In dieser Hinsicht ist unser Landsmann **Joachim Rebuschat** schon aktiv gewesen. Er hat die Zeitzeugensuche in das Internet gesetzt: www.myheimat.de/rinteln/profile/joachim-r-31227.html. Bereits am ersten Wochenende haben ihn 167 Personen angeklickt!

Ein besonderer Gruß geht heute nach Australien – eigentlich zwei, wenn ich dem redaktionellen noch einen persönlichen Gruß anschließen darf. Der erste gilt Herrn **Werner Fischer**, der uns Folgendes mailte: „Ein guter Freund von uns – meiner Frau **Anneliese Kern** geborene **Wien**, *10. März 1926 in Königsberg, und mir – hat dort die schweren Jahre 1945 bis 1948 unter den Russen durchmachen müssen und dabei Mutter und Schwester verloren. Eine damalige Leidensgefährtin hat etwa 1950 ein nettes und etwas längeres Gedicht über ihr gemeinsames Leben geschrieben. Falls Sie daran interessiert sind und das Gedicht vielleicht auch veröffentlichen können, werde ich es Ihnen zusenden. Wir leben schon seit 1953 in Australien.“ Soweit die Anfrage, zu der ich nur sagen kann: Lieber Herr Fischer, senden Sie uns das Gedicht zu. Zwar können wir in unserer Wochenzeitung aus Platzgründen kein längeres Gedicht veröffentlichen, aber vielleicht können wir daraus eine besondere Geschichte machen, oder es eignet sich vielleicht zum Vorlesen oder zum Abdruck in einer anderen Publikation und auf jeden Fall zur Archivierung. So, das war Grußbotschaft Nr. 1. Die zweite: Ich begrüße meine zweite Urgroßnichte im so fernen Australien, die mich nun zur doppelten Urgroßtante macht, und wünsche ihr, dass sie die Lebensfreude und die Lebenskraft ihrer Großmutter Hanni und deren ostpreußischer Vorfahren weiter trägt! Die wohl staunen wird, wenn sie diese Ausgabe der von ihr sehr geliebten *PAZ/Das Ostpreußenblatt* liest.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Bodenständig, genügsam und robust

Die Ostpreußische Skudde steht auf der Roten Liste der bedrohten Nutztierrassen

Eigentlich gehört dieser Beitrag in die obige Kolumne, denn es werden in dem betreffenden Schreiben mehrere Fragen gestellt, aber dann kristallisierte sich doch ein Thema heraus, das mehr als einige Zeilen beansprucht. Es handelt sich nämlich in dem Brief von Herrn **Johann-Willy Matzpreiksch** aus Mannheim-Seckenheim um die Skudden, unsere heimischen Schafe, bodenständig wie wir alten Ostpreußen und mit dieser und anderen ausgeprägten Eigenschaften auch durchaus mit uns vergleichbar. Doch zuerst zu einer anderen Frage, die Herr Matzpreiksch in seinem Schreiben aufwirft. Sie betrifft ein kurzes Erlebnis, das er nicht vergessen hat, obgleich es schon Jahrzehnte zurückliegt. Es war in Mannheim, als unserem Landsmann ein älteres Ehepaar auffiel, das vor ihm auf der Straße ging und sich lebhaft unterhielt. In einer Sprache, die Herr Matzpreiksch nicht einordnen konnte. Jedenfalls nicht deutsch oder holländisch, wie er meinte, und deshalb sprach er das Ehepaar an. Die Antwort kam kurz und knapp: „So hat man im Königsberger Hafen gesprochen!“ Nun lebten die beiden in Speyer, soviel verrieten sie noch. Herr Matzpreiksch war so perplex, dass er nicht nachhaken konnte, jetzt will er die Frage nachholen. Bei uns! Die Antwort dürfte ebenso kurz und knapp ausfallen: plattdeutsch – was denn sonst? Unser gutes, altes, gemütliches Platt oder Niederpreußisch, wie es sprachwissenschaftlich eingeordnet wird. Natürlich hörte man in dem großen Seehafen auch andere Idiome, vor allem osteuropäische, aber sie blieben Sprachinseln, die sich auf bestimmte Gruppen der im Hafen Tätigen beschränkte. Sollte das in Speyer lebende Ehepaar trotz der langen Zeitspanne sich an die Begegnung in Mannheim erinnern – und auch diese Zeilen lesen –. könnte es sicher meine Erklärung bestätigen. (Johann-Willy Matzpreiksch, Gaggenauer Straße 15 in 68239 Mannheim-Seckenheim.)

Doch nun zu den Skudden, mit denen Herr Matzpreiksch wohl weder privat noch beruflich zu tun hat, aber er interessiert sich für diese alte Hausschafrasse und vor allem für den Namen. Der mag für fremde Ohren eigenartig erklingen, uns Ostpreußen aber ist er vertraut und heimatlich. Herr Matzpreiksch listet nun bezüglich der Herkunft viele (Un-)Möglichkeiten auf, auf die ich gar nicht näher eingehen will bis auf die Frage, ob der Name mit der litauischen Stadt Skuodas in Verbindung gebracht werden kann. Nun gehört die Skudde zu den ältesten Hausschafarten Europas. Sichere Nachweise für ihre Existenz in



Skudde im Winter Bild: –Xocolatl (talk)

Ostpreußen und im Baltikum gibt es seit der Ordenszeit. Ungeklärt ist noch, ob es sich bei dieser Haustierrasse um das „Schaf der Wikinger“ oder um direkte Nachfahren jungsteinzeitlicher Schafe handelt.

Auch der Name führt in die graue Vorzeit zurück. Wenn auch die genaue Herkunft ungewiss ist, so kommt er zweifellos aus dem westbaltischen Sprachraum, also aus dem prussisch-litauischen Sprachbereich. Im Deutschen ist für das ehemalige Grenzgebiet zu Litauen „Skudde“ sowohl in der Bedeutung als „Schaf“ als auch in der Bezeichnung einer Rasse nachgewiesen. Es gibt auch den Namen „Skudde“ als deutschen Familiennamen prussischer Herkunft. Das prussische Wort „skudan“, das so viel wie „Schaden“ bedeutet, sowie das litauische „skuodimas“ für „hüpfen, springen“ weisen auf einen gemeinsamen Wortstamm hin. Im litauischen Sprachbereich werden Schafe und Ziegen mit „skudi“ oder „skuis“ gelockt oder gescheucht. In der von Herrn Matzpreiksch erwähnten litauischen Stadt „Skuodas“ wurden bis in die Nachkriegszeit hinein primitive Landschafe gehalten.

Für unsere prussischen Vorfahren war die Skudde jedenfalls das ideale Hausschaf. Es überstand die langen, kalten Winter auch im Freien gut, da das mischwollige Vlies das Tier perfekt vor der Auskühlung oder Durchnässung schützt. Die Skudde ist ein genügsames Schaf, das auch mit mageren Böden zufrieden ist, weil sie weder Brennnesseln noch Disteln oder Ampfer verschmäht. Für unsere Vorfahren waren aber noch weitere Eigenschaften wichtig: Das mischwollige Vlies, das durch einen jahreszeitlichen selbständigen Wechsel eine Schur überflüssig machte, die guten Fortpflanzungsmöglichkeiten durch die Frühreife der weiblichen Skudden, die bereits im ersten Lebensjahr trächtig wurden und deren vorzügliche Mütterlichkeit bewirkte, dass es kaum Lämmerverluste gab. Ein guter Fleischlieferant war und ist die Skudde, bedingt durch die geringe Größe – die Skudde ist die kleinste deutsche Schafrasse – und das geringe Lebendgewicht, leider nicht. Dafür weist das Fleisch aufgrund der Ursprünglichkeit der Rasse einen deutlichen Wildbretgeschmack auf, der ihm eine herb-würzige Note gibt.

Soviel unsere Ausführungen zur Beantwortung der Frage von Herrn Matzpreiksch, dessen Name ja übrigens in das Ursprungsgebiet der Skudden weist. Sicherlich haben auch seine Vorfahren dieses genügsame, robuste Schaf gehalten, das für den Lebensunterhalt unserer ältesten Vorfahren unentbehrlich war. Und es hat sich mit seiner Zähigkeit durch alle Wirren unserer Zeit gerettet und blieb uns, obgleich es schon zeitweilig als ausgestorben galt, reinrassig erhalten – dank passionierter Züchter, die bewusst diese ostpreußische Tradition pflegen. Wie wichtig ihre Arbeit ist, bezeugt die Tatsache, dass die Ostpreußische Skudde auf der Roten Liste der bedrohten Nutztierrassen steht. *R.G.*



ZUM 100. GEBURTSTAG

Kostropetsch, Wanda, aus Grünau, Kreis Lötzen, am 28. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Metzner, Käte, geb. **Deptolla**, aus Ortelsburg, am 27. Oktober
Wohlgemuth, Emma, geb. **Grollmuß**, aus Gubitten, Kreis Mohrungen, am 24. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Borkowski, Minna, geb. **Hurtig**, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 23. Oktober
Gerigk, Else, aus Santoppen, Kreis Rößel, am 27. Oktober
Gribel, Arthur-F., früher **Grzibinski**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 23. Oktober
Rudolf, Helene, aus Walden, Kreis Lyck, am 22. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Regge, Elfriede, geb. **Lipka**, verwitwete **Niemzik**, aus Treuburg, am 28. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Heinig, Meta, geb. **Batschkus**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 25. Oktober
Heise, Herta, geb. **Kliese**, aus Groß Hanswalde, und Mothalen, Kreis Mohrungen, am 23. Oktober
Naruhn, geb. **Salomon**, aus Wehlau, Pinnauer Straße, Kreis Wehlau, am 26. Oktober
Preusker, Wilhelm, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober
Segatz, Paul, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 27. Oktober
Wiedenhöft, Frieda, geb. **Strauß**, aus Nalegau, Kreis Wehlau, am 23. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Berlin, Hilde, geb. **Meller**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 28. Oktober
Düding, Elfriede, geb. **Dudek**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Ehmer, Hilde, geb. **Littow**, aus Treuburg, am 28. Oktober
Hoffmann, Lore, aus Prostken, Kreis Lyck, am 27. Oktober
Hofmann, Herta, geb. **Tarschinsky**, aus Parschwitz, Kreis Samland, am 23. Oktober
Nagaitschik, Rudolf, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 22. Oktober
Nowinski, Martha, geb. **Buck**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 25. Oktober
Saffran, Johannes, aus Mohrungen/Abbau, am 23. Oktober
Schweiger, Lori, aus Pobethen, Kreis Samland, am 25. Oktober
Sowa, Otto, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 24. Oktober
Thurau, Klara, geb. **Kewitz**, aus Ortelsburg, am 28. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Arnhold-Gitt, Hildegard, geb. **Gitt**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 23. Oktober
Barten, Hans, aus Rostock, am 22. Oktober
Bonitz, Gertrud, geb. **Juschka**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Holweck, Irmgard, aus Königsberg, am 24. Oktober
Kaleck, Käthe, aus Königsberg, am 24. Oktober
Kock, Elsbeth, geb. **Kinski**, aus Lyck, am 24. Oktober
Kozakiewicz, Erika, aus Sentken, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Leicht, Käte, geb. **Falk**, aus Kukerneese, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Leipacher, Kurt, aus Gruten, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Macht, Vera, aus Ortelsburg, am 25. Oktober
Schwarz, Hanni, geb. Merchel, aus Neidenburg, am 28. Oktober
Stickdorn, Charlotte, geb. **Rimkus**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Topeit, Bruno, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober
Zanter, Christel, geb. **Zielasek**, aus Großheidenau, Kreis Ortelsburg, am 22. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ernst, Lieselotte, geb. **Behrendt**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Gregorzewski, Albert, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Grube, Christel, geb. **Meier**, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Guddack, Artur, aus Prostken, RB-Siedlung 9, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Hoffmann, Hildegard, geb. **Beier**, aus Ebenrode, am 28. Oktober
Janz, Dorothea, geb. **Nickel**, aus Lyck, Lycker Garten 3, am 26. Oktober
Kosack, Meta, geb. **Windeit**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Koslowski, Hildegard, geb. **Wielgoß**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 27. Oktober
Krause, Hildegard, geb. **Linka**, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 28. Oktober
Maseizik, Heinz, aus Lyck, Morgenstraße 32, am 28. Oktober
Pasch, Willi, aus Neidenburg, am 24. Oktober
Nothhorn, Christel, geb. **Mischkewitz**, aus Lyck, Memeler Weg 1, am 28. Oktober
Samaritter, Ilse, aus Pillau, Kreis Samland, 28. Oktober
Schulz, Ruth, geb. **Lamprecht**, aus Königshuld, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Borm, Wilhelm, aus Vielbrücken, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Eberhardt, Gertrud, geb. **Gnosa**, aus Treuburg, am 23. Oktober
Feierabend, Heinz, aus Ortelsburg, am 24. Oktober
Grahl, Erna, geb. **Rauffmann**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Gürges, Helene, geb. **Adamus/Joop**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Karlein, Marta, geb. **Brose**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 22. Oktober
Linkmann, Herta, geb. **Bindert**, aus Gilgenfeld, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Stanko, Edith, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 28. Oktober
Schramma, Erwin G., aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Topeit, Bruno, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober
Wander, Hedwig, geb. **Baumgärtner**, aus Kortmedien, Kreis Wehlau, am 22. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bergmann, Ursula, geb. **Monsehr**, aus Treuburg, am 23. Oktober
Dittombee, Gerda, geb. **Czeppat**, aus Ebenrode, am 27. Oktober
Grunert, Hildegard, geb. **Jerosch**, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, am 28. Oktober
Heibutzki, Willi, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 28. Oktober
Huebner, Irmgard, aus Tiefen, Kreis Lötzen, am 22. Oktober
Kollo, Irmgard, geb. **Pokar**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 28. Oktober
Koslowski, Dieter, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 22. Oktober
Kowalski, Helga, geb. **Holz**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 24. Oktober
Koslowski, Leonore, geb. **Zogeiser**, aus Freiendorf, Kreis Tilsit-Ragnit, am 24. Oktober
Lück, Elisabeth, geb. **Schönhoff**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 23. Oktober
Luft, Dr. Volker, aus Lötzen, am 22. Oktober
Meyer, Hildegard, geb. **Schulz**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 25. Oktober
Miertsch, Hilde, geb. **Bialluch**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober
Sakowski, Erwin, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober
Sauer, Edith, geb. **Bodschwinna**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 27. Oktober
Stolze, Inge, geb. **Albrecht**, aus Königsberg, am 12. Oktober
Szeimies, Arno, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Wiese, Karl Heinz, aus Neidenburg, am 28. Oktober
Zels, Hildegard, aus Klein Nuhr, Klein Nuhr Dorf, Kreis Wehlau, am 22. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Adam, Alfred, aus Bürgersdorf, Bürgersdorf Ost, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Bretthorst, Gertrud, geb. **Allary**, aus Neidenburg, am 25. Oktober
Begunk, Waltraut, geb. **Niedzwetzki**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg
Galla, Margarete, geb. **Skischally**, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 27. Oktober
Gusko, Helmut, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 26. Oktober
Hansen, Eva, aus Berlin-Spandau, am 23. Oktober
Hartge, Christel, geb. **Zander**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 27. Oktober
Heimann, Elli, geb. **Stern**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 25. Oktober
Heins, Elfriede, geb. **Griggel**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 23. Oktober
Hüber, Ursula, geb. **Lange**, aus Lank/Diedersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 27. Oktober
Krashinski, Otto, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 23. Oktober
Kudzus, Horst, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober
Loch, Gerhard, aus Hartigswalde, Kreis Neidenburg, am 23. Oktober
Ludwig, Helmut, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Machheit, Siegfried, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 24. Oktober
Marks, Hans-Siegfried, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 23. Oktober
Nikolajuk, Irmgard, aus Lyck, am 23. Oktober
Orlowski, Maria, geb. **Barwinski**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 22. Oktober
Partmann, Waltraud, geb. **Endrikat**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 28. Oktober
Preugschat, Werner, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 24. Oktober
Romahn, Paul, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober
Rutkowski, Erika, geb. **Küssner**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Thun, Gerhard, aus Tapiau, Rohsestraße, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Schmidt, Gertrud, geb. **Wenzel**, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Schulz, Werner, aus Weißensee, Groß Weißensee, Kreis Wehlau, am 22. Oktober
Waldhecker, Gisela, aus Lyck, am 22. Oktober
Witulski, Hildegard, geb. **Itzek**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 28. Oktober

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

ZUM 75. GEBURTSTAG

Angel, Annemarie, geb. **Saborosch**, aus Gutfeld, Kreis Neidenburg, am 28. Oktober
Bienk, Waltraud, geb. **Monegel**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 26. Oktober
Franken, Sigrid, geb. **Rokoss**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 27. Oktober
Joswig, Eitel, aus Klein Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 22. Oktober
Kieslich, Waltraut Maria, geb. **Zimmermann**, aus Heiligenbeil, Bauriedl-Weg 8, am 23. Okto-ber
Nothnagel, Inge, geb. **Kuhn**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 23. Oktober
Sacher, Helene, geb. **Naujokat**, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 27. Oktober
Schwarz, Helga, geb. **Werner**, aus Quilitten/Dösenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 23. Ok-tober
Tornow, Helgard, geb. **Pogodda**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 25. Oktober
Winterstei, Hildegart, geb. **Klewitz**, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 23. Oktober



Wenzel, Alfred, aus Glithenen, Kreis Bartenstein, und Frau Marga, geb. **Mueller**, am 5. Oktober

Dittchenbühne

Programm im November:

Freitag, 2. November, 19 Uhr: Günter Willumeit: Locker vom Trecker – Holsteinischer und ostpreußischer Humor. Eintritt 22 Euro.

Sonntag, 4. November, 11 Uhr: Jazz-Frühstück mit den „Swingin Forties“. Eintritt 19,50 Euro.

Freitag, 9. November, 20 Uhr: Der jüngste Tag. Schauspiel in sieben Bildern nach Ödön von Horvath. Theatergruppe „Die Wolkenstürmer“. Regie Lars Ceglecki.

Sonntag, 11. November, 10 bis 18 Uhr: Auszeit. Ein Tag zum Ausspannen und Auftanken für Frauen. Leitung Brigitte von Werder-Geiger. Kostenbeitrag 55 Euro inklusive Verpflegung.

Mittwoch, 14. November, 19 Uhr: Heil-Hypnose. Referentin Brigitte von Werder-Geiger. Kostenbeitrag 10 Euro.

Mittwoch, 21. November, 19 Uhr: Adventskranz & Co. – kreativ gestalten. Adventsbasteln mit Brigitte Werder-Geiger. Kostenbeitrag 12 Euro zuzüglich das bei der Dozentin erworbene Material.

Montag, 26. November, 16 Uhr: Weihnachtsmärchen „Die kleine Meerjungfrau“. Premiere. Nach Hans Christian Andersen. Reige Vilija Neufeldt. Eintritt: Erwachsene 12 Euro, Kinder 6 Euro.

Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn. Telefon (04121) 89719, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de

TERMINE DER LO

Jahr 2012

19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.
27. Oktober; 5. Deutsch-Russisches Forum in Königsberg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont.

Jahr 2013

9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
16./17. März 2013: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 20. Oktober, 16.30 Uhr, ZDF Neo: info XXL: USA vor der Wahl.
SONNABEND, 20. Oktober, 18 Uhr, ZDF Neo: Für immer dick? Die Wahrheit über die Fettsucht.
SONNABEND, 20. Oktober, 18 Uhr, 3sat: Alles für die Fisch. Über Fischkonsum un die Überfischung der Meere.
SONNABEND, 20. Oktober, 18 Uhr, Phoenix: ZDF-History: Spitzel in der Synagoge. Die DDR und die Juden.
SONNTAG, 21. Oktober, 16.05 Uhr, Arte: 50 Jahre Beatles. Themenabend über die Pilzköpfe
SONNTAG, 21. Oktober, 18 Uhr, ZDF: Der Arbeit hinterher. Pendler zwischen Job und Familie.
SONNTAG, 21. Oktober, 19.30 Uhr, ZDF: Die Bernsteinstraße. Geheimnisvolle Handelswege.
SONNTAG, 21. Oktober, 20.15 Uhr, WDR: Wunderschön! Der Elberadweg – Von der Sächsischen Schweiz nach Dresden.
MONTAG, 22. Oktober, 20.15 Uhr, Das Erste: Wildes Deutschland. Der Bayerische Wald.
MONTAG, 22. Oktober, 20.15 Uhr, WDR: Mein gutes Recht. Medizinische Kunstfehler und Pfusch am Bau.
MONTAG, 22. Oktober, 23.30 Uhr, Das Erste: Geheimnisvolle Orte. Hitlers Reichskanzlei.
DIENSTAG, 23. Oktober, 20.15 Uhr, ZDF: Der Fluchhafen Berlin. Deutschlands peinlichster Airport Berlin-Brandenburg.
DIENSTAG, 23. Oktober, 20.15 Uhr, RBB: Die Havel. Eine Flussreise vom Quellgebiet bis zur Elbmündung.
DIENSTAG, 23. Oktober, 22.45 Uhr, RBB: Ouvertüre 1912. Dokumentation über 100 Jahre Deutsche Oper Berlin.
MITTWOCH, 24. Oktober, 20.15 Uhr, Das Erste: Herbstkind. TV-Drama über eine Mutter, die nach der Geburt ihres Kindes in Depressionen versinkt.
MITTWOCH, 24. Oktober, 21.00 Uhr, Phoenix: Wegelagerer und Wichtigtuer. 50 Jahre „Spiegel-Affäre“.
MITTWOCH, 24. Oktober, 22.05 Uhr, Arte: Kafka – Der letzte Prozess. Wem gehört der literarische Nachlass Kafkas?
DONNERSTAG, 25. Oktober, 20.15 Uhr, 3sat: Täter ohne Reue. Liegt Mordlust in den Genen?
DONNERSTAG, 25. Oktober, 22.30 Uhr, WDR: Sektenkinder – Zum Dienen geboren.
DONNERSTAG, 25. Oktober, 23.15 Uhr, WDR: Allah in Ehrenfeld. Der Bau der Kölner Moschee.
FREITAG, 26. Oktober, 20.15 Uhr, SWR: Expedition in die Heimat. Entlang der südlichen Weinstraße.
FREITAG, 26. Oktober, 20.15 Uhr, NDR: Rivalen zwischen Rhein und Weser. Schützenfeste, Religion und Bier.
FREITAG, 26. Oktober, 23.15 Uhr, WDR: Wir wollten die Rebublik verändern. Gerhart Baum (FDP) feiert 80. Geburtstag.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



INSTERBURG – STADT UND LAND

Kreisvertreter Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Osnabrück – Sonnabend, 3. November, 14 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenehaller Weg 43: Treffen der „Insterburger Teutonen“ zu einem gemütlichen Beisammensein. Alle aus Insterburg Stadt und Land Stammenden sind herzlich eingeladen.



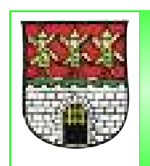
LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Treffen der Lycker in München – Am 13. September fand das 4. Lycker Treffen in München, im „Haus des Deutschen Ostens“, statt. Peter Skrotzki, Organisator des Treffens, und Bärbel Wiesensee, Archivarin der Kreis-gemeinschaft Lyck, begrüßten die angereisten Gäste und stellten das Programm für den Nachmittag vor. Die Festschrift „65 Jahre Kreisgemeinschaft Lyck“ wurde von Peter Skrotzki den Gästen in Text und Fotos auf einer Leinwand vorgestellt. Peter Skrotzki konnte zu der Präsentation viel erzählen, und einige Fragen ausführlich beantworten, weil er die Festschrift selbst geschrieben hat. Er berichtete außerdem vom Jahrestreffen der Kreisgemeinschaft in Hagen und informierte die Anwesenden ferner über den Arbeitskreis „Mittlere Generation“ und deren Web-Seite. Bärbel Wiesensee gab anschließend mit einem Bildvortrag einen kleinen Einblick in das neue Archiv der Kreisgemeinschaft Lyck. Sie ermunterte die Gäste, sich das Archiv in Hagen anzuschauen, um sich selbst einen Eindruck zu verschaffen. Es war ein gelungener und gemütlicher Nachmittag, mit vielen Gesprächen und Erzählungen von und aus der Heimat. – **Ein trauriger Montag** – Am Montag, 8. Oktober, erfuhr Kreisvertreter Gerd Bandilla vom Tod zweier bedeutender Lycker Landsleute. Es starben Gotthilf Willutzki am 5. Oktober und Alfred Faltin am 8. Oktober.

Gotthilf Willutzki wurde am 15. Januar 1930 in Lyck geboren. Ortsvertreter seines Heimatdorfes war er seit 1992. Als pensionierter Polizeibeamter war er sehr sportlich. In seinem ostpreußischen Heimatort schwamm er jeden Morgen, auch bei kalter Witterung, in „seinem“ See. Große Verdienste erwarb sich Gotthilf Willutzki jedoch durch die Renovierung von etwa 30 Soldatenfriedhöfen und etlichen zivilen Dorffriedhöfen im Kreis Lyck. Die Kreisgemeinschaft Lyck ist ihm für seine Arbeit sehr dankbar. Darüber hinaus war Willutzki auch im Kreis Sensburg einschlägig tätig. Wegen seiner Verdienste wurde er am 24. August 2002 mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen und am 17. Dezember 2006 mit der Bundesverdienstmedaille ausgezeichnet. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ehrte ihn mit der Verleihung der „Theodor-Heuss-Medaille“. Ende September 2012 fuhr Gotthilf Willutzki, bereits krank, nach Ostpreußen, um sich von seiner Heimat zu verabschieden. Am 3. oder 4. Oktober kehrte er zurück und verstarb kurz darauf am 5. Oktober in Delmenhorst, seinem letzten Wohnort. Der stellvertretende Bürgermeister von Fließdorf [Stare Juchy] schrieb unter anderen folgende Beileidzeilen: „Ich bin sehr traurig. Gesehen habe ich ihn, wie er auf seinen Sandalen ging und auf dem Rad fuhr. Er wird uns fehlen.“ Auf seinen eigenen Wunsch wird die Urne mit den sterblichen Überresten von Gotthilf Willutzki auf dem Familienfriedhof seiner Eltern in Plötzendorf beigesetzt. Die Lücke, die Gotthilf Willutzki hinterlässt, wird sehr schwer zu schließen sein. Er bleibt in unseren Reihen unvergessen.

Alfred Faltin wurde am 5. Oktober 1923 in Borschimmen, Kreis Lyck, geboren. Er war ein sehr heimatverbundener Mensch, seit 1991 Bezirksvertreter von Borschimmen und damit auch Mitglied des Kreistages der Kreisgemeinschaft Lyck. Alfred Faltin hat in mustergültiger Weise seinen Dorffriedhof in Borschimmen renoviert. Nach einem großen ökumenischen Gottesdienst wurde der Friedhof im Jahre 2003 eingeweiht. Die Prozession von der Kirche zum Friedhof war mehrere hundert Meter lang; es gingen Polen und Deutsche gemeinsam. Zur polnischen Gemeindeverwaltung in Dreimühlen [Kalinowo] hatte Alfred Faltin ein gutes Verhältnis aufgebaut. Alfred Faltin organisierte viele Borschimmer Kirchspieltreffen in Bad Pyrmont. In Berlin, seinem Wohnort, war er Stellvertretender Kreisbetreuer der Lycker Gruppe. Alfred Faltin wird uns fehlen. Wir werden ihn im guten Gedenken behalten.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

63. Hilfstransport in den Kreis Schloßberg [Rayon Krasnoznamensk] – Der mittlerweile 63. Hilfstransport der Kreisgemeinschaft Schloßberg wurde vom 8. bis 15. September durchgeführt. Sieben Personen begleiteten den Transport in den Kreis Schloßberg, der aus einem LKW und einem Kleinbus bestand, zur Verfügung gestellt vom Katastrophenschutz des DRK. Die offiziellen Hilfsgüter umfassten insbesondere Bekleidung und Bettwäsche, aber auch Gehhilfen, Schreibmaterial, Schultornister und Windeln in kleinen Mengen wurden mitgenommen. Gestartet wurde um 4.30 Uhr. Über Hamburg, Lübeck, die A20 bis Stettin, Naugard und Danzig ging es bis nach Elbing zur Zwischenübernachtung. Frohen Mutes starteten wir am nächsten Morgen zum Grenzübergang Heiligenbeil II. Nach Erledigung der Passkontrolle und der Zollformalitäten inklusive Verplombung, konnten wir schon nach viereinhalb Stunden unsere Fahrt fortsetzen. Das war eine wirklich kurze Zeit. Über Königsberg und Taplacken war der Zollhof in Tilsit unser nächstes Ziel. Dort wurde unser LKW abgestellt und es ging dann weiter nach Lasdehnen, wo Jelena Sasse schon mit leckeren Speisen auf uns wartete. Am nächsten Morgen mussten wir wieder zum Zoll nach Tilsit und die gesamte Sendung abladen. Alle Kartons wurden aufgemacht und kontrolliert. Nach drei Tagen konnten wir unsere Hilfsgüter dann endlich abholen. Inzwischen hatten wir aber die Zeit genutzt und uns die Sozialstation in Lasdehnen angesehen. Die noch im Aufbau befindliche Institution und auch die dort arbeitenden Menschen machten auf uns einen sehr guten Eindruck. Träger ist nicht wie bei uns das DRK, sondern die Kreis-/Rayonverwaltung. Unterstützt werden behinderte und ältere Menschen, aber auch Jugendliche aus schlechten Elternhäusern. Es werden verschiedene Arten von Hilfen angeboten, so zum Beispiel humanitäre Hilfe, Umzugs- und häusliche Hilfen (Pflege, Hausarbeit, Einkaufen), sozialmedizinische Hilfe, Hilfe beim Ausfüllen von Formularen und Anträgen sowie sozialökonomische und sozialpsychologische Hilfe. Es gibt dort auch eine Wäscherei, ein Entspannungszimmer und einen Friseursalon, den Bedürftige zu günstigen Preisen in Anspruch nehmen können. Auch Bastelnachmittage werden in der Sozialstation veranstaltet und die dabei hergestellten Waren verkauft. Weiter ging es zum Kindergarten und zur Schule Schillfelde. Dort wurden wir von der Leiterin Tamara herzlich empfangen. Wir hatten zunächst ein großes Paket mit Tornistern und Schreibmaterialien von Hartmut Besch und andere Geschenke aus verschiedenen Sammlungen zu übergeben. Als Dank bekamen wir ein kräftiges Essen. Auch der Kindergarten in Schloßberg wurde wieder mit speziellen Spenden bedacht. Dafür gesorgt hat abermals Rita Lunden mit ihren Helferinnen und Helfern. In diesem Jahr hatten wir auch wieder einiges an Geld gesammelt, um einige Wünsche der Kindergärten in Schloßberg und Schillfelde erfüllen zu können. Dazu fuhren wir nach Gumbinnen und kauften dort in Geschäften die gewünschten Materialien gemeinsam ein. Die offizielle Übergabe erfolgte kurze Zeit später. Die Freude darüber war natürlich sehr groß. Leider war nicht mehr viel Zeit, um Gumbinnen zu besichtigen. Inzwischen konnten wir unsere offiziellen Hilfsgüter vom Zoll in Tilsit abholen. Es waren insgesamt 260 Kartons, die wir nun endlich verteilen konnten. Unsere erste Station war hier der Kindergarten/Schule in Schillfelde, wo wir schon erwartet wurden. Das Abladen ging sehr schnell, denn man war gut vorbereitet mit vielen fleißigen Helferinnen. Einige von den dort abgeladenen Paketen sollten später an das Kinderheim in Grumbkowsfelde übergeben werden, das gerade renoviert wurde. Natürlich wurden wir auch in Schillfelde wieder zu einem Imbiss eingeladen. Die nächste Abladestation war dann bei einer Mitarbeiterin der Sozialstation Schloßberg, bevor es weiterging nach Ebenrode, wo wir auch einige Pakete abzugeben hatten. Herr Swinarenko, ehemaliger Landrat, nahm alles mit großer Freude entgegen. Als kleine Belohnung konnten wir uns mit einigem Obst aus seinem Garten stärken. Die letzte Abladestation war die Sozialstation in Lasdehnen. Da wir diese Stelle für sehr wichtig hielten, luden wir hier über 100 Kartons ab, die von dort bereits nach kurzer Zeit weiter verteilt wurden. Am nächsten Tag stand für alle ein Besuch der Stadt Königsberg auf dem Programm. Für diese Fahrt stellte uns die Kreisverwaltung einen Kleinbus zur Verfügung. Leider war dieser Tag durch sehr schlechtes Wetter geprägt, daher besuchten wir zunächst das Weltmeeres-Museum. Dort erfuhren wir etwas über die Flora und Fauna der Weltmeere. Anschließend schauten wir uns das Museumsschiff „Witjas“ am Pregelufer an. Seit 1990 wird die Witjas als Museumsschiff genutzt. Dieses Schiff, 1939 als deutsches Forschungsschiff „Mars“ gebaut, diente während des Krieges als Flüchtlingsschiff. Nach dem Krieg fiel das Schiff an Russland und legte bis 1979 als russisches Forschungsschiff 800000 Seemeilen zurück. Leider wurde aus einer Stadtbesichtigung nicht sehr viel wegen des Wetters. So schauten wir uns nur noch den Hansaplatz und natürlich den Dom an, bevor es zurück nach Lasdehnen ging. Der Freitagmorgen war durch Aufbruchstimmung gekennzeichnet. Aufregende, aber auch interessante Tage gingen zu Ende. Die Grenzkontrolle ging recht zügig, was wir auch unserer Dolmetscherin Irina zu verdanken hatten. So war noch genügend Zeit, die Hansestadt Danzig zu besichtigen. Unser Rundgang begann am „Grünen Tor“ und durch einen der vier Torbögen zum „Langer Markt“, einer breiten Straße, heute eine Fußgängerzone, auf der wir beidseitig die prächtige Giebelarchitektur der schmalen Bürgerhäuser im Renaissancestil betrachten konnten. Sehr beeindruckend sind unter anderem die Marienkirche, der Neptunbrunnen, das Krantor, der Artushof und die Langgasse. Die Zeit bei dieser interessanten Stadtbesichtigung verging wie im Fluge. Nun machten wir uns eiligst auf den Weg, um unsere nächste Unterkunft in der Nähe von Landsberg a. d. W. zu erreichen. Die letzte Etappe führte uns über Küstrin, Berlin, die A 24, den Rastplatz Gudow und Hamburg zurück nach Hause. Zu danken haben wir der Samtgemeinde Land Hadeln, der Grundschule Wanna, dem DRK, dem Kindergarten Ihlienworth/Odisheim, der Kirchengemeinde Wanna und den vielen fleißigen Spendern und Helfern, ohne die dieser Transport nicht möglich gewesen wäre.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Eindrucksvolles Wolkenschauspiel

Ein Spaziergang am See in der ostpreußischen Heimat macht süchtig nach mehr

Wald umschließt den See wie eine dunkle Spange. Es ist kein großer See. Von meinem Platz am östlichen Ufer, der einzigen Stelle, an der der Baumschatten zurückweicht und Gras, Sand und Schilf das Bild bestimmen, sind es vielleicht nur ein paar hundert Meter bis zum jenseitigen Ufer.

Seine Ausmaße sind bescheiden – seine Schönheit ist es nicht. Wind kräuselt die Wasserfläche, jagt die Wolken über sie hinweg. Der ständige Wechsel von Licht und Schatten sorgt für ein faszinierendes Farbenspiel. Dunkel, fast schwärzlich wirkt der See, wenn sich der Himmel verdüstert. Seine von Böen gepeitschten, aufrauschenden Fluten lassen mich frösteln – abweisend, ja, bedrohlich, scheinen mir plötzlich diese finsteren, wirbelnden Wassermassen.

Hellt es aber auf, zeigt der See sein harmlos-heiteres Alltagsgesicht, tanzen Sonnenreflexe übermütig auf den Wellenkämmen und glitzert es so silbrigblau, dass ich geblendet die Augen schließe. Stille und Einsamkeit umgeben mich von allen Seiten. Ich sauge beides in mich auf, selbstvergessen, sorgenlos – Meine Versunkenheit endet, als etwas Feuchtes, Kaltes an meine Hand stupst – „Ja, Fido – da bist du ja schon wieder!“, lächle ich und streiche meinem schwarzgelockten Begleiter über den Kopf. Fidos braune Augen blicken mich auffordernd an. „Du hast ja Recht!“, lache ich und stemme mich von den großen Steinblöcken ab, auf denen ich saß. „Zeit, weiterzugehen!“

Wir folgen dem Trampelpfad in östliche Richtung und tauchen nach wenigen Minuten in dichten Nadelwald ein, der sich hier aber in einem nur schmalen Streifen um den See schmiegt und den Blick schnell wieder freigibt.

Ich bleibe stehen. Endloser Himmel wölbt sich über mir: kaltes, blässliches Blau, durchsetzt von schnell dahin ziehenden Wolkenballen. Mein Auge kann sich nicht satt sehen an diesem Farben- und Formenspektrum: ob lichtes Weißgrau oder düsteres Violett, Bänder oder kompakte Ballen – die riesige, wahrhaft grenzenlose Weite des östlichen Himmels bildet eine großartige Bühne für dieses eindrucksvolle Wolkenschauspiel.

Auch Fido scheint den Ausblick zu genießen. Ganz still hockt er da mit hängender Zunge neben mir und betrachtet aufmerksam die sich in sanftem Auf und Nieder dahinschwingende Landschaft. Der Spaniel gehört meinen Wirtsleuten, einem Ehepaar, das den Sprung gewagt hat und seine niedersächsische Heimat gegen die der Vorfahren getauscht hat.

> Das Gastgeber-Ehepaar wagte den Sprung »nach Hause«

Der Wechsel scheint gelungen, die beiden fühlen sich hier sichtlich wohl und betreiben neben ihrer kleinen Landwirtschaft noch eine Ferienpension. Auch ich genieße meinen Aufenthalt und habe in Fido einen liebenswerten Begleiter gefunden, der sich nun jeden Morgen in Erwartung eines längeren Spaziergangs an meine Fersen heftet.

Für heute haben wir beide genug vom Wandern. Den ganzen Vormittag sind wir unterwegs gewesen; stille Feldwege, kaum befahrene Landstraßen, einsame Gehöfte und Dörfer im Dornröschenschlaf haben der Seele gut getan – nun verlangt der Magen sein Recht. Schließlich geht es auf Mittag zu, wie mir der rasche Blick auf die Uhr verrät.

Trotzdem lasse ich mir Zeit. Kalte, saubere Luft durchdringt mich: reinigend, belebend, Gedanken und Gefühle ordnend. Ich atme tief durch. Wann werde ich wieder unter diesem herrlichen Himmel wandern? Wann mich erneut dieser einzigartigen Stille hingeben können?

Auf dem Heimweg kommen wir noch durch ein Dörfchen, das über einen „Sklep“ verfügt. Ich nutze die Gelegenheit, für mich und Fido eine kleine Stärkung zu erstehen.

Mit einer Wurst für den Hund und einem mit Pilzen und Käse überbackenen Baguette für mich machen wir es uns trotz der Kälte draußen auf der Treppe bequem.

Mein Blick geht über die Dächer der geduckten Holzhäuser hinweg zu den in der Ferne verblauenden Wäldern. Macht dieses Land süchtig? Noch bin ich hier und träume doch schon vom Wiedersehen. *Renate Dopatka*

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

9-tägige Schiffs- und Busreise nach Tilsit-Ragnit-Nikolaiken-Kolberg – Die Reise begann am 30. September 2012. Die Reise führte zunächst von Hannover nach Rostock, wo wir das Fährschiff bestiegen, welches uns nach Gdingen bringen sollte. Das Wetter war sonnig, so war auch die Stimmung. Alle befanden sich an Deck mit einem Cocktail, um das Auslaufen mitzuerleben. Anschließend begann unsere Reise mit einem Büfett, welches so köstlich war, dass man gar nicht wusste, was man zuerst kosten sollte. Den anschließenden Sonnenuntergang erlebte man an Deck oder auch in der Außenkabine. Um acht Uhr polnischer Zeit erreichten wir Gdingen und weiter ging die Fahrt zu einer Besichtigung der Stadt Danzig. Die Weiterfahrt führte an Elbing vorbei zur polnisch-russischen Grenze, wo wir eigentlich schnell und zügig abgefertigt wurden. Das Königsberger Gebiet war nun unser Ziel. Wir übernachteten im „Hotel der Begegnung“ und die Chefin bewirtete uns wie immer gut und reichlich. Alle waren zufrieden und so war ich es auch, da alle miteinander eine ganz tolle Gemeinschaft waren. Der nächste Tag führte uns in die verschiedenen Kirchspiele, welche schon im Bus abgefragt wurden, wer wo was besuchen möchte. Sogar zwei Damen aus Kanada waren auf den Spuren der Vergangenheit. Ein Besuch im Museum Breitenstein durfte natürlich nicht fehlen, und Tilsit mit dem Elch und der Luisenbrücke waren ein Foto wert. An dem nächsten freien Tag konnte jeder mit dem Taxi auf eigene Faust etwas unternehmen oder mit dem Bus nach Trakehnen und zur Rominter Heide fahren. Das Wetter war leider so stürmisch, Blitz und Donner begleiteten uns. Wir mussten uns einen Platz suchen, wo keine Bäume waren. In Trakehnen sahen wir, wie eine dicke Eiche zu Boden stürzte. Aber wir ließen uns durch nichts beirren, das Wetter beruhigte sich und weiter ging es durch die Rominter Heide. Auch hier waren Bäume umgestürzt. Unsere kräftigen Männer aus dem Bus zerrten die Äste zur Seite und so konnten wir weiter fahren. Vorbei an wunderschönen Seen, wo wir dann auch einen Stopp einlegten. Anschließend fuhren wir nach Gumbinnen zum Abendessen und erlebten in der Kirche ein Konzert des Kant-Chores. Alle waren begeistert und wir fuhren für die letzte Nacht nach Ragnit. Den nächsten Tag verbrachten wir in Königsberg. Während der Stadtrundfahrt begleitete uns die russische Reiseleiterin Larissa und so konnte, wer wollte, den Dom von innen besichtigen. Eine kleine Bootsfahrt auf dem Pregel war für alle ein besonderes Erlebnis. Das Königsberger Bernstein Museum wurde auch angeboten und besucht. Dann ging die Reise weiter nach Nikolaiken. Ein tolles Hotel nahm uns in Empfang. Es regnete in Strömen, aber als wir ankamen, schien die Sonne und wir bekamen ein Wetter wie im Bilderbuch. Wir hatten eine polnische Reiseleiterin, die richtig ostpreußisch sprach und uns mit Witz und Charme begleitete. Heiligen Linde, die berühmte Barockkirche und das Gut der Familie Lehndorf durften nicht fehlen. Ein Besuch bei Christel in Zondern war eingeplant und wir saßen in einer Scheune, die extra für Besucher ausgebaut war, bei köstlich selbstgebackenem Hefekuchen und Kaffee satt. Am nächsten Tag nach dem Frühstück fuhren wir per Schiff von Nikolaiken über die Masurischen Seen. Wir hatten nun 32 Grad Wärme, ja keine Erfrischung. Der Bus brachte uns in Richtung Eckertsdorf. Hier besuchten wir das Philipponenkloster, in dem Altgläubige einer russischen Religionsgemeinschaft Aufnahme fanden. Allenstein begrüßte uns mit Donner, Blitz und Regen. Wir flüchteten in die Jakobus-Kirche und fuhren nach Marienburg zur Übernachtung. Eine Besichtigung der imposanten Burganlage folgte nach dem Frühstück. Durch die wunderschöne Kaschubei fuhren wir nach Pommern ins Ostseebad Kolberg zur letzten Übernachtung. Für mich war es eine der schönsten Reisen. *Eva Lüders*



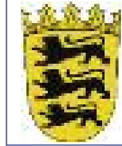
TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Vorstand – Auf seiner Herbstsitzung in Riesa beriet der Vorstand aktuelle Fragen der weiteren Arbeit. Es ist gelungen, für die Mitarbeit in der Stadtvertretung neue Mitglieder zu interessieren. Mit derzeit 19 Mitgliedern wird sich die Stadtvertretung auf der Mitgliederversammlung im kommenden Jahr in Osnabrück zur turnusmäßigen Wahl stellen. Die Mitgliederversammlung wird im Zeichen des 65-jährigen Bestehens der Kreisgemeinschaft Tilsit-Stadt stehen. Ihre Geburtsstunde schlug 1948 in Wesselburen. Zur Debatte stand die Auszahlung der Bruderhilfe 2012. Sie wird an bedürftige Russlanddeutsche in Tilsit in diesem Jahr ausnahmsweise aus eigenen Mitteln vorgenommen. Anlässlich des Tilsiter Stadtfestes herrschte Einvernehmen darüber, dass die Bewahrung des Andenkens an die Stadt als gemeinsames Anliegen von Deutschen und Russen zu betrachten sei. Es ist begrüßenswert, dass die russischen Bewohner sich auf die jahrhundertealte Geschichte und Kultur besinnen. Ausgehend von der satzungsgemäßen Aufgabe, die Wiederherstellung von Erinnerungsstätten in Gemeinschaft mit der dortigen Bevölkerung zu unterstützen, soll zur Wiederaufstellung des Luisendenkmals im Park Jakobsruh mit einer Spende beigetragen werden. Manfred Urbschat berichtete über Rationalisierungsmaßnahmen in der Geschäftsstelle, die die Billigung des Vorstands fanden. Breiten Raum nahmen Fragen der Öffentlichkeitsarbeit ein. Sie trägt sowohl im Ostpreußenblatt als auch in der Homepage und im Heimatbrief „Land an der Memel“ wesentlich dazu bei, Tilsit im Bewusstsein der Öffentlichkeit wachzuhalten. Sie hilft auch, den Zusammenhalt der gegenwärtig noch 3900 in der Stadtgemeinschaft vereinten Mitglieder zu wahren und zu vertiefen. Als gelungen wurde das Heimattreffen im April in Halle und die sieben Treffen der Tilsiter Schulgemeinschaften eingeschätzt. Den Schulgemeinschaften wird auch im kommenden Jahr Unterstützung zuteil. Die Vorstandssitzung war von einem konstruktiven Miteinander geprägt und hat Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit im nächsten Jahr geschaffen.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Esslingen – Sonntag, 21. Oktober, ab 14 Uhr, Waldheim, ES-Zollberg: Die Landsmannschaft lädt zum traditionellen Heimatfest unter dem Motto „Melodien, die zu Herzen gehen, Lieder der Heimat und mehr“ ein. Das Programm beinhaltet Volkslieder und Klassik, dargeboten von einer klangvollen Sopranstimme mit Klavierbegleitung. In Ergänzung sind harmonische Klänge von Saxofon und Klavier vorgesehen. Jedermann ist herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei!

Ludwigsburg – Dienstag, 23. Oktober, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Herbstfest.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonntag, 21. Oktober, 15 Uhr, Orangerie: Bericht von der Ost- und Westpreußenreise in diesem Jahr. Die Reiseteilnehmer werden dazu ebenso eingeladen.

Augsburg – Sonnabend, 20. Oktober, 13 Uhr, Tapas4you, ehemals Riedinger Park: Versammlung und Vortrag von Ernst Schroeder, Vorsitzender der Pommern in Bayern, „Polen und Deutsche in Pommern“.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 2. November, 14.30 Uhr, Gaststätte Auf der Lände: Treffen der Gruppe.

Ingolstadt – Sonntag, 21. Oktober, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Müchner Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

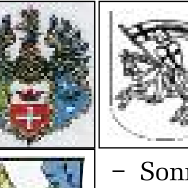
Kitzingen – Donnerstag, 1. November, 15 Uhr, Neuer Friedhof: Feierstunde mit Kranzniederlegung und Totenehrung am Kreuz der Vertriebenen.

Landshut – Dienstag, 6. November, 12.30 Uhr, Treffpunkt Nordfriedhof, 13.30 Uhr Hauptfriedhof, Eingang Marschall-Straße: Gedenken der verstorbenen Landsleute. Anschließend 15 Uhr, Treffen im Café Blaue Stunde.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





Königsberg / Samland / Labiau – Sonntag, 21. Oktober, 14 Uhr, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Auskunft bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.

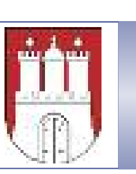


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Freitag, 9. November, 12 Uhr, Grothenn's, Arberger Heerstraße 101, (Telefon 480020): Diesjähriges **Entenessen**. Der Preis beträgt 22 Euro. Dafür gibt es Hochzeitsuppe, Ente satt, Rotkohl, Rosenkohl, Salzkartoffeln, Klöße und viel Soße. Zu erreichen ist die Gaststätte ab Endhaltestelle Sebaldsbrück oder Weserwehr mit der Linie 40 bis zur Haltestelle „Colshornstraße“ bei der Arberger Mühle. Anmeldungen ab sofort möglich, spätestens bis zum 5. November bei Frau Richter (Telefon 405515) oder in der Geschäftsstelle Parkstraße 4, Telefon 3469718.

Bremerhaven – Freitag, 26. Oktober: Die Gruppe feiert ihr 86. Stiftungsfest. Gäste sind herzlich willkommen, Anmeldung bei Marita Jachens-Paul, Telefon (0471) 86176.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

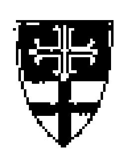
Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 29. Oktober, 12 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag mit traditionellem Schmand-Schinken-Essen. Dazu wird ein sehr schönes und anspruchsvolles Programm geboten. Eine Anmeldung ist erforderlich unter Telefon (040) 7545878.

KREISGRUPPE



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel „Zum Zeppelin“, Frohmestraße 123. Rückfragen bei Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040)

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



Die Kreisgemeinschaft Lyck trauert um

Gotthilf Willutzki

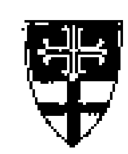
* 15. 1. 1930 in Lyck — † 5. 10. 2012 in Delmenhorst

Träger der Bundesverdienstmedaille und des Silbernen Ehrenzeichens der LO

Gotthilf Willutzki war seit 1992 Ortsvertreter seines Heimatdorfes Plötzendorf. Er erwarb sich große Verdienste durch die Renovierung von etwa 30 Soldatenfriedhöfen und etlichen zivilen Friedhöfen im Kreis Lyck. Die Kreisgemeinschaft Lyck ist ihm für seine Arbeit sehr dankbar. Die Urne mit seinen sterblichen Überresten wird auf dem Familienfriedhof seiner Eltern in Plötzendorf beigesetzt. Die Lücke, die er hinterlässt, wird sehr schwer zu schließen sein.

Gotthilf Willutzki bleibt in unseren Reihen unvergessen.

Gerd Bandilla Kreisvertreter — **Siegmar Czerwinski** Stellv. Kreisvertreter



Die Kreisgemeinschaft Lyck trauert um

Alfred Faltin

* 5. 10. 1923 in Borschimmen, Kr. Lyck — † 8. 10. 2012 in Berlin

Träger des Silbernen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen

Alfred Faltin war sei 1991 Bezirksvertreter von Borschimmen und damit Mitglied des Kreistages der Kreisgemeinschaft Lyck. Er war ein sehr heimatverbundener Mensch. Die Beziehungen der letzten Jahre zu seinem Heimatdorf waren in jeder Hinsicht vorbildlich. Viele Kirchspieltreffen in Bad Pyrmont hat er organisiert. In Berlin war er Stellvertretender Kreisbetreuer der Lycker Gruppe.

Alfred Faltin wird uns fehlen.
Wir werden ihn im guten Gedenken behalten.

Gerd Bandilla Kreisvertreter — **Siegmar Czerwinski** Stellv. Kreisvertreter

Was bleibt ist Liebe, Dank und Erinnerung.

Charlotte Bux
geb. Skupio

*27. 10. 1921 Bartendorf, Kreis Lyck — † 30. 9. 2012 Dortmund

In stiller Trauer
Otto Bux
Regina Rimkus, geb. Bux
und Jörg Rimkus
Ute Bux

44379 Dortmund-Kirchlinde, Faberstraße 32.

Wir nehmen Abschied von

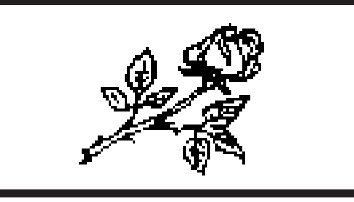


Jürgen Ulonska

*14. 7. 1938 Königsgut, Ostpr. — † 14. 9. 2012 Emden

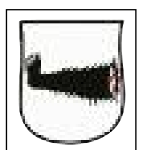
Im Namen der Hinterbliebenen
Wolfgang Ulonska

An der Mole 2, 23966 Wismar



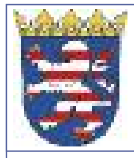
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de



Sensburg – Sonntag, 21. Oktober, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Erntedankfeier. Gäste sind herzlich willkommen.

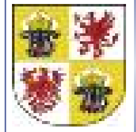
Landesgruppe Westpreußen – Mittwoch, 24. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8 (nahe S-Bahnstation Stadthausbrücke): Musikalisch-literarischer Nachmittag der LM Westpreußen mit Kaffeetafel im Saal der 1. Etage (auch mit Fahrstuhl erreichbar). Die Sängerin und Kabarettistin Katharina Fast wird Lieder zur Laute, teils im Weichselplattdeutsch, das sie von ihren mennonitischen Vorfahren her kennt, vortragen. Gäste sind willkommen. Der Eintritt ist frei.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Kassel – Dienstag, 6. November, 14.30 Uhr, Restaurant Alt-Süsterfeld, Eifelweg 28, 34134 Kassel: ab 15 Uhr Advents- und Vorweihnachtsfeier. Dorothea Deyß gestaltet das Programm mit ihrem Singkreis in bewährter Weise. Die Weihnachtsansprache hält Pfarrer i.R. Alfred Scherlies.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe / Anklam – Großes Herbsttreffen der Ostpreußen – Das alljährliche Große Herbsttreffen der Ostpreußen findet am Sonnabend, 27. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“ Anklam, Baustraße 48-49 / Nähe Markt, statt. Dazu sind alle Landsleute von nah und fern mit Angehörigen und Interessenten herzlich eingeladen. Das Programm gestalten der Posaunenchor Bansin, das Fritz-Reuter-Ensemble Anklam und der Shanty-Chor Karlshagen/Usedom. Vom Landestreffen in Schwerin gibt es einen „Nachschlag“ mit einer Saalrunde „Bärenfang“. Außerdem startet wieder die Aktion „Weihnachtspäckchen für Ostpreußen“. Die Heimatkreise sind wie immer ausgeschildert. Für Mittagessen, Kaffee und Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher und Landkarten ist wie immer gesorgt. Parkplätze sind in der Nähe.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig-Stadt – Mittwoch, 24. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant (Eingang Seniorenclub Stadtpark), Jasperallee 42. Bunter Herbstnachmittag mit Kaffee und Kuchen. Um lustige Beiträge zur Unterhaltung wird gebeten.

Buxtehude – Sonnabend, 27. Oktober, 15 Uhr, Hoheluft: Literaturkaffee. Vor 124 Jahren wurde Ernst Wiechert im masurischen Forsthaus Kleinort geboren. Wiechert gehörte vor 1940 zu den vielgelesenen Schriftstellern, heute ist er bei uns fast unbekannt. Dafür wird er in Polen sehr geschätzt und immer mehr seiner Bücher werden ins Polnische übersetzt. Die Gruppe will seiner gedenken. Für Kaffee und Kuchen wird ein kleiner Unkostenbeitrag erhoben, dafür wird um eine entsprechende Spende gebeten. Anmeldung bitte bis zum Montag, 22. Oktober bei Lydia Wander, Telefon (04161) 87918.

Oldenburg – Bericht über die Versammlung am 10. Oktober –Die Frauengruppe der Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg feierte ihren Erntedanknachmittag mit einem umfangreichen Basar, vollbeladen mit Produkten unserer heimischen Ernte: Äpfel, Kartoffel, Blumen, Walnüsse, auch vielem Selbstgemachten wie Apfelmus, Marmelade oder Süßsaures! Die Damen und Herren der Frauengruppe haben viel Fantasie und sind fleißig gewesen. Zum Erntedank wurden „Gedanken zum Erntedankfest“ von Gisela Borchers und Berthold Hirsch gelesen und das schöne, dazu passende Lied „Wir pflügen und wir streuen“ gesungen. Textbeiträge zum Umgang mit der häuslichen Gartenernte wechselten sich mit herbstlichen Volksliedern ab. Mit einem Beitrag aus dem Ostpreußenblatt über die Kornmuhme und dem Ostpreußenlied ging nach zwei Stunden ein kurzweiliger Nachmittag zu Ende. – Am 14. November erwartet die Gruppe eine Lesung in „Pommersch‘ Platt“ von Erhard Brüchert, Spieker-Baas des Oldenburger Heimatbundes für niederdeutsche Kultur. Um 15 Uhr im Stadthotel Eversten.

Rinteln – Donnerstag, 8. November, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: **Wisent und Auerochse – Wenig bekannte Wildrinder in Ostpreußens Wäldern.** In den riesigen Wäldern in Ostpreußen waren Tiere heimisch, die wir heute fast nur aus Abbildungen oder zoologischen Gärten und Wildparks oder Gehegen kennen. Über zwei dieser Tierarten wird der Diplombiologe Dr. Hans-Walter Butschke aus Lemgo einen Vortrag halten. Beim Monatstreffen der Landsmannschaft der Ostpreußen, Westpreußen und Danziger geht es um den Auer(ochsen) oder Ur und den Wisent. Beide gibt es als frei lebende Wildtiere längst nicht mehr. Der Auerochse ist in Ostpreußen spätestens zwischen 1510 und 1527 ausgestorben. Der letzte ostpreußische Wisent wurde 1755 von einem notorischen Wilderer erlegt – gerade aus der Festungshaft wegen Wilderei entlassen, wurde er zu sechs weiteren Jahren verurteilt. Sicherlich wird Dr. Butschke noch viele weitere interessante Informationen zum Thema Wisent und Auerochse bereithalten. Der Eintritt ist frei, Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Informationen gibt es beim Vorsitzenden Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 7. November, 15 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe.

Bielefeld – Montag, 5. November, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen, und da der 1. November ein Feiertag ist, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Donnerstag, 8. November, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Ostpreußisch Platt.

Düsseldorf – Mittwoch, 7. November, 15 Uhr, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 8. November, GHH/Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 9. November, 18 Uhr, Restaurant Frankenheim, Wielandstraße 14 (Werhahn): Traditionelles Gänseessen. Anmeldungen erbeten bis 3. November.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Wesel – Erntedankfest. Die Kreisgruppe Wesel führte ihr traditionelles Erntedankfest durch. Mit den Worten: „Für die eingebrachte Ernte, Gott zu danken, das sollte jeder von uns tun, gleich Stadt- oder Landmensch“, konnte der 1. Vorsitzende Paul Sobotta eine stattliche Schar von Erntehelfern in der auf Erntedank geschmückten Heimatstube begrüßen und willkommen heißen. Er erinnerte an die großen Erntezeiten in der angestammten Heimat vor der Vertreibung. Viele Menschenhände wurden bei dieser harten Arbeit gebraucht. Große Erntemaschinen besorgen heute diese Arbeiten, und man weiß gar nicht, dass es richtig Erntezeit ist. Dann begann das vielseitige Ernteprogramm, das von dem Ehrenvorsitzenden-Ehepaar Koslowski ausgearbeitet war. Die drei Schnitterinnen Waltraut Koslowski, Irma Laukmichel und Gertrud Zuch trugen Gedichte und Geschichten vor. Nach der „harten Arbeit“ wurde sich mit dem aufgetragenen Kartoffelsalat und Würstchen gestärkt. Der Höhepunkt des Erntefestes war eine schöne Tombola mit vielen Preisen. Sichtbar zufrieden, machte man sich nach geraumer Zeit auf den Heimweg.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 3. November, 14.30 Uhr, Heimatstube, Lutzerstraße 20: Heimatnachmittag.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen. – Sonnabend, 3. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Heimatnachmittag mit Film über Ostpreußen „Ermland und Masuren“.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen des Kulturkreises Simon Dach unter der Leitung von Ingrid Labuhn zur Chorprobe. – Freitag, 26. Oktober, 14 Uhr (Einlass ab 13 Uhr), Clausstraße 27: Veranstaltung über die ostpreußische Dichterin **Agnes Miegel** und Wahl des neuen Vorstandes der Kreisgruppe Chemnitz. – Nach der Sommerpause traf sich im September die Kreisgruppe Chemnitz zu einem **Filmnachmittag** in der Clausstraße. Ingrid Labuhn begann mit der Kulturgruppe „Simon Dach“ mit dem Lied von Ernst Wiechert „Es geht ein Pflüger übers Land“. Nachdem die Teilnehmer in den letzten Jahren diesen Tag mehr oder weniger fröhlich, heiter-besinnlich gestaltet haben, stellten sie diesmal den Ernst des Tages in den Vordergrund. Jeder vierte Einwohner der ehemaligen DDR ist selbst oder ein Nachkomme derer, die aus der Heimat vertrieben wurden. Barbara Ruppert las das Gedicht „Flüchtling unter Flüchtlingen“ von Elisabeth Bernet vor. Im Herbst 1945 befanden sich bereits 530 000 „Umsiedler“ in Sachsen. Dieses Wort „Umsiedler“ war im Sprachgebrauch der sowjetischen Besatzungszone üblich. Aber jeder von uns weiß, dass wir nicht umgesiedelt sind, wir waren Flüchtlinge. Alle Angekommenen wurden in Lagern registriert und medizinisch versorgt. Dr. Bernhard Fisch hat zu seinem Vertriebenen-Leben ein Buch geschrieben. Der Autor wird demnächst zu einer Lesung eingeladen. Helmut Silla, im Kreis Lyck geboren, führte den Film „Fremde Heimat“ vor. Liegen diese Ereignisse auch viele Jahre zurück, so bewegen diese Schicksale sowie das selbst Erlebte immer wieder und führt zu Diskussionen. Aber darüber zu reden hilft immer wieder, die Vergangenheit zu verarbeiten. Es ist einfach gut, dass seit 20 Jahren diese Gespräche mit Gleichgesinnten geführt werden können. An diesem besinnlichen Tag hat die Gruppe aber auch eine freudige Stunde gehabt. Sie konnte drei Frauen des Vereins mit der Silbernen Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen auszeichnen. Als erste zeichnete die Vorsitzende Sieglinde Langhammer das Vereinsmitglied Renate Lohs aus. Frau Lohs ist 1929 in Lyck geboren und seit 1992 in der Kreisgruppe aktiv tätig. Sie trägt wesentlich zur Erhaltung und Pflege ostpreußischen Brauchtums bei. Mit ihrem Bericht über die Bombardierung Dresdens, die sie selbst erlebte, leistete sie einen wichtigen Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit. Danach wurde Martha Micklisch, 1935 in Kaulbruch geboren, ausgezeichnet. Sie ist ebenfalls seit 1992 Mitglied in der Kreisgruppe. Ihre ostpreußischen Handarbeiten sind nicht nur im Verein gefragt, sondern überall wo wir Ostpreußen an Ausstellungen teilnehmen. Als dritte im Bunde wurde Eliesabeth Seelig, geboren 1947, ausgezeichnet. Obwohl Frau Seelig nicht mehr in Ostpreußen geboren wurde, ist sie seit 1992 Mitglied und mit ganzem Herzen in dem Verein. Für die Aufarbeitung und Bewahrung der Geschichte und Kultur Ostpreußens setzte sie sich voll und ganz ein. Sie übernahm viele Aufgaben im sozialen Bereich, sie betreute mit großem Einfühlungsvermögen hilfsbedürftige Senioren. Als Beisitzer kommt sie ihren Verpflichtungen gewissenhaft nach. Die Gruppe wünscht allen drei Frauen alles Gute und bedankt sich auf diese Weise für ihre geleistete Arbeit.

SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Gardelegen – Freitag, 26. Oktober, 12 Uhr, Gasthaus Zum Krug: „Erntedank- und Schlachtefest in Weteritz“. Mit Programm.

Magdeburg – Dienstag, 30. Oktober, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 9. November, 15 Uhr, Sportgaststätte TUS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singproben des Singekreises



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – An der herbstlich geschmückten Kaffeetafel im Oktober ging Gisela Brauer in ihren Worten zum **Erntedank** auch darauf ein, wie in alten Kulturen für eine gute Ernte gedankt wurde. Im antiken Griechenland brachte man der Getreidegöttin Demeter Ernte-Opfer. Die alten Römer huldigten Ceres. Und die Germanen ließen Ährenbüschel auf den Feldern stehen, auf dass die nächste Ernte gut werde. „Sukkot“ heißt Erntedank in Isreael, Thanksgiving in den USA. Katharina Makarowski berichtete über Schloss Rheinsberg in Brandenburg. Ein Besuch dort ist eine Reise in die brandenburg-preußische Geschichte. Schloss Rheinsberg war ursprünglich eine Wasserburg aus dem Jahr 1566. 1734 bis 1740 wurde Rheinsberg umgebaut als Wohnsitz für Kronprinz Friedrich (II). Hier hatte er bis zu seinem Regierungsantritt 1740 eine unbeschwerte und für seine Interessen ausgefüllte Zeit. Danach lebte und wirkte sein Bruder, Prinz Heinrich, dort. Nach 1945 nutzte die DDR das Schloss unter anderem als Sanatorium. Erhebliche Sanierungsarbeiten waren nach der Wende erforderlich. Die 61 Räume sind zum größten Teil fertiggestellt und können besichtigt werden. Schloss Rheinsberg ist eine Reise wert auch wegen der zauberhaften Landschaft mit 22 Seen.

Flensburg – Sonnabend, 27. Oktober: **Fahrt nach Dithmarschen,** Land und Dithmarscher, echtes Dithmarscher Kohlessen (kein Grünkohl) in Windbergen. Die Anwesenheit der „Kohlkönigin 2012“ ist eingeplant. Kohlrundfahrt, dabei ein Hofbesuch. Die Leitung in Dithmarschen hat Herr Beer aus Windbergen. **Achtung: Änderung der Abfahrtszeiten!** Ab ZOB um 7.30 Uhr, ab Exe, Markthalle um 7.40 Uhr.

Malente – Die Ortsgruppe hatte am 5. Oktober zu einer **Erntedankfeier** in der evangelischen Maria-Magdalenen-Kirche in Malente eingeladen. Bei der sehr gut besuchten Feier in der mit Garten- und Feldfrüchten geschmückten Kirche sprach Pastorin Bettina Grunert besinnliche Worte zum Erntedankfest, wobei auf frühere beschauliche Erntezeiten in Ostpreußen und Schlesien hingewiesen wurde, aber auch die schwierigen Jahre der Nachkriegszeit wurden angesprochen. Der Vorsitzende der Landsmannschaft, Klaus Schützler, begrüßte den Bürgervorsteher der Gemeinde Malente, Edwin Strehler, den Kreisvorsitzenden der Landsmannschaft Edwin Falk aus Eutin sowie den Kreisvertreter von Rastenburg, Hubertus Hilgendorff. Beim anschließenden gemütlichen Beisammensein bei Kaffee und Kuchen im festlich geschmückten Gemeindehaus der evangelischen Kirche, bei der über 50 Personen anwesend waren, wurden Gedanken an die heimatlichen Erntedankfeiern ausgetauscht und allerlei heimatliche Kurzgeschichten vorgetragen. Auch wurde gesungen, so das Ostpreußenlied und das Schlesierlied. Dieser Tag gab aber auch Veranlassung, Gedanken zum „Tag der Deutschen Einheit“ auszutauschen. Mit dem Gesang des Schleswig-Holstein-Liedes fand ein festlicher Nachmittag seinen Ausklang.

Mölln – Mittwoch, 24. Oktober, 15 Uhr, Quellenhof Mölln: Herr Thiel, Moderator der deutschen Verkehrswacht, hält einen Vortrag über das Thema **„Sicher mobil für ältere Verkehrsteilnehmer.“** Das Programm richtet sich an aktive Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer ab 50 Jahren. Sicher mobil bleiben – das wünschen sich viele Menschen auch im Alter. Wer sich rechtzeitig mit dem Thema beschäftigt, offen für Neues ist, hat gute Chancen dazu. Dabei geht es unter anderem um folgende Themen: Wege planen, Verkehrsmittel wählen, um die Leistungsfähigkeit, Gesundheit, technische Ausstattung am Fahrzeug, Nutzung von Hilfen und vieles mehr. Die Moderatoren sind von der deutschen Verkehrswacht speziell dafür ausgebildet. Zu diesem Nachmittag laden wir auch die Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln sehr herzlich ein.

Geschenk für OL

Witwe übergibt kostbare Fahne aus Nachlass



Erinnerung an Gründung des „Vereins der Ost- und Westpreußen in Kiel“ von 1903: Jörn Barfod, Barbara Hinrichs, Betty Petersdorf und Döring-Ernst v. Gottberg (v.l.n.r.) mit dem neuen Museumsexponat Bild: privat

Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg ist um ein Exponat reicher geworden. Am 26. September übergab die Witwe von Günter Petersdorf, dem langjährigen Vorsitzenden der Ostpreußischen Landsmannschaft in Schleswig-Holstein, ein kostbares, zweiseitig besticktes Fahnentuch aus dessen Nachlass dem Museum, auf dessen Rückseite sich die handgestickten Jahreszahlen 1903 und 1905 befinden. Diese sollen an die Gründung des Landesverbandes erinnern.

1865 wurde Kiel preußischer Flottenstützpunkt. Viele Offiziere und Mannschaften der Marine zogen mit ihren Familienangehörigen aus Ostpreußen nach Kiel. Aus ihrem Heimatgefühl heraus und zur Pflege ostpreußischen Kulturgutes gründeten sie um die Jahrhundertwende den „Verein der Ost- und Westpreußen in Kiel“, der 1903 beziehungsweise 1905 zum eingetragenen Verein wurde. *PAZ*

Ostpreußisches Landesmuseum

Veranstaltungen:

Sonnabend, 3. November bis Sonntag 4. November, 10 bis 18 Uhr: **Museumsmarkt**. Tradition und Moderne. Unter dem Motto „Traditionelles und Modernes“ findet der beliebte Museumsmarkt jährlich am ersten Novemberwochenende im Ostpreußischen Landesmuseum statt. 26 Aussteller zeigen ihre aktuellen Arbeiten und lebendiges Handwerk: Gewebtes aus Leinen, Unikate aus Wolle, hochwertige Silberschmiedearbeiten, Skulpturen aus Holz, Spielzeug aus dem Erzgebirge, handgeflochtene Korbwaren, künstlerische Keramik, Baltischer Bernsteinschmuck, Für Kreativität sorgt auch das museumspädagogische Team, wo den Kindern unter fachlicher Anleitung die Möglichkeit zum Drucken und Malen geboten wird. Dieses Jahr lockt zudem eine Tombola mit tollen Gewinnen, die mit großem Engagement von den ehrenamtlichen Mitarbeitern des Museums organisiert wurde. Kosten: 1,50 Euro

Dienstag, 6. November, 14.30 Uhr: **Die Deutsche Minderheit in Danzig.** Die ehemalige Kulturmanagerin in Danzig, Franziska Lein, berichtet im Rahmen der Reihe Museum Erleben über den Bund der Deutschen Minderheit in Danzig. Kosten: 5 Euro (inklusive Kaffee + Gebäck)

Donnerstag, 15. November, 19 Uhr (Einlass ab 18.30 Uhr): **Dichtung und Neue Musik – W.G. Sebald.** Konzert mit Lesung im Rahmen der Reihe „Tradition und Fortschritt. Neue Musik im Museum“. Ein spartenübergreifender Abend mit Helmut W. Erdmann (Flöten und Live-Elektronik) und Michael Purukker rund um den heute wohl meist diskutierten Autor im deutschsprachigen Raum. Unter der Intendanz von Prof. Helmut W. Erdmann bietet das Ostpreußische Landesmuseum in Zusammenarbeit mit dem Fortbildungszentrum für Neue Musik in Lüneburg eine innovative Veranstaltungsreihe an. Kosten: 9 Euro / ermäßigt 6 Euro.

Sonntag, 18. November, 15 Uhr: **Auf schmalem Land – Ein Roman mit einer besonderen Geschichte Lesung mit Elfriede Brüning.** Elfriede Brüning wurde im November 1910 in Berlin geboren. Als junge Journalistin erhielt sie 1934 den Auftrag, über die Segelfliegerausbildung auf der Kurischen Nehrung zu berichten, erkannte aber schnell, dass es sich um die Vorbereitung von künftigen Piloten der Luftwaffe handelte. Sie gab den Auftrag zurück, blieb aber für einige Monate auf der Nehrung und lernte das Leben und die Sorgen der Menschen kennen. So entstand der Roman „Auf schmalem Land“, der wie durch ein Wunder noch 1938 erscheinen konnte, denn die Autorin hatte sich vor 1933 der linken Bewegung angeschlossen und war 1935 verhaftet worden. Mit der erneuten Veröffentlichung ihres Romans „Auf schmalem Land“ 2009 wurden ihre Erlebnisse in Ostpreußen nach Jahren des Nichtdaran-Denkens wieder aktuell. Elfriede Brüning lebt auch weiterhin in Berlin. Kosten: 4 Euro.

Dienstag, 20. November, 14.30 Uhr: **„Seit einiger Zeit wird der Sinn für Kunst auch in Königsberg lebhaft rege.“** Die Königsberger Kunstakademie im 19. Jahrhundert. Königsberg besaß seit 1845 eine von lediglich vier Kunstakademien im ganzen Königreich Preußen. Kosten: 5 Euro (inklusive Kaffee + Gebäck).

OL

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, E-Mail: presse@ol-lg.de

Porträts gegen das Vergessen

Hamburger Preisträgerin stellt in der Nürnberger Akademie Fotografien aus



Preisgekrönte Fotos: Eindrücke von der Ausstellung „Generation Flucht“ Bild: Fritsche

Verena Berg präsentiert bis zum 11. November ihre Dokumentation „Generation Flucht“ in der Nürnberger Akademie am Gewerbemuseumsplatz in Nürnberg. Dabei handelt es sich um eine Verbindung von Porträtfotos, Naturbildern und Protokollen, die für den Lagois-Fotowettbewerb 2012 des Evangelischen Presseverbandes für Bayern entstanden.

Zum Lagois-Preis gehörte diesmal auch ein Förderpreis. Mit ihm werden Foto-Projekte unterstützt, die erst noch realisiert, beziehungsweise erweitert oder beendet werden sollen – vorzugsweise zu sozial- oder gesellschaftspolitischen Themen. Die Gewinnerin des diesjährigen Förderpreises, zu dem über 50 Bewerbungen eingingen, war die Hamburger Fotografin Verena Berg. Die 30-jährige Fotokünstlerin studierte visuelle Kommunika-



Berg will an die Geschichte der Großeltern erinnern

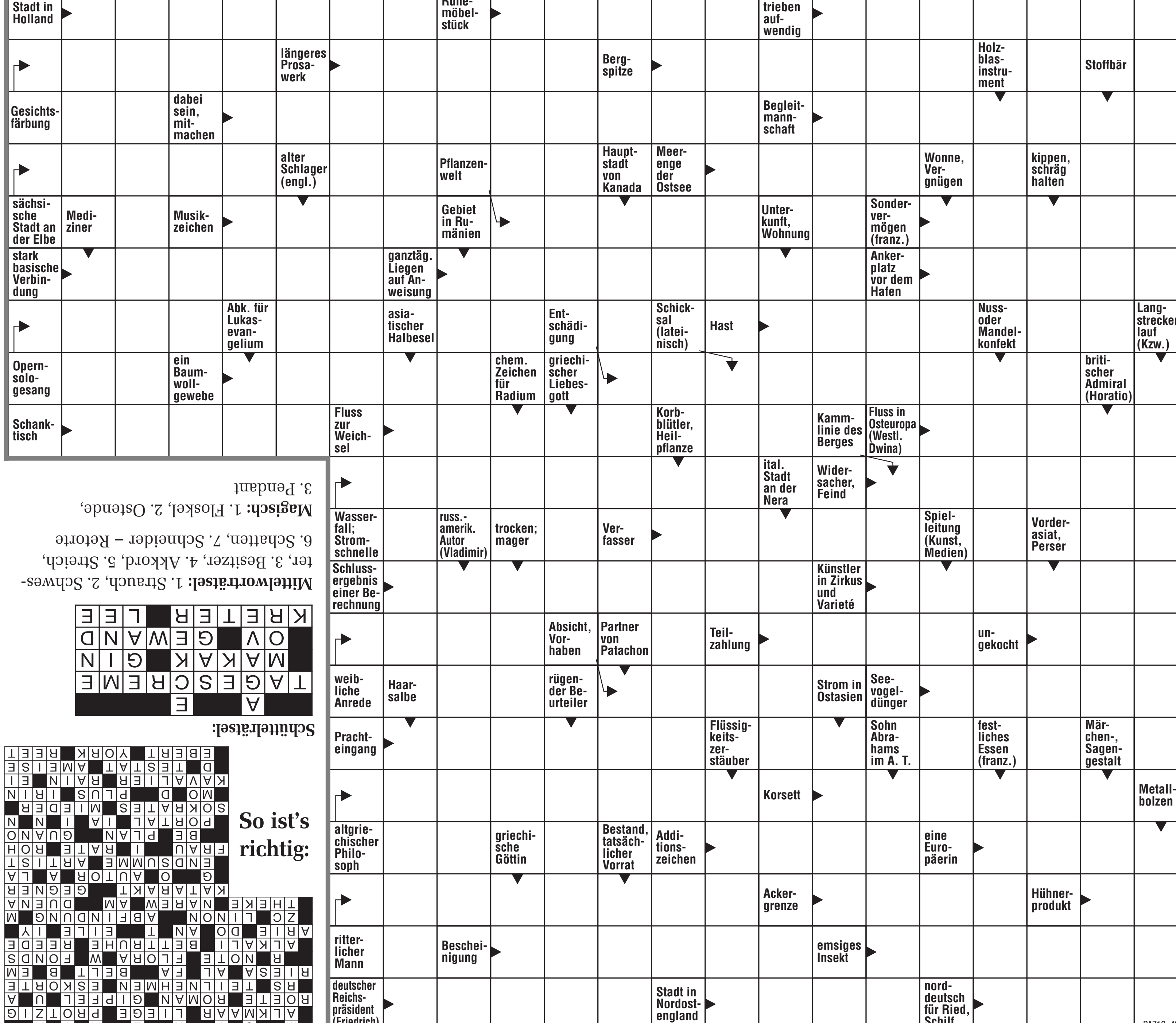
tion an der Kunsthochschule Kassel mit Schwerpunkt Fotografie bei Professor Bernhard Prinz und war von 2010 bis 2012 Meisterschülerin bei Professor Arno Fischer an der Ostkreuzschule für Fotografie in Berlin.

Verena Berg sagte zu ihrem Projekt: „Ich möchte Zeitzeugen porträtieren, die während des Zweiten Weltkrieges aus ihrer Heimat fliehen mussten“. Der Zweite Weltkrieg habe eine beispiellose Völkerwanderung ausgelöst, fast zwölf Millionen Menschen seien von Flucht und Vertreibung betroffen gewesen. „Ich möchte durch eine offene und ehrliche Dokumentation an die Geschichte unserer Großeltern, Eltern, Geschwister und Freunde erinnern, damit dieser Teil der deutschen Geschichte nicht in Vergessenheit gerät“, so Berg weiter.

Verena Berg hat die Fluchtgeschichte von Herbert Schaak aus Markienen, Heinzgeorg Neumann aus Friedeberg in der Neumark, Irmgard Klaaßen aus Bartenstein und Brigitte Krenz aus Marienburg zusammen mit je einem Porträt und einem stimmungsvollen Naturbild zu einer Installation zusammengefasst. Die gleiche Gestaltung wählte Berg auch bei den Verfasserinnen der Bücher „Das gestohlene Jahrzehnt“ von Ruth Buntkirchen aus Königsberg sowie „Wir hatten immer Angst“ und „Der unvergessene Weg“ von Christel Wels (geborene Faust) aus Groß Pöppeln und „Zwillingsträume“, das sie mit ihrer Schwester Alice Skiendziel verfasst hat.

„Die eindrücklichen Texte und assoziativen Bilder vermitteln Emotionen, die eine ungewöhnliche Annäherung zum Thema Flucht und Vertreibung ermöglichen“, so die Jury in ihrer Begründung. Die Preisverleihung und Ausstellungseröffnung fand durch den Schirmherrn Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm am 2. Oktober im Nürnberger Presseclub statt. Der 1912 geborene Martin Lagois prägte die bayerische evangelische Publizistik wie kaum ein anderer. Nach Nürnberg kam Lagois 1946, die Stadt wurde zur Heimat für ihn. Die bayerische Landeskirche erkannte sein Talent und ernannte ihn 1969 zum Fernsehbeauftragten. Nun war er offiziell mit der Produktion von Bildreihen und Filmen für Religionsunterricht und Gemeinden beauftragt. Es folgten weiter Reisen, etwa nach Brasilien, Spanien und Israel. Nach seinem Tod am 27. Januar 1997 im Alter von 84 Jahren vererbte er seinen fotografischen Nachlass dem Evangelischen Presseverband für Bayern. Dieser publizierte einen Bildband, sortierte und digitalisierte das Bildmaterial für das Bildarchiv www.fotobayern.de. Im Jahr 2008 wurde erstmals der „Martin-Lagois-Fotowettbewerb“ ausgeschrieben, mit dem Ziel, die Bildberichterstattung im Bereich Kirche, Religion und Diakonie zu fördern. Die Ausstellung „Generation Flucht“ von Verena Berg im Obergeschoss des ehemaligen Gewerbemuseum Nürnberg ist frei zugänglich bis 11. November zu sehen. Zum gleichen Thema gibt es Tondokumente von Christel Wels und Alice Skiendziel, Ruth Geede, Elly Wurm, Margarethe Foltin und Eberhard Wever auf der Homepage www.martin-lagois.de.

Manfred E. Fritsche



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

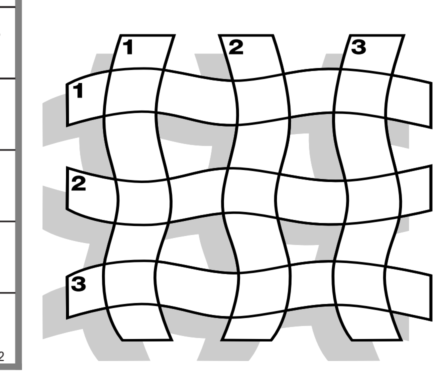
ACEEE GMRST	AMOR		AAEGV	AEGS		CEEKR	AEGL	EIMN	DEEN
AAKKM						GIN			
EEKR RT			ADEG NW						
						EEL			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Destillationsgefäß.

Nr.	links	Mittelblock	rechts
1	ROSEN		DIEB
2	OBER		PARTEI
3	GRUND		STOLZ
4	SCHLUSS		LOHN
5	HAND		KAESE
6	KUR		BOXEN
7	GLAS		SITZ

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Redensart
2 Seebad in Belgien
3 Gegenstück

Die landsche Kutsch’

Erinnerungen an Erminia von Olfers-Batocki (1876 bis 1954)

Nicht lange nach Ende des Ersten Weltkrieges erregten zwei Aufsätze in der Ostpreußischen Zeitung viele ländliche Gemüter. Bei nachbarlichem Beisammensein kam es zu Streitgesprächen, besonders, nachdem der zweite Artikel als Antwort auf den ersten erschienen war. Seine Verfasserin Erminia von Olfers musste gerade mit geschwollenem Hals im Bett liegen, als die „Ostpreußische“ ihr willkommene Unterhaltung brachte. Kaum aber hatte sie mit dem Lesen begonnen, bekamen Mann und Kind entrüstete Ausrufe zu Ohren. „Na, nun hör sich das mal einer an! Die ‚Landequipage‘ verhohnepiepelt da doch einer unsere guten, alten Kutscher. Entlassen sollen sie werden? Auf den Gütern sollen – ist das die Möglichkeit? Angespanne nach englischem Muster eingeführt werden... junge, glattrasierte Kutscher – hellbraune Livreen – Melonhüte? Neue Equipagen – neue Sielen – und das alles in dieser schweren Zeit, wo sich doch jeder nach der Decke strecken muss? Herrschaft nein, sollen die Güter denn alle koppheister gehen vor Feinstreifigkeit?“

Stück für Stück las sie vor und entsetzte sich immer von Neuem. „Nein, Kinder, da muss ich gegenschreiben! Wenn den Artikel auch ein alter Bekannter geschrieben hat, dem werde ich gut geben mit seiner Landequipage! Wisst ihr, was ich drüberschreibe? Die landsche Kutsch‘! Dann werde ich von unseren Kutschern erzählen. Wirklich, Generationen haben sie die Treue gehalten und wir sollen ihnen untreu werden? Wie gut und wie ehrbar sehen sie aus mit ihrem Schnurrbart oder Backenbart, im schwarzen Schößkerock mit den blanken Knöpfen, auf dem Kopf den Zylinder mit der Kokarde! Und an heißen Sommertagen steht ihnen die blauweiß gestreifte Leinenjacke! Stellt euch mal den Tharauer Kutscher mit seinem Schnurrbart vor, dem rötlich-blonden, wenn er auf dem Schlitten sitzt, Mütze und Umhang aus Fuchsfellen. Kann es ein schöneres Winterbild geben? Ja, und die Alten! Zu den ersten Erinnerungen aus meiner Kindheit gehören sie. Der Kutscher Masur in Grünhoff, der gute „Neumchen“ in Klitten mit seinem runden, roten Gesicht und dem Kaiser-Wilhelm-Bart. Ich sehe und höre ihn noch, wie er meinem Onkel Gottberg das Reitpferd ‚Schlonka‘ brachte. Dann sagt er zu dem alten Wallach: Joa, joa! Wi ware nu old – ons‘ Jeheimrat, du on ek! Ek denk, for de Junge sönn wi ik nicht fein jenog‘! Und erst unser alter Riegelchen! Wenn der mit meinem Großpapa im Schlittchen auf die Vorwerke fuhr – beide in Schafspelze gehüllt – jeder einen Teckel als Wärmkruke zu Füßen – dann sah er den Großpapa von Zeit zu Zeit von der Seite an. Plötzlich griff er in den Schnee: „Gnädjer Herrke, de Näs verfarwt sek!“ Und rieb dessen breite Nase. Ein Weilchen später zog Großpapa den Handschke aus, griff in den Schnee „Riegelke, de Näs‘ verfarwt sek“ und rieb dessen breite Nase, bis sie wieder gut durchblutet war. So ging es immer abwechselnd und beide Nasen kamen unangefroren nach Hause. Ach, wie liebten wir Kinder den Kutscher Riegel. Die meisten freien Stunden verbrachten wir natürlich im Kutschstall. Wir reichten noch kaum mit der Hand bis zur Pferdemähne, da lernten wir schon striegeln und kämmen. Und dann als nächstes den Stall ausfegen und später das Füttern. Wir kullerten die Räder der aufgebockten Wagen, während Riegelchen sie mit einer riesigen Gießkanne begoss. Na, und dann durften wir auch die Achs‘ schmieren und anspannen. Morgens huckten wir auf dem klapperigen Grünfutterwagen und fuhren mit aufs Feld. Wenn wir dann zurück kamen zum Hof, lagen wir auf dem Kleefuder, zerzupften Rotkleeblüten und lutschten daraus die schönen, süßen Honigtropfen. Im Wagenschauer, während der Kutscher seine Livree ausbürstete, die Knöpfe blank rieb, Stiefel und Sielen wichste, kletterten wir auf den Wagen herum. Wir krochen unter das Verdeck des großen Landauers, klemmten uns in das kleine Coupé, schaukelten auf dem „Großen Gelben“ oder auf der einsitzigen „Spinne“ mit ihren hohen, dünnen Rädern. Und wenn wir bei Riegel die ersten Reitstunden hatten – ach, dann ging es aber streng zu – wie bei den Husaren! Ja, geliebt und geachtet werden die Kutscher. In der ganzen Umgegend hat man Respekt vor ihnen. Dabei sind sie durchaus nicht alle gleich, jeder ist eine Persönlichkeit für sich. Der eine ist eitel und putzt stundenlang, der andere hat immer dreckbespritzte Wagen und blinde Knöpfe, aber genommen wird jeder, wie er ist. Die meisten fühlen sich ja untereinander als Rivalen, und jeder will den andern an Schönheit des Angespanns überbieten. Als der Prinz Friedrich Wilhelm von Königsberg fortzog, kauften die Preußisch-Wilter seine schönen Füchse und den gummibereiften Halbwagen.




So liebten ihn die KInder: Kutscher Riegel auf seinem Bock Bild: Archiv

> In der ganzen Gegend zollte man den Kutschern Respekt

Sogleich verlangte der Groß-Klitter Kutscher einen ebensolchen Wagen und ließ die Schweife seiner Braunen nach dem Vorbild der prinzlichen Füchse bis zu den Sprunggelenken wachsen. Es dauert nicht lange, bis ein Kutscher nach dem andern diese Neuheit durchgesetzt hatte. Aber dadurch verloren sie nicht ihr ehrwürdiges Aussehen. Der gute, ländliche Stil, die preußische Einfachheit blieb erhalten. Und wenn der Kutscher den Wagen voll Gäste zum Bahnhof fuhr und sah, wie eine alte Frau ihr Zich den Sommerweg entlang schleppte, dann hielt er an und rief: „ Na, Venohrsche, kruppe Se man ropp!“ Ja, das muss ich schreiben – darin liegt der Unterschied! Eine Landequipage tut so etwas nicht, die fährt vorbei.“

Erminia Olfers schrieb alles auf, was sie auf dem Herzen und in Erinnerung hatte. Sie freute sich, als die „Ostpreußische“ ihre Kampfansage gegen die Landequipage brachte und Berge zustimmender Briefe eintrafen. Und sie nahm es lachend hin, als in Königsberg auf dem Steindamm eine Jugendfreundin ihr zurief: „Mein Bruder sagt, du bist total verrückt!“ Sie wusste ja, dass die landsche Kutsch‘ den Sieg davontragen würde. So war es auch nicht die Landequipage, die in den folgenden Jahren die landsche Kutsch‘ zu verdrängen anfing, sondern es war das Auto.

Damit begann für viele Kutscher ein tragischer Weg aus der Glanzzeit vieler Stadt- und Landfahrten in ein wenig bedeutendes Bahnhofsfahrtendasein, in einen Alltag, der oft aus Stallarbeit und Anspannen für Selbstkutschierer bestand. Wer konnte das ändern?

Auch sie, die schriftstellerische Landfrau, die sich so insbrünstig für unsere Kutscher alten Stils eingesetzt hatte, fuhr am liebsten ihren Einspänner selbst in die Stadt, beglückte fremde, blasse Kinder, die sie aufspringen und ein Stück mitfahren ließ, erfreute alte Mütterchen in baumlosen Gassen mit bunten, duftenden Sträußen aus fliedergefüllten Waschkörben.

Für ihren gelähmten Mann ließ sie vom Stellmacher in Kreuzberg auf einem alten Autogestell ein bequemes Wagchen bauern. Er konnte leicht einsteigen und selbst auf lehmharten Wegen ohne Gestukere fahren. Sie strich es grün an, bezog die Kissen mit hellem, rauem Leder von Elchen aus dem Tharauer Wald.

> Verdrängt wurde die landsche Kutsch’ schließlich vom Auto

Eines Nachts aber fuhr sie im Landauer über das Haff. Nach mühseliger Fahrt die Nehrung entlang musste sie aussteigen, musste die geliebten Pferde und den guten, alten Wagen ihrem Schicksal überlassen. Viele Kutschen rollten zwischen Leiterwagen und Hehlwagen über Eis und Schnee. Nicht alle kamen ans Ziel – wenige sind noch am Leben. Da, wo sie in Gebrauch bleiben konnten, werden sie in Ehren gehalten, gleich, ob Equipage oder landsche Kutsch’.

Hedwig von Lölhöffel

Loblied auf die Kutscher

Kutscher on Herrekind hole tosamm,
weil se Kamroade sind vom ole Stamm.
Sattel sitt stramm on straff,
Striegel jait op on aff.
Kutscher on Herrekind hole tosamm.

Kutscher on Herrekind – Fork inner Fuust.
Hei, wie dorch rasche Händ de Bessem suust!
Stoake se Heej on Stroh,
hoppla dat flutscht man so!
Kutscher on Herrekind hole tosamm.

Kutscher on Herrekind hoch oppe Bock!
Poost ok de Ostseewind om Hool on Rock,
moakt ok de Reeje natt,
keenem nich schoadt dat wat.
Kutscher on Herrekind bliewe tosamm. *E.v.Olfers-Batocki*

Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“

Handarbeiten aus Ostpreußen. Vom 19. bis 21. Oktober stellt die Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“, Kiel, im Dünenhus in St. Peter-Ording zum Thema „Die vier Jahreszeiten“ Handarbeiten aus Ostpreußen aus. Die Arbeiten wurden von Frauen gefertigt, die damit ihre kleinen Renten aufbessern oder ein Zubrot für ihre Familien erarbeiten.

Die sämtlich ehrenamtlich arbeitenden Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft bringen die vorbereiteten Materialien auf ihren Hilfsfahrten dorthin und holen fertige Handarbeiten ab.

Die Arbeiten – gestickt, gestrickt, gehäkelt, genäht – werden hier auf Ausstellungen zum Verkauf angeboten. Der Erlös kommt vollständig den handarbeitenden Frauen und weiteren etwa 200 Familien in Ostpreußen zugute, die die Arbeitsgemeinschaft seit fast 30 Jahren betreut. Es gibt Kaffee und selbstgebackenen Kuchen.

Die Ausstellung ist von Freitag, 19. bis Sonntag, 21. Oktober jeweils von 11 bis 18 Uhr geöffnet. *PAZ*

Paddel-Kähne auf träger Peene

Per Kanu durch den Amazonas der Nordens – Mecklenburg-Vorpommerns Schatzkammer der Natur einmal anders erleben

Schöne Herbsttage bieten sich an, noch ein letztes Mal die Natur zu genießen. Auf der Peene ist das mit Kanutouren möglich, bis das erste Eis kommt. Wer Glück hat, kann sogar Biber, Fischotter und Seeadler erspähen.



Biber auf ein Uhr in Sicht! Nur geschulte Augen können die Nager auf Anhieb entdecken Bild: TMV/Sperber

Klares Licht, klare Luft, klares Wasser und absolute Ruhe – so gleiten wir an diesem Herbsttag in unserem Kanu über die Peene. Verzaubert von der ungetrübten Stimmung gelingt es sogar, das Paddel fast geräuschlos einzutauchen. Eine Szenerie zum Malen schön: Der Himmel mit seinen weißen Wölkchen, das Schilf, die Büsche und Bäume vom Ufer spiegeln sich so gestochen scharf auf der Wasseroberfläche wider, dass man jedes Bild davon umdrehen könnte, ohne dass es jemand bemerkte. In diesem stillen Winkel Vorpommerns präsentiert sich uns die Natur zu dieser Stunde im perfekten Doppelpack. Mehr geht nicht!

Im Bann dieses Anblicks fällt es schwer, die Augen angestrengt auf das Ufer zu richten, um einen der Biber zu entdecken, die hier in großer Zahl wieder heimisch geworden sind. Für Ungeübte stellen Naturbeobachtungen immer eine Herausforderung dar. Während aus dem Nachbarkanu heraus schon wild gefuchtelt und dabei auf eine bestimmte Stelle am Ufer gezeigt wird, können wir uns noch so anstrengen: Der Biberbau ist zwar auszumachen, sein Bewohner jedoch nicht. Doch Frank Götz, der die Tour leitet, bleibt gelassen. Er kennt „seine“ Peene und weiß: Die Biber werden ihn nicht enttäuschen. Und tatsächlich, auf der Rücktour zum Gasthof Liepen, unserem Startpunkt, schwimmt ein prächtiges Exemplar völlig furchtlos direkt vor unserem Kanu vorbei.

Dabei galt der Biber vor gar nicht so langer Zeit fast schon als ausgerottet. Gehörten im 17. Jahrhundert Biberburg und Biberdamm noch untrennbar zur deutschen Flusslandschaft, war der geschickte Nager um 1714 schon so selten, dass der „Alte Dessauer“, so heißt es über den preußischen Heeresreformer Lepold I. von Anhalt-Dessau, von dem Landgrafen von Hessen für jeden Biber einen Langen Kerl bekam.

Der Peene-Biber wurde vor rund 40 Jahren bei Anklam ausgesetzt. Ursprünglich ein Elb-Bewohner, hat er sich in seiner neuen Heimat so gut eingelebt, dass Naturschützer vor einigen Jahren bereits 80 Biberburgen an der Peene gezählt haben wollen. Dabei befinden sich ihre Bewohner in Gesellschaft einer ähnlich großen Fischotter-Population, worauf schon die zahlreichen Schilder am Rand der Straßen in der Region unübersehbar hinweisen.

> Naturschützer haben 80 Biberburgen an der Peene gezählt

„Dazu“, so hatte uns Frank Götz vorab berichtet, „findet man hier auch noch rund 150 Brutvogelarten, darunter See-, Fisch- und Schreiadler, Seeschwalben, Rohrdommeln, Eisvögel und den Milan.“ Der Seeadler, der sich über unseren Köpfen elegant durch die Lüfte schwang, war uns an diesem Abend für die Existenz dieses Vogelparadieses Beweis genug.

Von 1648 bis 1815 war die Peene Grenzfluss zwischen Pommern und dem damaligen Schwedisch-Pommern, bis heute ist sie Bundeswasserstraße, was dem Idyll keinen Abbruch tut. Als einer der letzten unverbauten Flüsse Deutschlands nennt man sie stolz „Amazonas des Nordens“.

Ihren Ursprung hat die Peene im Kummerower See. Von dort erstreckt sie sich über 85 Kilometer bis östlich von Anklam, wo sie in den Peenestrom vor Usedom mündet. Auf diesem Weg durchstreift der Fluss eines der größten zusammenhängenden Niedermoorgebiete Mittel- und Westeuropas. Wieder, denn in einem der größten Naturschutzprojekte Deutschlands ist die Flusslandschaft Peenetal von 1992 bis 2009 renaturiert und 2011 zum Naturpark erhoben worden, dem siebten in Mecklenburg-Vorpommern.

Mit ihrem geringen Gefälle von nur 25 Zentimetern fließt die Peene so ruhig dahin, dass sie sich bestens für Anfänger- oder Familien-Kanutouren eignet, zumal weder Schleusen noch Wehre ihren Lauf stoppen.

Doch so gemütlich wie heute ist es an der Peene nicht immer zugegangen. Wer den kleinen Flusshafen von Menzlin ansteuert und sich per Pedes auf die nahen „Peeneberge“ begibt, steht vor einer archäologischen Sensation. Von 1965 bis 1969 wurde dort ein Gräberfeld mit schiffsförmigen Steinsetzungen der Wikinger ausgegraben, die hier vom 8. bis 10. Jahrhundert am Ufer des Flusses gelebt hatten.

Wer aber einen Archäologischen Park oder ähnliches erwartet, wird enttäuscht. Gäbe es Rainer Vanauer vom Kanu- und Floßverleih Menzlin und seinen Kiosk nicht, würde manch interessierter Besucher den Ort wieder verlassen, ohne die bedeutenden Steinschiffe gesehen zu haben. Über Reste der Via Regia, die hier einst als bedeutende Handelsstraße über die Peene führte, begleitet er Boots-Touristen über Stock und Stein dort hin. Dabei erfährt man: „Bei den Toten-Steinschiffen handelt es sich ausschließlich um Gräber von Wikingerfrauen, die hier vielleicht die Stellung hielten, während ihre Männer im Krieg waren.“ Die in der Tat sehr umfangreichen Funde dieses Handelsplatzes, an dem Wikinger und Slawen friedlich miteinander lebten, lagern, von der gelegentlichen Ausstellung einzelner Stücke abgesehen, im Magazin des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege. Vor Ort findet man – mit etwas Glück – nur eine Tafel mit einigen Abbildungen und kurzen Erklärungen.

> Schon die Wikinger haben den Fluss als Verkehrsweg genutzt

In der Nähe hatte vor wenigen Jahren ein Hortfund für Aufsehen gesorgt. Im August 2010 hatten Archäologen auf dem pommerschen Acker einen 1200 Jahre alten Silberschatz gehoben: 70 Münzen und Münzfragmente, vier Barrenfragmente mit einem Gewicht von über 20 Gramm und einen dreifach gewundenen Armring. Bei den Münzen handelt es sich um persische und arabische Prägungen. Die ältesten stammen aus der Regierungszeit des persischen Großkönigs Chosrau II. (590–637), die meisten anderen gehören in die zweite Hälfte des 8. Jahrhunderts und kommen überwiegend aus Nordafrika. Die jüngste Münze wurde um 818/819 geprägt.

Damit liegt ein weiterer Beweis vor, dass das sich heute dramatisch entvölkernde Land an der Peene im Frühmittelalter eine blühende Handels-Region im Ostseeraum war. Der Hortfund wird im Archäologischen Freilichtmuseum Groß Raden, mitten im Naturpark Sternberger Seenland, gezeigt. „Auch Funde aus Menzlin, die zur Zeit ebenfalls in Groß Raden zu sehen sind, werden“, so Landesarchäologe Detlef Jantzen, „nach gegenwärtiger Planung bis auf weiteres dort bleiben und dann, durch weitere Objekte ergänzt, in die Dauerausstellung übernommen werden.“

Helga Schnehagen

Lecker, giftig, wichtig

Die feuchte Herbstzeit ist ideal für Pilze – Sammler können auf volle Pilzkörbe hoffen

Es hat etwas von Schatzsuche, wenn man durch das Unterholz schleicht und ganz genau den Boden nach den kleinen braunen Kappen absucht. Die meiste Zeit des Jahres sind sie nicht zu sehen, doch im Herbst, auch bereits im Spätsommer schießen sie aus dem Boden, die leckeren Steinpilze, Champignons, Pfifferlinge und viele andere mehr. Schon bei der Vorstellung eines schmackhaften Pilzgerichtes läuft einem das Wasser im Munde zusammen.

Doch sollte man immer nur die Pilze sammeln, die man ganz genau kennt, denn sonst kann es sogar richtig gefährlich werden. Einige können wir essen, manche sind ungenießbar, wieder andere sind sehr giftig. Wer sich nicht sicher ist, kann die gesammelten Schätze bei einer Pilzberatungsstelle untersuchen lassen. Adressen bekommt man zum Beispiel bei den Gesundheitsämtern oder bei jeder Kreisverwaltung.

Lange dachte man, dass Pilze zu den Pflanzen gehören, da sie wie Pflanzen aus dem Boden wachsen. Doch heute weiß man, dass sie in der Welt der Lebewesen ein ganz eigenes Reich bilden. Somit gibt es das Pflanzenreich, das Tierreich und das besondere Pilzreich. Denn Pflanzen benötigen Licht, um dann aus Wasser, Luft und Nährstoffen mittels Photosynthese (von griechisch „phos“: Licht und „synthesis“: Zusammensetzung) den für sie notwenigen Zucker herzustellen.





Eindeutig essbar: Steinpilze im Oberharz Bild: Frank Drechsler/dapd

Pilze dagegen können den grünen Blattfarbstoff, das Chlorophyll, nicht selber herstellen. Sie haben kein Blattgrün, daher kommen sie ganz ohne Tageslicht aus und ernähren sich von Stoffen, die andere Lebewesen hergestellt haben. Hier besitzen sie eine Ähnlichkeit zum Tierreich. Denn auch Tiere brauchen organische Nahrung. Also Nahrung, die selbst schon einmal gelebt hat. Dieses tote organische Material zersetzen sie, um die Stoffe für ihren Aufbau zu nutzen. Deshalb nennt man sie auch Zersetzer. Weil sie ziemlich genau wie die Würmer, Insekten und Bakterien, die auch Zersetzer sind, die Ausscheidungen der Tiere, abgestorbene Pflanzenteile und auch tote Tiere zu einfachen Stoffen abbauen und diese dann der Natur als Nährstoff wieder zuführen, bilden sie eine enorm wichtige Rolle in unserer Umwelt.

Ohne Pilzpartner wären die meisten Pflanzen in unserer Natur zum Sterben verurteilt. Sie bekämen einfach nicht genug Nahrung. Denn das, was wir sammeln und essen, ist gar nicht der ganze Pilz, sondern nur ein kleiner Teil davon, der Fruchtkörper.

Der Pilz ist ein Geflecht aus feinen Fäden und lebt unsichtbar unter der Erde. Das „Myzel“ genannte Pilzgeflecht breitet sich sehr weiträumig aus und versorgt durch die feinen Fäden die Wurzeln der Bäume und Sträucher.

Die Teile, die wir oberirdisch sehen können, benötigen die Pilze zur Fortpflanzung. Sie vermehren sich durch Sporen, die in den Lamellen der Fruchtkörper gebildet werden. Wenn ein Pilz reif wird, wölbt sich ein Hut nach oben und die Sporen werden frei gesetzt. Niemals sollte man so einen Pilzhut zerstören. Ohne Pilze hätten wir keine Wälder mehr und keine Wiesen.

Wenn wir Pilze sammeln gehen, dann schneiden wir vorsichtig nur den Fruchtkörper ab. Der Pilz unter der Erde wird dadurch nicht geschädigt. Wer kennt nicht den hübschen Fliegenpilz? Der jedoch ist sehr giftig. Auf jeden Fall lieber: Finger weg von Pilzen, die man nicht kennt, und sich nur an deren Schönheit erfreuen, denn jeder Pilz ist wichtig für unsere Natur. *Silvia Friedrich*

Ins Büro gepilgert

Papst öffnet seine Regensburger Wohnung

Devotionalienhändler haben längst erkannt: Mit dem Pontifex Maximus lassen sich gute Geschäfte machen. Neben religiösem Beiwerk wie Rosenkränzen, Kruzifixen, Anhängern und Plaketten mit dem Konterfei von Papst Benedikt XVI., kann man in ein Papst-Brot beißen oder sich mit Papst-Seife reinwaschen.

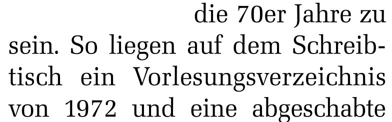
Besonders im oberbayerischen Marktl am Inn, dem Geburtsort von Papst Benedikt, boomt das Geschäft mit Papst-Bier, -Torten, -Kerzen und natürlich Benedikt-T-Shirts. Glaubenstouristen können dort sogar schon seit sechs Jahren das Geburtshaus besuchen, in dem Joseph Ratzinger vor 85 Jahren geboren wurde.



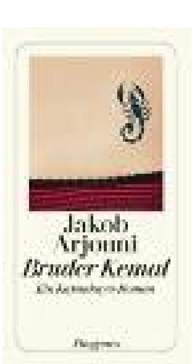
Ratzingers Büro Bild: obx-news

Jetzt hat Ostbayern eine neue Immobilien-Attraktion: Ein Wohnhaus in Regensburg, in dem Joseph Ratzinger während seiner Zeit als Theologie-Professor gelebt hat. Ab sofort ist es für die Öffentlichkeit geöffnet. Das 150 Quadratmeter große Haus im Vorort Pentling hatte Ratzinger seit 1970, als er an die Universität Regensburg berufen wurde, zusammen mit seiner Schwester Maria und seinem Bruder Georg bewohnt. Nach seiner Ernennung zum Erzbischof von München und Freising nutzte er das Haus nur noch bei gelegentlichen Aufenthalten in Regensburg.

Papstbruder Georg Ratzinger hatte das Haus jüngst an die kirchliche Stiftung Benedikt übergeben, die das Gebäude renoviert und mit originalen Einrichtungsgegenständen ausgestattet hat. Wer sich in das Haus begibt, glaubt auf einer Zeitreise in die 70er Jahre zu sein. So liegen auf dem Schreibtisch ein Vorlesungsverzeichnis von 1972 und eine abgeschabte Aktenmappe von damals.



Nein, eine neue Pilgerstätte soll das Papsthaus nicht werden, beeilen sich die Initiatoren zu sagen. Verhindern lässt sich das kaum. Die örtlichen Geschäftsleute reiben sich schon die Hände und werden neues Benedikt-Bier an den Mann bringen. Und bei Ebay werden schon angebliche Mauerstücke vom Haus versteigert. Beten wir, dass das Haus nicht gleich einstürzt. *Harald Tews*



Islamisten im Visier

Krimi um türkischen Ermittler

Elf Jahre lang mussten sich seine Fans gedulden. Jetzt ist der Privatdetektiv Kemal Kayankaya in die Abteilung der Kriminalromane zurückgekehrt. In seinem fünften Fall ermittelt er in Frankfurt gleich in zwei Angelegenheiten. Erst engagiert ihn Valerie de Chavannes, eine ehemalige Escortdame, Bankierstochter und Künstlergattin aus dem Diplomatenviertel, um ihre vermisste Tochter zurückzuholen. Die 16jährige hatte sich in den türkischen Zuhälter Erden Abakay verliebt, der sich als Fotograf ausgibt, und war von zu Hause ausgerissen. Im Flur der Wohnung des Zuhälters findet der Detektiv die Leiche eines potenziellen Freiers. Er befreit die Tochter seiner Klientin, überwältigt Abakay und inszeniert alles so, als ob Zuhälter und Freier übereinander hergefallen wären. In der Küche findet Kemal Computerdateien, die auf einen Pädophilenring hindeuten.

Beim zweiten Auftrag soll er einen marokkanischen Schriftsteller auf der Frankfurter Buchmesse beschützen. Dieser hat einen Roman über einen muslimischen Kommissar geschrieben, der sein Coming-out erlebt, und ist deswegen in seiner Heimat ins Visier religiöser Fanatiker geraten. Zunächst hält Kemal die Drohbriefe an den Autor für einen Marketingtrick des Verlages. Doch als sich Abakays Onkel, ein Prediger namens Scheich Hakim, einmischt, verbinden sich die beiden Geschichten und die Lage spitzt sich zu.

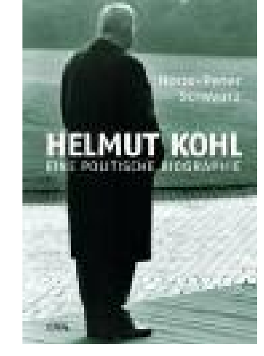
In seinen ersten Romanen lehnte Autor Jakob Arjouni die Figur des Kayankaya stark an US-amerikanische Klassiker wie Phil Marlowe und Sam Spade an und übertrug die Kulisse des Los Angeles der 20er Jahre in das Frankfurt der 90er Jahre. Ergebnis war ein cooler Deutschtürke mit Trenchcoat und Zigarette im Mund, der Hessisch redet, Bier trinkt und Würstchen isst. Aufgewachsen bei deutschen Adoptiveltern hat er bis auf seinen Namen keinerlei Beziehung zu seinen türkischen Wurzeln. Mittlerweile hat der Anfang 50-jährige Privatermittler das Trinken und Rauchen aufgegeben, wohnt mit seiner Freundin Deborah, einer Weinstubenbesitzerin, in einer bürgerlichen Vier-Zimmer-Wohnung und denkt über das Vaterwerden nach.

Schwarzer Humor und viele Klischees

Der Krimi bietet eine gelungene Mischung aus spannenden Actionpassagen über Vergewaltigung, Drogenhandel, Entführung und Mord sowie intelligenten Dialogszenen, in denen gesellschaftliche, kulturelle und religiöse Klischees bis an den Rand politischer Korrektheit auf die Schippe genommen werden. Bitterböse mutet Kemals Einladung des muslimischen Scheichs zum „Haxen-Herbert“, einem heruntergekommenen Gasthaus für Schweinespezialitäten, an: „Dass ich Scheich Hakim hierher bestellt hatte, war ein Nazischerz.“ Kayankaya begeistert das Publikum seit fast 30 Jahren mit seinem schwarzen Humor und seiner coolen Cleverness. Doris Dörrie verfilmte den ersten Teil. Bleibt zu hoffen, dass uns sein Schöpfer nicht wieder eine Dekade auf den nächsten Fall warten lässt.

Sophia E. Gerber

***Jakob Arjouni: „Bruder Kemal. Kayankayas fünfter Fall“**, Diogenes, Zürich 2012, 225 Seiten, 19,90 Euro*



Er prägte Deutschland

Adenauer-Biograf Hans-Peter Schwarz arbeitet sich nun an Helmut Kohl ab

Er galt und gilt als Macht- und Vollblutpolitiker, als Kanzler der deutschen Einheit, als „Riese“ oder als der „Dicke“ – alles Charakteristika, denen Helmut Kohl nie widersprochen hat. In der Summe zeigt das einen ebenso großen wie umstrittenen Politiker, wie er bis heute im Gedächtnis nicht nur der Deutschen geblieben ist. Über ihn eine Biografie zu schreiben ist ein ebenso faszinierendes wie waghalsiges Unterfangen. Der inzwischen 78-jährige Politikwissenschaftler Hans-Peter Schwarz, längst gerühmt als Biograf Konrad Adenauers und Geschichtsschreiber der („alten“) Bundesrepublik, hat sich an diese Herkulesarbeit gewagt; das Ergebnis ist eine historiographische Leistung, die ungeachtet mancher Kritik im Detail großen Respekt verdient.

Als „gutinformierten Zwischenbericht“ sieht Schwarz seine Arbeit, aber natürlich spürt man den Ehrgeiz, eine gültige Biografie vorzulegen, die auch durch spätere Aktenfreigaben nicht wesentlich revidiert zu werden braucht. Eine schier unglaubliche Fülle an Material ist eingebracht: Hunderte von Darstellungen und Zeitungsartikeln, mehr als 40 Interviews mit damaligen Ministern, Beamten oder anderen Akteuren (nicht allerdings mit Angela Merkel und Wolfgang Schäuble!); all das schlägt sich nieder in seiner Darstellung, die im ersten Drittel Kohls Werdegang bis 1982 schildert, dann im weitaus größeren Teil die 16 Jahre Kanzlerschaft, in die die deutsche Wiedervereinigung, sowie die Etablierung der Europäischen Union (EU) und der gemeinsamen Währung Euro fällt.

Unterteilt hat Schwarz seine Biografie in sechs große Kapitel. Zuerst schildert er den Werdegang des „Ludwigshafener Rabauken“ Kohl bis zur Ministerpräsidentschaft in Mainz 1969. Das zweite Kapitel berichtet über die für Kohl unglaublich harten Jahre als umstrittener CDU-Chef und Oppositionsführer in Bonn. Das dritte Kapitel, überschrieben mit „Ein mittelmäßiger Bundeskanzler?“, zeigt, wie sehr Kohl in der Innenpolitik ständig am Rand des Abgrunds stand, während er in seiner Europapolitik in zäher Arbeit vor allem mit und teilweise gegen Mitterand beim „Bau des europäischen Hauses“, so eine Lieblingsfloskel, Stein auf Stein setzte.

Der Historiker ist dem Ex-Kanzler eher wohlgesonnen

Das vierte Kapitel, nur auf die zwei Jahre 1989 und 1990 bezogen, zeigt Kohl im Zenit als Kanzler der deutschen Einheit, denen – so das fünfte Kapitel – fast unmittelbar die Jahre des Katzenjammers folgten, denn aus den versprochenen „blühenden Landschaften“ wollte und wollte nichts werden. Die Wahlniederlage 1998, die sich abzeichnete, die aber Kohl partout nicht sehen wollte, war fast folgerichtig. Das letzte Kapitel zeigt ein Bild des Jammers; durch die – selbstverschuldete! – Spendenaffäre ab dem Jahr 2000 verdunkelte sich das strahlende Bild. Zeitweise wurde der große Kanzler zum Ausgegrenzten; nur langsam setzte, auch infolge schwerer Schicksals- und Gesundheitsschläge, die öffentliche Rehabilitierung ein.

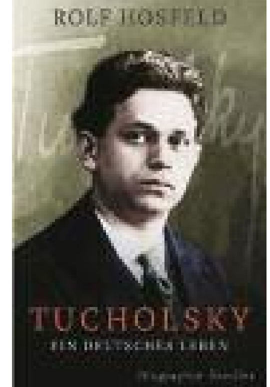
Schwarz schreibt eng am Leben und am Handeln Kohls; für die zeitgeschichtliche Einbettung hat er jedem Kapitel eine „Betrachtung“ angehängt, die in der Summe selbst eine Geschichte der Bundesrepublik sind. In der Innenpolitik war Kohl, so Schwarz, ein Pragmatiker, in der Europapolitik ein Gestalter, in der Abrüstungspolitik zeitweise ein Getriebener. Folgt man dem Autor, muss man annehmen, dass sich Kohl seit seinem Bonner Auftritt seiner innerparteilichen Widersacher erwehren musste, ja, dass er ständig deren Dolch im Gewande spürte; 1989 kam es auch fast dazu.

Übersehen wurde und wird bis heute Kohls bedeutendes Wirken in der Europapolitik; durch die Kriegserfahrungen traumatisiert, war ihm ein geeintes Europa ein Herzensanliegen, für das er kämpfte und wohl mitunter mehr gab, als aus deutscher Sicht zuträglich war. Hier ruft Schwarz übrigens nachdrücklich in Erinnerung, dass die gemeinsame Euro-Währung kein Preis für die Wiedervereinigung war, sondern dass sie bereits ab 1987 verhandelt und im Sommer 1989 so gut wie beschlossen war. Der französische Präsident Mitterand hatte hier mit kühlem Kalkül, die Dominanz der D-Mark in Europa zu unterbinden, den Euro durchgesetzt; Kohl handelte im Gegenzug die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) aus, wie wir sie heute in der EU vor uns haben und deren Unzulänglichkeiten erst in unseren Tagen angesichts der Euro-Krise deutlicher als damals zutage treten. Sollte das Euro-Projekt doch scheitern und auch die EU irreparablen Schaden nehmen, dann würde man, so Schwarz, bei Kohl, der sich ja für beide Vorhaben unermüdlich eingesetzt hat, nicht mehr von historischer, sondern von einer „tragischen Größe“ sprechen müssen. Immerhin, Größe bleibt, was die deutsche Einheit betrifft.

In Summa ein großes Buch. Kritische Punkte bleiben Marginalien. Der Hang des Autors, jeden, aber auch jeden Akteur in Politik und Presse mit einem oft etwas spöttischen Zusatz zu charakterisieren, fällt ebenso auf wie eine Neigung zu zugespitzten Formulierungen, die mitunter mehr die Lust am Fabulieren als an nüchterner historischer Beschreibung verraten (ob Kohl seinen Widersacher Helmut Schmidt wirklich „gehasst“ hat?). Aber das Buch gewinnt dadurch auch an Unterhaltungswert, was angesichts seines etwas einschüchternden Umfangs wiederum angemessen ist.

Dirk Klose

***Hans-Peter Schwarz: „Helmut Kohl. Eine politische Biografie“**, DVA, München 2012, gebunden, 1056 Seiten, 34,99 Euro*



Von Linken vereinnahmt

Biografie über den rastlosen Schriftsteller Kurt Tucholsky

Auf seine preisgekrönte Karl-Marx-Biografie von 2010 hat der Produzent und Autor Rolf Hosfeldt unter dem Titel „Kurt Tucholsky. Ein deutsches Leben“ eine Biografie über Kurt Tucholsky (9. Januar 1890 bis 21. Dezember 1935) folgen lassen. Der politisch links stehende Satiriker, Gesellschaftskritiker, Kabarett-Liedtexter und Erzähler Kurt Tucholsky entstammte einer großbürgerlichen, jüdischen Familie. Sein Werk wird nach wie vor gelesen; es reflektiert wie kaum ein anderes den Zeitgeist des späten Kaiserreichs und der Weimarer Republik.

Nicht von ungefähr hat sich Rolf Hosfeldt der neuen Herausforderung zugewandt, ist er doch Verfasser mehrerer Bücher zur jüngeren deutschen Geschichte und hat über Heinrich Heine promoviert, den Tucholsky als Vorbild verehrte. Aufgrund der bis 2011 ausgelieferten 22-bändigen Gesamtausgabe mit Texten und Briefen Kurt Tucholskys ergab sich die Grundlage für eine neue Biografie über diesen ungemein produktiven Autor, der seine Artikel in mehreren deutschen Wochenzeitschriften und Zeitungen unter fünf Pseudonymen erscheinen ließ.

Liebesgeschichten und linke Weltverbesserung

„Die Vorgeschichte des immer nervöser werdenden Europa, der mit Urgewalt einbrechende Krieg und vor allem die Nachgeschichte dieser die ganze Welt moralisch verändernden Katastrophe – das war der geschichtliche und seelische Rahmen für Kurt Tucholskys kurzes und intensives Leben.“ Der Satz steht am Ende des Auftaktkapitels; er lässt sich als Quintessenz eines Vorworts auffassen, das dem Buch leider fehlt. Dieses beginnt mit einer Reise nach Rheinsberg, die der 21-jährige Jurastudent im Sommer 1911 mit seiner Freundin und späteren ersten Ehefrau Else Weil unternahm. Der Ausflug inspirierte ihn zu dem heiter-ironischen Capriccio „Schloss Rheinsberg. Ein Bilderbuch für Verliebte“, das wie sein spätes Echo „Schloss Gripshom“ (1931) zum Klassiker avancierte. Tucholsky fand in der Liebesgeschichte zu dem für ihn typischen Ton mit trocken-süffisanten, mitunter albernen Berliner Dialogen. Doch war diese Sprache nur eines von verschiedenen Ausdrucksmitteln, deren er sich wahlweise bediente. Für das links-intellektuelle Publikum von Siegfried Jacobsohns „Weltbühne“ verfasste er als freier Journalist politisch scharfe Essays, für die „Vossische Zeitschrift“ charmante Feuilleton-Kritiken.

In sich tief zerrissen

Als ein Verfechter von bürgerlichen Werten und Normen ließ sich der linke Publizist weder von den Kommunisten noch von der SPD vereinnahmen. Hosfeldt stellt Tucholsky als zunehmend verzweifelnden Einzelkämpfer dar, der schließlich kapitulierte. Anfangs gehörte er zu der kleinen Gruppe von Intellektuellen, die an die Möglichkeit einer Demokratie und einer Republik glaubten. Nach den politischen Morden von 1922 warnte er immer eindringlicher vor einer Gefährdung von Frieden und Demokratie durch ein militaristisches Erbe des untergegangenen Kaiserreichs, wie Hosfeldt hervorhebt.

Vermittelt wird Tucholskys widersprüchlicher Charakter, werden seine innere Zerrissenheit und Rastlosigkeit, die durch häufige Ortswechsel und eine sich steigernde Reisetätigkeit zum Ausdruck kommt, aber auch durch seine Unfähigkeit, eine Ehe oder Beziehung länger als wenige Jahre aufrecht zu erhalten. Allerdings wird nicht recht klar, warum genau er sich von seiner zweiten Ehefrau trennte, der Deutschbaltin Mary Gerold. Sie war seine große Liebe.

Nach Hitlers Machtübernahme wurde Tucholsky die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt. Im Mai 1933 brannten auch seine Bücher auf den Scheiterhaufen der Nationalsozialisten. Gesundheitlich schwer angeschlagen starb Tucholsky am 21. Dezember 1935 in seinem schwedischen Exil – ob durch Selbstmord oder eine versehentliche Überdosierung von Schlaftabletten vermischt mit Alkohol, diese Frage konnte nie geklärt werden; Hosfeldt legt offenbar Wert auf diese Feststellung.

Nach dieser Lektüre versteht man zahlreiche zeitgeschichtliche Zusammenhänge viel besser, doch die komplexe Persönlichkeit dieses Ausnahmeschriftstellers bleibt im Grunde ein Rätsel. *Dagmar Jestrzemski*

***Rolf Hosfeldt: „Kurt Tucholsky. Ein deutsches Leben“**, Siedler Verlag, München 2012, geb., 319 Seiten, 21,99 Euro*



Mittelmaß

Jung-Autor springt zu hoch

Vielleicht sollte man fairerweise sagen, dass der Autor des Buches „Im Winter dein Herz“, Benjamin Lebert, für die Rezensentin ein rotes Tuch ist, so veröffentlichte er 1999 seinen von den Medien gelobten Roman „Crazy“ genau zu einem Zeitpunkt, als die Verfasserin dieser Zeilen selbst von einer Karriere als Romanautorin träumte. Allerdings scheint dem 1982 Geborenen sein Triumph nicht gut getan zu haben. Keine seiner folgenden Veröffentlichungen erreichte den Erfolg von „Crazy“. Und obendrein wurde der Sohn des ehemaligen Chefredakteurs der Frauenzeitschrift „Brigitte“ auch noch magersüchtig, jedenfalls wurde dies im Rahmen seines neuen Romans publiziert und so auf die autobiografische Facette in „Im Winter dein Herz“ hingewiesen. Dort trifft der magersüchtige Robert in einer Klinik auf den gescheiterten Polizisten Kudowski, der ihn zusammen mit der Tankstellenangestellten Annina im Auto nach München begleitet, wo Robert seinen an Krebs sterbenden Vater ein letztes Mal besuchen will.

Benjamin Lebert galt 1999 als Wunderkind

Alles erinnert verdächtig an den Kinofilm „Vincent will Meer“ aus dem Jahr 2010, in dem ein am Tourett-Syndrom leidender zusammen mit zwei Heiminsassen, eine davon magersüchtig, ans Meer fährt. Alle drei haben ziemliche Probleme, nähern sich aber während der Reise einander an und werden zu Freunden. Der Unterschied bei Lebert ist nur der Winterschlaf. Um die Ressourcen der Erde zu schonen, nehmen die meisten Deutschen, und hauptsächlich sie, zwei Schlafpillen, die sie über Monate in einen Winterschlaf versetzen. Und so reisen Robert, Kudowski und die türkischstämmige Annina durch ein schlafendes Deutschland. Da diese Winterschlafgeschichte aber keine wesentliche Bedeutung für den Verlauf des Romans hat, fragt man sich, wozu sie überhaupt gut ist. Irgendwie wirkt der erfundene Winterschlaf wie der verzweifelte Versucht des Autors, originell zu sein, doch da er die Idee nicht fortführt, ist sie einfach nur irritierend und störend. Am Ende des Romans hat der Leser erfahren, wie sich drei Menschen näher kommen, ohne dass die Geschichte und ihr Autor Eindruck hinterlassen. *Rebecca Bellano*

***Benjamin Lebert: „Im Winter dein Herz“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2012, gebunden, 156 Seiten, 18,99 Euro*



„Wolfskinder" erzählt von einer ostpreußischen Flüchtlingsfamilie, deren Kinder sich auf den Trecks aus ihrer Heimat verloren hatten und auf wundersame Weise wieder zusammenfanden. Eberhard Fechner schildert die spannenden Erlebnisse dieser Geschwister zwischen Privatem und Geschichtlichem.
Als Extra ist die Dokumentation „Flucht und Vertreibung – Inferno im Osten" zu sehen.
Laufzeit: 120 Minuten + 57 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 5568

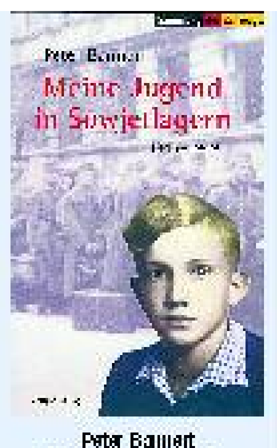
statt € 14,95 nur noch € 9,95



Sonya Winterberg
Wir sind die Wolfskinder
Verlassen in Ostpreußen
Geb., 336 Seiten
Best.-Nr.: 7191, € 19,99



Heinz Buschkowsky
Neukölln ist überall
Deutschlands bekanntester Bürgermeister redet Klartext.
Geb., 400 Seiten
Best.-Nr.: 7201, € 19,99



Peter Bamert
Meine Jugend in Sowjetlagern 1945-49
Kart., 178 Seiten
Best.-Nr.: 7173, € 12,90

Gertrud Höhler
Die Patin
Wie Angela Merkel Deutschland umbaut

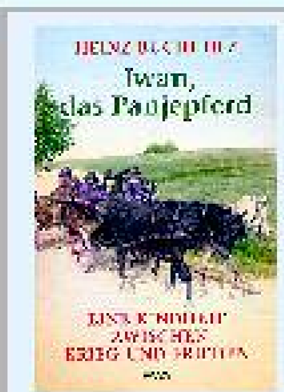
Angela Merkel bedient sich der Kernbotschaften anderer Parteien, ohne sich zu deren Werten zu bekennen. Machterhalt geht vor Parteienvielfalt.
Ist Deutschland auf dem Weg zu einer Einheitspartei?, fragt Gertrud Höhler in ihrer brisanten Streitschrift. Mal liberal, mal konservativ, mal christlich-sozial. Die deutsche Kanzlerin lässt sich nicht festlegen. Sie steht nicht für bestimmte Werte oder Positionen. Eine gefährliche Tendenz für Deutschland, sagt Gertrud Höhler. Versprechen werden vermieden, Moral wird zur Manövriermasse, die Geringschätzung von Tugenden zum Programm. Die Folge: der Ausstieg aus den wichtigsten Spielregeln von Demokratie, Vertragstreue und Wettbewerb. So nivelliert die Politikerin Merkel allmählich die politischen Institutionen und etabliert eine zentralistische Regentschaft – Merkels neues Deutschland.



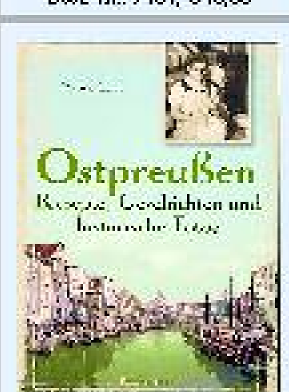
€ 21,95
Geb., 296 Seiten
Best.-Nr.: 7196



Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 250 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



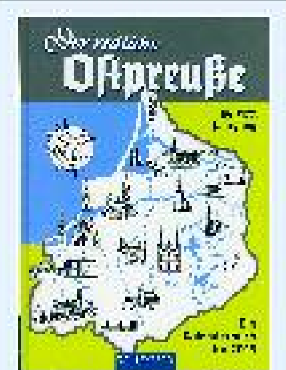
Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb., 128 Seiten
Best.-Nr.: 7085, € 9,99

Barbara Mai
Spuren am Kurischen Haff
Die Reise an das Kurische Haff ist für viele eine Reise in die Vergangenheit. Sie wird zu einer Spurensuche in der alten Heimat, denn selten finden die in Ostpreußen Geborenen die vertrauten Bilder aus der Kindheit und Jugend wieder. Schmerzlich bruchstückhaft zeigt sich die Heimat dem Suchenden, übrig geblieben sind oft nur Spuren.
Barbara Mai geht den Spuren ihrer Herkunft in diesem Bild-/Textband in einfühlsamer Text- und Bildsprache nach.



Geb., 96 Seiten, Bildband, 96 Abb.
Best.-Nr.: 3172

statt € 19,00 nur € 12,95



Der redliche Ostpreuße Kalender 2013
Geb., 128 Seiten, 17 x 24 cm, 45 Abbildungen,
Best.-Nr.: 7199, € 9,95

Heiner Kappel
Kapiert's endlich! Geldkrieg statt Weltkrieg
Gibt es eine Alternative zu dem, was sich da zusammenbraut?
Heiner Kappel durchdachte scharf, dass mit der Einführung des Euro die Transferunion von langer Hand geplant war. Unter dem Dach des Euro ist Deutschland an die Kette gelegt. Die Mächtigen dieser Welt ziehen an den Strippen. Die Folgen für unser Land sind katastrophal. Welche Auswege sind möglich? Aufgabe der staatlichen Souveränität? Preisgabe des Euro? Was ist noch denkbar?

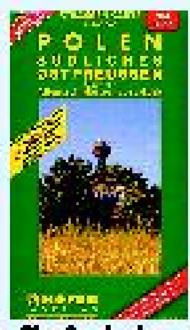


Kart., 62 Seiten
Best.-Nr.: 7202

€ 6,99



Straßenkarte West-Ost-Preußen
Danzig-Elbing-Thorn
Innenstadtplan von Elbing
Best.-Nr.: 1277, € 11,90



Straßenkarte Südliches Ostpreußen - Masuren
Allenstein-Rastenburg-Lyck
Innenstadtplan von Allenstein
Best.-Nr.: 1146, € 11,90



Straßenkarte Nördliches Ostpreußen
Mit Königsberg, Memelland, Tilsit und Gumbinnen
Innenstadtplan v. Königsberg
Best.-Nr.: 1145, € 11,90

Christel Wels
Wir hatten immer Angst
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust in Ostpreußen 1945–1948 Christel Wels, geb. Faust aus Groß Pöppeln im Kreis Labiau, Ostpreußen, am Kurischen Haff, beschreibt das Schicksal ihrer Familie in den Jahren 1945 bis 1948 im seit 1945 russischen Teil Ostpreußens. Unbeschreiblich Schlimmes haben die Zwillinge Christel und Alice, ihre Mutter sowie die Geschwister Elfriede und Gerhard erleiden müssen. Jahre, die für das ganze Leben prägend waren und Geschehnisse, die erst im Laufe der Jahrzehnte aufgearbeitet werden konnten. Eine Dokumentation, die es wert ist, von vielen Menschen gelesen zu werden.
Man kann das Erlebte in einem Satz zusammenfassen: Vergeben ja, vergessen niemals.




Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90



Standbild Friedrich II.
Wunderschöne detailgetreue Darstellung, Metallguß bronziert auf Marmorsockel,
Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036, € 159,95



Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00

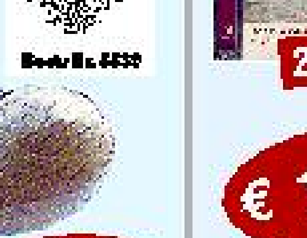


Alfred de Zayas
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsansiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95

Rundstempel







Best.-Nr. 6210 · Best.-Nr. 6452 · Best.-Nr. 6530 · Best.-Nr. 6534

pro Stück nur € 12,95



€ 14,95

Deutsche Märsche
insgesamt 60 Titel
Best.-Nr.: 7183

Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff-Etui
Best.-Nr.: 6926




Best.-Nr.: 6926 nur € 12,95

Königsberg-Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6909, € 14,95

Preußen-Schirmmütze



Preußen-Schirmmütze
Abweichend zur Abbildung dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen, CD Musikantengilde Halver, Harald Falk Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen, das Land der Elche und der Trakehner Pferde, das Land, das in unzähligen Büchern und Bildbänden seine Geschichte und seine Geschichten erzählt. Seine Lieder aber kennt man vielleicht aus dem Zupfgeigenhansl, aus dem Brummtopf, dem Liederschrein oder dem Wilden Schwan.
Als in den Jahren 1969 und 1970 die Schallplattendokumentation »Volkslieder aus den deutschen Vertreibungsgebieten« erschien, schrieb Professor Herbert Wilhelmi in den Begleittext über die Lieder aus Ostpreußen: »Der Liedergarten Ostpreußens aber ist besonders reich an Varianten, sowohl der Texte wie der Weisen. Die Daina im Memellande in ihrer transparenten Balladendichtung, die mit wenigen Strichen zeichnend ganze Lebensbilder erstehen läßt, ihre Merkmale tonaler Beziehungen zum griechischen Tonartenkreis, die Kürze der Melodieaussage, alles weist auf Urtypen des Balladengesanges hin, die im mitteleuropäischen Raume längst verklungen sind. Lieder wie ‚An des Haffes ander'm Strand', ‚O käm das Morgenrot' zeigen eine Vielfalt der Volkstemperamente von der Leidenschaft bis zur milden Heiterkeit, die diesem Volksstamme ganz besonders gut steht. Die Lieder der Masuren zeigen ähnliche Kürze in der Form. Häufig nur 6 Takte. Mehrere Lieder sind durch Liedblätter, Liederbücher in der letzten Zeit bekannter geworden, so die Abendlieder ‚Laßt uns all nach Hause gehen' oder ‚Zeit zu geh'n ist's'.
Der Polyrhythmus in diesen Liedern ist eine besondere Eigenart der getragenen Liedgattung Masurens, während in den heiteren und bewegten Liedern der Mazurka-Rhythmus mit dem anspringenden Volltakt vorherrscht.« Die Liedauswahl dieser CD beginnt mit dem titelgebenden Lied der Schwäne »…sing, sing, was geschah…« und steht damit gewissermaßen für das Schicksal des besungenen Landstrichs. Jenseits der akademischen Betrachtung soll diese Platte aber vor allem Freude bereiten – ob es nun die Erinnerung an die alte Heimat oder einfach nur die Freude am besonderen Volkslied und an besonderen Interpreten ist.



€ 12,95

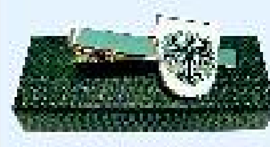
1) Zogen einst fünf wilde Schwäne 2:11 min
2) Das Feld ist weiß 1:56 min
3) Flogen einst drei wilde Tauben 1:35 min
4) Hab durchs Fenster einst gesehen 2:25 min
5) Reiter, schmuck und fein 2:57 min
6) Steig ein, Liebste mein, komm, du Schöne 3:17 min
7) Dort jenes Brünnlein 1:19 min
8) Ja da fahren viele Wagen den Berg hinauf 2:07 min
9) Spielt, ihr Musikanten, flink auf allen Saiten 2:44 min
10) Ei, du Vogel Stieglitz 1:22 min
11) De Oadeboar 2:50 min
12) Ging ein Weiblein Nüsse schütteln 1:09 min
13) Hinterm See bei den vier Eichen 1:44 min
14) Auf des Sees anderer Seit' 2:01 min
15) Hüpft die kleine Lerche 1:40 min
16) O käm das Morgenrot herauf 3:05 min
17) Feinslieb, ich habe erfahren 3:33 min
18) O Herz, mein Herze, so gib mir doch Antwort 2:12 min
19) Die Erde braucht Regen 1:41 min
20) Singen, tanzen und fröhlich sein 1:40 min
21) Et weer moal e schmeener Friejer 2:53 min
22) Welch großes Wunder 2:21 min
23) Wunschlied (Wir treten herein) 2:12 min
24) Überm Wasser, überm See weiß ich eine Linde stehn 3:10 min
25) An des Haffes ander'm Strand 1:46 min
26) Es dunkelt schon in der Heide 2:18 min
27) Abends treten Elche aus den Dünen 2:30 min
28) Laßt uns all nach Hause gehen 1:54 min
29) Schlaf, mein Kindke, lange 1:35 min
Gesamt: 63 min
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr.: 7203

Elchschaufel-Brosche



Elchschaufel-Brosche
Versilbert mit aufgesetzter Elchschaufel in Wappenform. Die Oberfläche des Emblems ist emailliert.
Maße Brosche: B 3 cm, H 1,5 cm
Maße Emblem: H 15 mm, B 13 mm
Rückseitig Quernadel mit Sicherheitsverschluss
Best.-Nr.: 7125, € 4,95

Preußen-Krawattenklammer



Preußenadler in Wappenform golden eingefaßt, emaillierte Oberfläche auf eine goldene Krawattenklammer aufgesetzt. Maße Wappen: B: 22 mm, H: 25 mm, Klammer: B: 55 mm. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6932, € 12,95

Elchschaufel-Manschettenknöpfe



Hochwertige Manschettenknöpfe mit emaillierter Vorderseite, auf der die Elchschaufel dargestellt ist. Die Rückseite der Manschettenknöpfe ist schwarz eloxiert. Maße: 18 mm hoch, 15 mm breit. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6943, € 24,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

PMD — Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst, Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg [illegible]
42/12

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

EU: Deutsche kaum vertreten

Brüssel – Deutsche sind im Auswärtigen Dienst der Europäischen Union deutlich unterrepräsentiert, so ein Bericht der EU-Behörde. Danach sind unter den 885 EU-Diplomaten nur 82 Deutsche. Dagegen stehen 120 Franzosen und 98 Italiener. Selbst Spanien, das deutlich weniger als die Hälfte des deutschen Beitrags in die EU-Kasse zahlt, ist mit 90 Vertretern stärker vertreten als die Bundesrepublik. *H.H.*

Schlechtes Händchen

Hamburg – Die italienische Polizei hat einen Windpark beschlagnahmt, den die deutsche HSH Nordbank in Kalabrien mit 200 Millionen Euro finanziert hat. Die angeschlagene Landesbank, die wegen Spekulationsgeschäften von den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein gerettet werden musste, setzt seit einigen Jahren auch auf erneuerbare Energien. Doch der von einer deutschen Projektgesellschaft entwickelte Windpark diente offenbar einem Mafia-Clan zur Geldwäsche. *Bel*

ZUR PERSON

Der »Asiate« aus New Hampshire

Wer war eigentlich der asiatisch aussehende, zurückhaltende Herr, der da neben der Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, auf dem Podium saß und zumeist zu allem, was sie sagte, zustimmend nickte? Das war Weltbank-Präsident **Jim Yong Kim**, dessen Aufgabe es ist, die Weltbank aus dem Schatten des IWF zurück in die Bedeutung zu führen.

So mancher äußerte Zweifel, als die USA im Sommer den Arzt und Anthropologen Kim als Nachfolger von Robert Zoellick vorschlugen, gab es doch mehrere qualifizierte Kandidaten aus den Schwellenländern, die die Weltbank führen und durch sie den wirtschaftlichen Fortschritt in den Schwellen- und Entwicklungsländern finanziell unterstützen wollten. Doch die USA sind der mit Abstand größte Geldgeber, und da lässt man sich nicht gern von fremden Kandidaten hineinreden.



So stellte der in Südkorea geborene Experte für Tuberkulose einen Kompromiss dar, denn auch wenn er bereits im Alter von fünf Jahren in die USA kam und dort aufgewachsen ist, sieht er doch ohne Zweifel ein wenig nach asiatischem Schwellenland aus. In Europa fand Jim Yong Kim sofort Anhänger, hatte er doch bereits als Mediziner in Entwicklungsländern gearbeitet. Und da er seit 2009 das Darmouth College in New Hampshire leitete und zeitweise Geschäftsführer eines wohltätigen Vereins gewesen war, ging man offenbar davon aus, dass er von Finanzen und Management eine Ahnung hat. Nun leitet der 1959 Geborene seit etwas über 100 Tagen die rund 9000 Mitarbeiter zählende Weltbank. Einen Inder und einen Chinesen hat er schon in leitende Positionen berufen, doch ansonsten lässt er überwiegend Lagarde sprechen. Nur der Klimawandel, der bewegt ihn so, dass er ihn zu seinem Hauptanliegen gemacht hat. *Bel*



Zeichnung: Mohr

Schlampige Zensoren

Warum am Energie-Schlamassel wieder keiner schuld ist, wie wir alle reich werden, und wie dem ZDF die Wahrheit rausrutschte / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Ist ja ganz schön, wenn öfter mal was Neues passiert. Andererseits trösten wir uns doch gerade in Zeiten des stürmischen Wandels und wachsender Unsicherheiten gern mit Verlässlichem. Mit Dingen, die immer wieder gleich sind, selbst wenn sie ab und zu das Gewand wechseln.

Beim Schlamassel mit der Energiewende stellt sich, wie bei jedem Schlamassel, als erstes die Frage: Wer soll das bezahlen? Bis jetzt sieht es so aus, dass das irgendwie auf alle zukommt, mit Ausnahme einer ganzen Reihe von Betrieben.

Doch so geht das nicht in Deutschland, denn wir sind ein soziales Land, weshalb es beim Bezahlen immer nur die gleiche Adresse geben darf: die breite Mittelschicht. Um nicht als sozial kalter Hauptschuldiger für die Strompreisexplosion an die Wand geklatscht zu werden, dringen Grüne und Sozialdemokraten daher heftig darauf, dass die Mittelverdiener gleich auch noch die Stromrechnungen der Leute mit ganz kleinen Einkommen mittragen sollen.

Das wird dann so ähnlich wie mit den Kindergartengebühren: Wirklich reiche Leute, von denen es eh nur weniger gibt, kratzen die nicht, ebenso wenig wie die Stromrechnung. Die untere Einkommensschicht bekommt die Gebühr aus dem Steuersäckel, und die in der Mitte dürfen für beides bluten, für den Kindergartenplatz ihrer Kinder und für den ihrer geringverdienenden Nachbarn. Genauso soll es jetzt auch mit der Stromrechnung kommen.

Glücklicherweise sind die in der Mitte ruhige und einsichtige Leute, die motzen nicht und die nerven auch nicht in Talkshows herum, wo über „soziale Spaltung“ räsoniert wird. Sie haben sich daran gewöhnt, dass sie am Ende immer die Verlierer sind, wenn „mehr Umverteilung zugunsten der sozial Schwachen“ gefordert wird. Was soll's, dann ab jetzt eben auch beim Strom.

Peer Steinbrück will auf dem bewährten Pfad durch die Taschen der Mittelschicht noch weiter vordringen. Eines seiner Lieblingskinder ist die Vermögensteuer. Die soll wieder her. Allerdings nur für Privatvermögen, Betriebsvermögen sollen ungeschoren bleiben. Das ist nicht nur sinnvoll, um Arbeitsplätze zu sichern. Es sorgt auch dafür, dass wirklich große Vermögen ebenfalls ungeschoren bleiben. Kommt die Steuerprüfung, hängt man die teuren Gemälde eben kurzerhand um ins Kaminzimmer der hauseigenen „Consulting-Agentur“, und schon sind sie Betriebsvermögen.

Mittelschichtler, die wegen ihres Hauses in der Großstadt, Omis hübscher Biedermeier-Garnitur und einigen unverhofft wertvoll gewordenen Kunstgegenständen ebenfalls auf mehr als eine Million Euro Privatbesitz kommen (da liegt die Grenze), haben in der Regel keine „Consulting-Agentur“. Daher kriegt Steinbrück sie alle zu fassen.

> Plötzlich sahen alle, wer wirklich auf Akcakale schoss. Dann griff endlich die Zensur ein

Die Spitzensteuer soll raufgesetzt werden, auf 49 Prozent, und ab einem Jahreseinkommen von 100 000 Euro anschlagen, wobei jedoch schon ab 64 000 die Steuern steigen, wegen der „Progression“ in Richtung der 100 000.

Na und? Haben Sie einen Eine-Million-Besitz? Oder ein Jahresbrutto von mehr als 64 000 Euro? Eben. Ich auch nicht. Deshalb fühlt sich auch kaum einer betroffen, sollen die anderen, die frecherweise mehr verdienen und haben als ich, doch ausgenommen werden! Das ist Steinbrücks Trick: Denn so hoch diese Zahlen zurzeit auch wirken mögen, die Inflation sorgt dafür, dass das Geld immer weniger wert ist und immer mehr Menschen in ein paar Jahren in die hohen Steuersätze hineinrutschen, selbst wenn die Kaufkraft ihres Gehalts gleich bleibt. Ganz von selbst, ohne dass jemand die Steuern dafür erhöhen müsste. Ist das nicht gerissen?

Indes, sonderlich gerissen muss man gar nicht sein, wenn man die Medien hinter sich weiß. Die haben erwartungsgemäß die Aufregung über Steinbrücks enorme Nebeneinkünfte schnell erstickt. Wäre er kein SPD-Mann, sondern Liberaler, würden sie ihn tagtäglich als „Honorar-Kandidaten“ und „Pausen-Clown der Banken“ durch alle Kanäle und Kolumnen jagen. Steinbrück hingegen darf sich sogar weigern, die konkrete Höhe seiner Honorare zu veröffentlichen, ohne dass einer schimpft. Stattdessen sollen wir nur die Durchschnittswerte erfahren. Allerdings, so Steinbrück, sei er sowieso meistens gleich bezahlt worden, nur „manchmal“ sei es zu Abweichungen nach oben oder unten gekommen.

Aha, das kann ja nur bedeuten, dass die Honorare praktisch alle gleich ausgefallen sind. Warum verheimlicht er dann so verbissen die konkreten Zahlen? Das deutet doch darauf hin, dass einzelne Summen beträchtlich über dem Durchschnitt lagen. Deren Absender will uns Steinbrück aber auf keinen Fall verraten. Warum nicht? Warum wohl ... Bei Günther Jauch beklagte sich der SPD-Kanzlerkandidat neulich darüber, dass die Banken viel zu mächtig seien. Ja, Herr Steinbrück, das glauben wir auch – „manchmal“.

Aber wie gesagt, die verantwortungsbewussten Medien haben die „populistische Kampagne“ gegen Peer Steinbrück längst entlarvt und lassen den Kandidaten bis zum Wahltermin 2013 ganz unbefleckt gegen die „Bankenmacht“ reiten. Die Medien müssen schließlich nicht bloß den Wahrheitsgehalt, sondern auch die politische Wirkung ihrer Berichterstattung im Blick haben.

Da kommt es bisweilen zu unschönen Patzern. So meldete die ZDF-„Heute“-Sendung am 4. Oktober, dass sich die „syrischen Rebellen“ zum Anschlag auf das türkische Grenzdorf Akcakale (sprich: Akschakale) bekannt hätten. Im Hintergrund konnte man eine Aufnahme des syrischen Grenzgebiets von Akcakale aus sehen. Drüben wehte tatsächlich nicht die rot-weiß-schwarze Staatsfahne Syriens, sondern das grün-weiß-schwarze Banner der „Rebellen“, woran zu erkennen war, wer im Gebiet dem türkischen Dorf gegenüber herrscht.

Was für eine Panne! Wo doch die gesamte freie Welt händeringend nach einem Anlass sucht, um endlich „auf der Seite der Menschen in Syrien“ offen gegen Assad militärisch einzugreifen! Was denken sich die unprofessionellen Heinis beim ZDF eigentlich?

Immerhin: Es wurde schnell gehandelt. Noch in derselben Nacht wurde der Beitrag ausgetauscht und durch einen neuen ersetzt, in dem nur noch vage vom „Beschuss von syrischer Seite“ die Rede war. Damit die Botschaft auch ankam, dass Assad dafür die blutige Verantwortung trägt, haben die ZDF-Kollegen die Sequenz mit der Rebellenfahne vor Akcakale herausgeschnitten.

Ärgerlicherweise hat ein hinterhältiger Mitarbeiter des Magazins „Compact“ den ursprünglichen Beitrag hurtig gesichert. Bei „www-compact-magazin.com“ kann man sich jetzt beide Versionen anschauen. Ganz öffentlich, furchtbar! Tja, das kommt dabei heraus, wenn unvorsichtige TV-Journalisten so fahrlässig mit brisanten Informationen umgehen. Wir hoffen, nein, wir verlangen, dass das ZDF seiner Zensurpflicht künftig sorgfältiger nachkommt. Wofür zahlen wir denn Gebühren? Dafür kann man doch wohl erwarten, konsequent veräppelt zu werden, und nicht mit solchen Lücken!

Unterdessen greift der Bundesnachrichtendienst (BND) der „Freien Syrischen Armee“ der Rebellen kräftig unter die Arme. Natürlich nur mit Mitteln zur medizinischen Versorgung, wie versichert wird. Klar doch.

Waffen liefern braucht der BND auch gar nicht. Das besorgt die Moslembruderschaft, übrigens ebenso von deutschem Boden aus. Libanesische Grenzer haben 47 000 Schuss Munition auf dem Weg nach Syrien abgefangen, in einem Laster mit deutschem Kennzeichen. Die deutschen Geheimdienstler wussten von diesen Transporten selbstverständlich nichts, sonst hätten sie ihn ja schon in Deutschland gestoppt. Oder handelte es sich gar um „humanitäre Munition“, die man absichtlich durchließ? Wer weiß, informieren Sie sich doch selber, am besten beim ZDF.

MEINUNGEN

Thilo Sarrazin *kritisiert im „Handelsblatt“ vom 15. Oktober die Vergabe des* ***Friedensnobelpreises*** *an die EU:*

„Die Begründung des Nobelkomitees ist dürftig und grenzt in ihrer Einseitigkeit an Geschichtsklitterung. Ganz richtig



wird zwar die Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes in den Mittelpunkt des europäischen Friedensprozesses gestellt. Dieser Gegensatz begann aber nicht erst mit dem Krieg von 1870/71 ... Verantwortlich für die Überwindung dieses Gegensatzes war auch nicht die EU. Sie ist lediglich das passive Resultat. Verantwortlich waren indes weitblickende Staatsmänner wie Robert Schuman, Konrad Adenauer und Charles de Gaulle ... Für die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU zum jetzigen Zeitpunkt ist eine politische Motivation des Nobelpreiskomitees zu vermuten: Die Wirren um den Euro drohen den betroffenen Völkern das Projekt der europäischen Integration insgesamt in Misskredit zu bringen ... Nicht die Skepsis der Völker gefährdet heute das friedliche Zusammenleben in Europa, sondern ein fehlgeleiteter Technokratenwahn, für den die EU symbolisch ist.“

Monika Heinold *(Grüne), Finanzministerin in Schleswig-Holstein, will, wie sie dem „Focus“ vom 8. Oktober erklärte, im Interesse der Reichen eine* ***Vermögensteuer*** *einführen, und verknüpft dies mit einer verdeckten* ***Drohung****:*

„Die Einkommensteuer allein kann die notwendige Umverteilung nicht leisten. Ich glaube im Übrigen, dass die Reichen von einer Vermögensteuer am meisten profitieren. Sie sind darauf angewiesen, dass man in Deutschland mit seinem Vermögen leben kann, ohne bedroht zu werden. Wenn die Schere in der Gesellschaft weiter auseinanderklafft, wäre diese Sicherheit wahrscheinlich nicht mehr gegeben.“

Mit Bildern von ***tumorverseuchten Ratten*** *haben Wissenschaftler angeblich die Schädlichkeit von* ***Genmais*** *nachgewiesen. Die Testreihen waren indes* ***kaum aussagekräftig****, wie sich bald herausstellte. Das sollte allen eine Warnung sein, sich allzu schnell in Panik versetzen zu lassen, fordert der dänische Forscher* ***Bjørn Lomborg*** *in der „Welt“ (16. Oktober):*

„Wird die wissenschaftliche Debatte durch Angstmacherei ersetzt, sei es bei Genpflanzen oder Klimawandel, kann daraus nichts Gutes entstehen. Wir verdienen bessere Lösungen.“

R. G. Kerschhofer, der Autor der ***Pannonicus****-Gedichte, ist tot. Die PAZ-Redaktion trauert um einen ihrer wertvollsten Mitarbeiter. Einen Nachruf finden Sie auf Seite 2.*